

*Krieg  
und  
Revolution*

im arabischen Raum

Eine **VORAN**-Broschüre

Preis: 3,- DM

# Vorwort

Angeblich ist der Überfall des Irak auf Kuwait am 2. August der Beginn des Golfkrieges. Aber dieser Krieg hat schon viel früher begonnen, nämlich mit den Kriegen, mit denen die Westmächte im 19. und 20. Jahrhundert den arabischen Raum unter ihre Kontrolle brachten. Der Krieg fand seine Fortsetzung in unzähligen Kriegen, in denen die Westmächte den arabischen Raum immer wieder neu unter sich aufteilten und willkürliche Grenzen zogen.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts erhielt der Nahe Osten wegen seiner geo-strategischen Lage und wegen seiner riesigen Ölvorräte immer größere Bedeutung für den westlichen Imperialismus. Die Hauptsorge der Westmächte war immer die Unterdrückung der Bewegungen der ausgebeuteten arabischen Massen für ihre nationalen, demokratischen und sozialen Interessen. Dazu bedienten sie sich reaktionärer und halbfeudaler Regimes und Militärdiktaturen. Der Staat Israel wurde gezielt als militärischer Vorposten des Westens im Nahen Osten aufgebaut.

In zahlreichen Entwicklungen hat die Zeitung VORAN Entwicklungen im Nahen Osten und im arabischem Raum analysiert und kommentiert. Mit dieser Broschüre legt die Redaktion eine chronologisch geordnete Sammlung der wichtigsten Artikel vor.

Sie sollen dazu dienen, Hintergründe des Golfkrieges und des sozialen und politischen Befreiungskampfes der arabischen Massen zu erklären und dem Leser helfen, in den aktuellen Auseinandersetzungen einen sozialistischen Standpunkt einzunehmen.

Redaktion VORAN, Februar 1991

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Chronologie der Ereignisse . . . . .	.1
Libanon – Glaubenskrieg? Bürgerkrieg . . . . .	.3
Nahost – Frieden in Aussicht? . . . . .	.3
Iran – reif für die sozialistische Revolution . . . . .	.4
Iran – für Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte . . . . .	.7
Ägypten nach Saddat . . . . .	.9
Begins Krieg gegen die Palästinenser . . . . .	.10
Israel – Arbeiterklasse radikalisiert . . . . .	.12
Libyen – neues Abenteuer des US-Imperialismus . . . . .	.12
US-Terror gegen Libyen . . . . .	.13
USA raus aus dem Golf . . . . .	.14
Massenproteste in Gaza und Westbank . . . . .	.14
Israel – Freiheit für Mahmoud Masarwa . . . . .	.15
Ende des Golfkrieges Iran-Irak . . . . .	.15
Hungerrevolte in Algerien . . . . .	.16
Ausrufung des Palästinenserstaates . . . . .	.16
Die Befreiung der Araber hat begonnen . . . . .	.17
Explodiert das Pulverfaß . . . . .	.18
Bringt die UNO Frieden? . . . . .	.20
Ist der „Irre von Bagdad“ an allem schuld? . . . . .	.21
Islamischer Fundamentalismus . . . . .	.22
Israel/Palästina . . . . .	.23
Britannien und Kuwait . . . . .	.24

## Impressum

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504

VORAN ist eine marxistische Zeitung, die von einem unabhängigen Redaktionskollektiv gemacht wird, das aus aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern besteht. Finanziert wird VORAN allein durch die Spenden von Lesern und Anhängern.

# Die wichtigsten Ereignisse im arabischen Raum seit Ende des 2. Weltkrieges

## 1945

**Naher Osten:** Am Ende des 2. Weltkrieges war der Nahe Osten von britischen und französischen Truppen besetzt.

Es erfolgte die Gründung der arabischen Liga als Zusammenschluß von heute 21 arabischen Staaten und der PLO. Seit ihrer Gründung gibt es ständig Konflikte zwischen den verschiedenen Regimes.

## 1947

**Palästina:** Die Vereinten Nationen teilen Palästina im Auftrag des britischen Imperialismus in jüdisches, palästinensisches und jordanisches Gebiet. In der Folge davon werden Hunderttausende von Arabern enteignet.

## 1948

**Israel:** Gründung des Staates Israel auf dem von Juden bewohnten Teil Palästinas; Übernahme der Westbank durch Jordanien und dadurch Provokation eines Krieges mit Ägypten, Syrien, Jordanien, Irak und Libanon. Der Krieg endet in einer vernichtenden Niederlage für die arabischen Staaten, großen Landannexionen und der Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern. Die Herrschenden in Israel bestreiten seither das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat.

## 1952

**Ägypten:** Sturz der Farouk-Monarchie in Ägypten durch Offiziere um Nasser.

## 1954

**Ägypten:** Abzug der britischen Besatzungstruppen aus Ägypten.  
**Algerien:** Beginn des algerischen Befreiungskrieges gegen Frankreich.

## 1956

**Suez-Krise:** Nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals durch die Regierung Nasser greift Israel Ägypten militärisch an. Israel wird dabei von britischen und französischen Truppen unterstützt. Die Halbinsel wird UN-Truppen unterstellt.

## 1958

**Libanon-Krise:** Militärische Invasion der USA im Libanon und Niederschlagung panarabischer Aufstände.

**Irak:** Sturz der prowestlichen Monarchie im Irak durch Militärputsch.

## 1959

**Irak:** Massenaufstand gegen die irakische Monarchie, die in einer Niederlage für die Arbeiterbewegung endet.

## 1960

**OPEC:** Gründung der OPEC (Organisation ölexportierender Staaten).

## 1962

**Algerien:** Nationale Unabhängigkeit Algeriens nach acht Jahren Befreiungskrieg mit über einer Million Toten.

## 1963

**Irak:** Militärputsch reaktionärer Offiziere der Baath-Partei im Irak. In Zusammenarbeit mit dem CIA lassen sie 5000 Mitglieder der Kommunistischen Partei des Iraks umbringen.

## 1964

**Irak:** Wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Situation sehen sich die Baath-Militärs im Irak gezwungen, Teile der Industrie zu verstaatlichen.

**PLO:** Gründung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO.

## 1966

**Syrien:** Linksgerichtete Jungoffiziere und Nasser-Anhänger führten einen zweiten Putsch in Syrien durch und enteignen Großgrundbesitzer und Kapitalisten.

## 1967

**Südjemen:** Der nationale Befreiungskrieg in Südjemen endete mit nationaler Unabhängigkeit und der Gründung des Staates Südjemen. Die Großgrundbesitzer wurden enteignet, ebenso die Unternehmer.

**Sechs-Tage-Krieg:** Im Sechs-Tage-Krieg annektiert Israel Ost-Jerusalem und die Golan-Höhen und besetzt Westjordanland, Gazastreifen und Sinai-Halbinsel. Damit war das ganze ehemalige Palästina unter Kontrolle Israels. 1,3 Millionen Palästinenser gerieten unter israelische Besatzung.

## 1968

**Irak:** Neuer Militärputsch im Irak, an dem Saddam Hussein beteiligt ist, und in der Folge davon weitere Verstaatlichungen.

## 1969

**Jordanien:** Massenprotestbewegung palästinensischer und arabischer Bewohner von Jordanien gegen den König Hussein. Die PLO-Führung macht keine Anstalten, die Macht zu übernehmen.

## 1970

**Jordanien:** Zerschlagung der PLO in Jordanien durch Eliteeinheiten („Schwarzer September“). Arafat schließt mit König Hussein einen Kompromiß.

## 1973

**Israel:** Yom-Kippur-Krieg zwischen Israel und Ägypten.

**Öl:** Die arabischen Staaten drosseln die Ölproduktion und erreichen damit bis Anfang der 80er Jahre höhere Ölpreise.

## 1974

**Türkei:** Türkische Truppen intervenieren in Zypern. Die Insel wird in einen griechischen und einen türkischen Teil geteilt.

**Äthiopien:** Sturz der Monarchie in Äthiopien durch Militärs unter Mengistu. Beginn der Abschaffung von Großgrundbesitz und Verstaatlichung der Industrie.

## 1975

**Libanon:** Bürgerkrieg im Libanon zwischen rechtsgerichteten christlichen Milizen und linksgerichteten moslemischen Milizen. Palästinensische Guerillas unterstützen die moslemischen Milizen. Die PLO-Führung hält sich raus.

## 1976

**Libanon:** Von Syrien kontrollierte palästinensische Kräfte wurden in den Libanon geschickt, um den Sturz des dortigen Regimes zu verhindern. Diese syrische Militäraktion wurden von den USA und Israel unterstützt. Vier Monate später interveniert die syrische Armee direkt, schlägt linke Milizen und Palästinenser blutig nieder und besetzt halb Libanon.

**West-Sahara:** Marokko besetzt die West-Sahara.

## 1977

**Ägypten:** Größte Streikwelle und Aufruhr in Ägypten seit dem Sturz von König Farouk 1952. Sadat tritt zurück.

**Israel:** Wahlniederlage für die israelische „Arbeiterpartei“ nach 30jähriger Amtszeit.

## 1978

**Camp-David:** Nach dem Camp-David-Abkommen geht die Sinai-Halbinsel an Ägypten zurück.

## 1979

**Iran:** Die Revolution im Iran führt zum Sturz der pro-westlichen Schah-Diktatur und zur Machtübernahme durch das Khomeini-Regime.

## 1980

**Iran-Irak-Krieg:** Beginn des Golfkrieges zwischen Iran und Irak. Der westliche Imperialismus unterstützt die irakische Hussein-Diktatur.

## 1981

**Marokko:** Generalstreik in Marokko.

## 1982

**Libanon:** Israelische Invasion in Libanon bis einschließlich Beirut. Anschließend Besetzung des Südens. Palästinenser werden aus Beirut vertrieben, moslemische Milizen entwapnet. Es gibt 50.000 Tote. Bei einem Massaker in Flüchtlingscamps von Sabra und Chatila wurden 2000 Männer, Frauen und Kinder umgebracht.

## 1984

**Israel:** Bildung einer großen Koalition in Israel zwischen Likud-Block und der sogenannten „Arbeiterpartei“.

**Narokko:** Massenproteste in Marokko nach Preiserhöhungen wegen den vom internationalen Währungsfond geforderten Subventionsabbau für Grundnahrungsmittel.

## 1985

**Kuwait:** Nationalversammlung in Kuwait mit 50 erstmals gewählten Abgeordneten. Frauen haben kein Wahlrecht.

**Sudan:** Sturz des Numeri-Regimes durch Massenproteste im Sudan.

**Israel:** 1,5 Millionen beteiligen sich am Generalstreik gegen die Perez-Regierung in Israel.

## 1986

**Libyen:** Bomben-Angriff des US-Militärs auf Libyen.

**Kuwait:** Scheich Emir Jaber Al Ahmad Al Sabah von Kuwait löst das Parlament auf.

## 1987

**Israel:** Beginn der Intifada: Aufstand der 1,5 Millionen Palästinenser in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten. Bis 1990 wurden 600 Palästinenser getötet, 40.000 verhaftet und 800 Häuser von Arabern zerstört. Auf Seiten Israels gab es in dieser Zeit 40 Tote.

## 1988

**Algerien:** Massenproteste gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise und Versorgungsplätze im Oktober in Algerien. Unruhen werden blutig niedergeschlagen. Es gibt 500 Tote und 3700 Verhaftungen.

**Palästina:** Die PLO proklamiert den Staat Palästina.

**Iran-Irak-Krieg:** Der Krieg zwischen Iran und Irak wird beendet. Es gab eine Million Kriegstote.

**Kuwait:** Einen Tag nach dem Waffenstillstand zwischen Irak und Iran provoziert die US-Marionette Kuwait den Irak mit dem Bruch der OPEC-Absprachen und erhöht einseitig seine Erdölförderungen. Daraufhin kommt es zum Ölpreisverfall.

**Irak:** Giftgaseinsatz des Hussein-Regimes im Irak gegen die Kurden. Es gibt 5000 Tote. Weder US- noch Bundes- oder israelische Regierung protestieren dagegen.

## 1989

**Israel:** 100.000 Menschen beteiligen sich an einer Demonstration in Israel im Rahmen der „Frieden-Jetzt-Bewegung“.

**UNO:** Die UNO fordert ihre 159 Mitgliedsländer auf, Israel wegen seiner kompromißlosen Haltung gegenüber den Palästinensern diplomatisch, wirtschaftlich und kulturell zu boykottieren. Der Boykott wird nicht befolgt.

**Sudan:** Generalstreik im Sudan gegen Preiserhöhungen.

**Jordanien:** Aufstand in Jordanien. König Hussein macht ein Zugeständnis und erlaubt Parlamentswahlen. Parteien wurden bei dieser ersten Wahl seit 22 Jahren nicht zugelassen.

**Kuwait:** Ende 1989 formiert sich in Kuwait eine Demokratie-Bewegung, die die Wiedereinsetzung des weit 1986 aufgelösten Parlamentes fordert.

## 1990

**Israel:** Regierungskrise in Israel. Die große Koalition bricht an der Palästinenserfrage auseinander. Die Regierungsmacht wird durch eine Koalition vom reaktionären Likud-Block und ultrarechten Parteien übernommen. Am 7. April kommt es zur größten Demonstration seit Bestehen des Staates Israel. 120.000 Menschen in Tel Aviv fordern Wahlrechtsreform.

**Sowjetunion:** 250.000 Juden emigrieren aus der Sowjetunion nach Israel.

**UNO:** Die USA verhindern mit ihrem Veto einen Beschluß des UN-Sicherheitsrates über die Entsendung von UN-Beobachtern in die von Israel besetzten Gebieten.

**Jemen:** Vereinigung von Nord- und Südjemen zu einem Nationalstaat.

**Irak:** Am 24. Februar fordert der Irak Kuwait und Saudi-Arabien auf, seinem Land 30 Mrd. Dollar Schulden zu erlassen und ihm Kredite zur Verfügung zu stellen, um die wachsende Staatsverschuldung aufgrund des Ölpreisverfalls auszugleichen.

**Irak:** Am 2. April droht Saddam Hussein: „Sollte Israel irgend etwas gegen den Irak unternehmen, dann werden wir dafür sorgen, daß ein Feuer die Hälfte dieses Landes vernichten wird. Wer uns mit der Atombombe bedroht, den rotten wir mit der chemischen Bombe aus.“

**Kuwait:** Nach Demonstrationen in Kuwait kündigt der Emir an, ein Übergangsparlament mit 25 von ihm ernannten und 50 gewählten Mitgliedern einzurichten. Bei allen Beschlüssen dieses Nationalrates behielt sich der Emir Vetorecht vor. Die Opposition rief darauf zum Boykott der Wahlen auf.

**USA:** Am 12. April besuchen fünf US-Senatoren Saddam Hussein und erklären, daß die US-Regierung nicht daran denkt, Sanktionen gegen den Irak zu verhängen.

**USA:** Am 25. April schickt George Bush einen persönlichen Freundschaftsgruß an Saddam Hussein.

**Arabische Liga:** Am 28. Mai treffen sich die 21 Chefs der arabischen Liga in Bagdad. Anlaß: Der Massenzug von Juden aus der Sowjetunion nach Israel. Bei dieser Gelegenheit attackiert Saddam Hussein die Golfstaaten: „Ihr fördert zuviel Erdöl und sorgdamit für einen Preisverfall. Ihr führt einen regelrechten Krieg gegen mein Land.“ Nach jahrelangem drastischen Verfall der Rohölpreise versucht der Irak, die OPEC dazu zu bringen, den Ölpreis von 16 pro Barrel auf 25 Dollar zu erhöhen. Die Preispolitik scheitert an Kuwait, das als Marionette des US-Imperialismus im OPEC-Kartell die Interessen der westlichen Kapitalisten nach niedrigen Ölpreisen vertritt.

**Kuwait:** Demonstrationen in Kuwait für Parlamentswahlen.

**USA:** Am 25. Juli sagt die US-Botschafterin Glaspie bei einem Treffen mit Saddam Hussein: „Wir haben zu arabisch-arabischen Konflikten mit Kuwait keine Meinung.“ Etwa zur gleichen Zeit schreibt der Direktor des kuwaitischen Staatssicherheitsdienstes an den Innenminister in einem Memorandum: „Wir stimmen mit der amerikanischen Seite überein, daß es wichtig ist, von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Irak zu profitieren, um Druck auf dieses Land auszuüben mit dem Ziel, eine gespannte Situation an der gemeinsamen Grenze zu provozieren.“ (Quelle: Der Spiegel 5/1991, S. 158)

**Irak:** Am 2. August besetzt der Irak Kuwait.

**Irak:** Am 8. August annektiert der Irak Kuwait.

**Saudi-Arabien:** Am 9. August treffen die ersten 200.000 Truppen in Saudi-Arabien ein. Zunächst wird erklärt, sie sollten Saudi-Arabien vor einem Angriff schützen. Kurze Zeit später wird erklärt sie seien dazu da, den Irak aus Kuwait zu vertreiben.

**Arabische Liga:** Am 10. August geben die Chefs der arabischen Liga mit 12 zu 8 eine Erklärung ab, wonach sie den Einmarsch des Irak in Kuwait verurteilen. Sie vereibaren, Truppen zur Verteidigung Saudi-Arabiens zu entsenden.

**Saudi-Arabien:** Am 2. September erklärt der saudi-arabische Verteidigungsminister, daß von seinem Land aus kein militärischer Angriff gegen den Irak gestartet werden darf.

**Sowjetunion/USA:** Am 9. September treffen sich Bush und Gorbatschow in Helsinki. Gorbatschow gibt grünes Licht für Truppeneinsatz gegen den Irak.

**Saudi-Arabien:** Am 8. November werden weitere 200.000 Truppen nach Saudi-Arabien verlegt.

**UNO:** Am 29. November ermächtigt der UN-Sicherheitsrat alle „notwendigen Mittel einzusetzen“, um Kuwait nach Ablauf des UN-Ultimatums an Irak am 15. Januar 1991 zu ergreifen.

## 1991

**USA:** Am 12. Januar gab der US-Kongreß Bush die Ermächtigung für einen Krieg gegen den Irak.

**Irak:** Am 15. Januar endet das Ultimatum an den Irak zum bedingungslosen Abzug seiner Truppen aus Kuwait. 19 Stunden später beginnen die westlichen Truppen ihren Angriff auf Bagdad.

**Irak:** Am 17. Januar beginnen die alliierten Truppen mit der Bombardierung des Irak.

# LIBANON

## Glaubenskrieg? BÜRGERKRIEG

Seit nun fast einem Jahr schleppen sich die blutigen Kämpfe im Libanon von "Waffenstillstand" zu "Waffenstillstand", von "Reformprogramm" zu "Reformprogramm". 14 000 Tote, 50 000 Verwundete - das ist die bisherige Bilanz, bei einer Bevölkerungszahl von 3 Millionen. "Der Libanon droht in Chaos zu versinken" (Südwestpresse vom 23. März).

Das von Staatspräsident Frandschieh am 14.2.76 verkündete politische Reformprogramm zum Aufbau eines neuen Libanon hat Moslem-Milizen und christliche Folangisten genau einen Monat lang "zur Vernunft bringen können". Tausende von Toten, nur um eine konfessionelle Fixierung der drei wichtigsten Ämter im Staate und eine gleichmäßige Aufteilung der Parlamentssitze zwischen Moslems und Christen zu erreichen? Es geht um mehr als den rechten Glauben.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, daß die Ursachen solcher Auseinandersetzungen nicht religiöse Meinungsverschiedenheiten sind, sondern konkrete Widersprüche in der Gesellschaft, zwischen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen der unterdrückten und der unterdrückenden Klasse.

Der Staat Libanon entstand als Produkt des französischen Imperialismus, der sich im östlichen Mittelmeer eine Machtbasis schaffen wollte. Als Verteidiger der französischen Interessen wurden die Christen als materiell bestechene Stütze für die herrschende Klasse eingesetzt. Riesige Kapitalströme aus Frankreich, USA und den arabischen Schichtübern flossen in das Land. Der Libanon - nicht umsonst die Schweiz des Orients, genannt - wurde zum bedeutendsten Umschlagplatz für Kapital und Handel. Die größten Banken, mit dem Finanzkapital der USA und Westeuropas eng verflochten, stehen oder besser standen in Beirut. Über sie liefen fast alle Transaktionen, die im profitablen Geschäft mit dem arabischen Öl gemacht

wurden. Um diese überaus günstigen Bedingungen für die Kapitalistenklasse zu zementieren, sah die Verfassung vor, daß die Maroniten (Christen) im Parlament stets stärker vertreten waren als die Moslems. Neben dieser Absicherung haben sich die maronitischen Bankiers Gangster-Milizen nach dem Vorbild Francos aufgebaut, um ihre Privilegien zu verteidigen.

Auf der anderen Seite leben die Arbeiter und Bauern beider Konfessionen - die Mehrheit der Bevölkerung in schlimmster Armut. Ein libanesischer Arzt schildert die Lage so: "Man braucht nur den medizinischen Aspekt herauszugreifen, wie berechtigt die unnachgiebigen Forderungen nach sozialen Reformen sind. Nicht nur in den palästinensischen Lagern herrschen unhaltbare sanitäre Zustände - z.B. ein Wasserhahn für 500 Personen - im Süden des Landes, in dem die Verhältnisse noch rein feudalistisch sind, gibt es Dörfer ganz ohne Wasser, auch ohne Strom.



Krankenversicherung gibt es nur für Beamte und ein paar Angestellte. Allein die Diagnose kann schon 100 Pfund kosten, ein Arbeiter verdient etwa 300 Pfund monatlich. Jedes Medikament muß bezahlt werden. Ein Krankheitsfall kann eine ganze Familie ruinieren." Dazu kommt noch hohe Arbeitslosigkeit, Unterernährung und hohe Kindersterblichkeit. Den Bauern wird seit der Staatsgründung von den Kapitalisten versprochen, daß ihr Land besser und mehr bewässert wird. Der Kunstdüngerpreis hat sich im letzten Jahr verdoppelt. Kredite gibt es nur bei Zinsraten von 25 bis 60 Prozent.

Auf der einen Seite Leben unter dem Existenzminimum, auf der anderen üppiger

Reichtum, Luxusautos, Privatstrände. Dies sind die gesellschaftlichen Widersprüche, die Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die den wahren Grund der blutigen Auseinandersetzung darstellen.

DIE EINZIGE KRAFT, DIE IN DER LAGE IST, DIE TIEFEN RELIGIÖSEN RISSE IM LIBANON ZU ÜBERWINDEN, IST EINE SOZIALISTISCHE ARBEITERBEWEGUNG, DIE AUF DEN GEMEINSAMEN KLASSENINTERESSEN DER ARBEITER UND BAUERN ALLERKONFESSIONEN AUFBAUT.

Der ursprüngliche Eingriff des "sozialistischen" Syriens zugunsten der unterdrückten Moslems erwies sich als ein nationaltaktisches Manöver, um die Stützpunkte Syriens um Israel herum zu stärken. Die Militärrherrscher Syriens haben kein Interesse an der Entwicklung einer echten sozialistischen Klassenbewegung beider Religionsgruppen. Auf solche "fortschrittlichen" Regierungen ist kein Verlaß.

Die Bedingungen für ein Zusammenkommen der ärmsten Schichten auf der Basis ihrer gemeinsamen Interessen existieren schon lange. Daß solche gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Bauern nicht im notwendigen Maß stattfanden, liegt am Unvermögen der Arbeiterführer, sowohl sozialistische wie kommunistische, ein klares sozialistisches Programm zu erstellen und im Kampf um eine Arbeiter- und Bauernregierung eine klare Führung zu geben.

Die Arbeiterklasse hat schon oft ihre Bereitschaft gezeigt, für ihre Klasseninteressen zu kämpfen. 1972 und 1973 gab es in Beirut und Tripoli Generalstreiks und Demonstrationen, bei denen über 300 000 Arbeiter beteiligt waren: Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend sind für den Christen genauso schlimm wie für den Moslem.

Wenn die palästinensische Bewegung eine marxistische Führung hätte, könnten die christlichen Arbeiter von ihren korrupten Bossen weg zu einem Bündnis mit den ebenfalls unterdrückten moslemischen Kollegen gewonnen werden. Anders kann der Kapitalismus im Libanon nicht in die Knie gezwungen werden. Auf andere Weise kann es kein menschenwürdiges Leben für die Arbeiter und Bauern im Libanon geben.

aus: VORAN Nr. 14, Mai 1976

## NAHOST-FRIEDEN IN AUSSICHT?

# NUR SOZIALISTISCHE LÖSUNG MÖGLICH

Nach 4 blutigen Kriegen zwischen Israel und Ägypten in den letzten 30 Jahren stellt sich die Frage: Was steckt hinter den plötzlich so hektisch geführten Verhandlungen zwischen den erbitterten Gegnern von früher?

## ÄGYPTEN

Seit der Weltwirtschaftskrise von 1974 hat sich die ohnehin schlechte Wirtschaftslage Ägyptens katastrophal verschlimmert. Der Zufluß des Auslandskapital blieb weg. Die Auslandsschulden schnellten auf 13 Mrd. Dollar hoch. Das Währungsdefizit macht jetzt mehr als 7 Mrd. Dollar aus und wird in den nächsten 2 Jahren um weitere 5 Mrd. ansteigen. Im nächsten Jahrzehnt braucht Ägypten allein 2,5 Mrd. Dollar jährlich an Auslandskrediten, um die Zinsen und Raten alter Auslandsdarlehen zurückzuzahlen. Die Kosten für den Militärhaushalt und die Ausrüstung verschlangen in der Vergangenheit fast 50 % des Staatshaushaltes.

Natürlich werden diese enormen Lasten den Schultern der arbeitenden Massen aufgebürdet: das durchschnittliche Jahreseinkommen steht bei ca. 300 Dollar, während die Preise mit einer Inflationsrate von 30-40 % emporstiegen, 25 % der Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt, während die herrschende Klasse in riesigem Luxus lebt.

Das Land am Nil gehört zu den ärmsten der Welt. Die Hauptstadt Kairo ist mit 10 Mrd. Einwohnern hoffnungslos überfüllt. Die meisten Bewohner müssen in Wellblechhütten hausen. Kairo ist berüchtigt für seine heruntergekommene Dienstleistungen. Um morgens zur Arbeit zu kommen, müssen sich viele Arbeiter buchstäblich mit den Fingerspitzen an den Außenwänden der Busse festkrallen, in denen die Fahrgäste wie in Sardinenbüchsen eingepfercht sind.

Die schlecht bezahlten Polizisten zeigten während ihrer Kämpfe mit den Aufständischen ebenfalls Anzeichen von Unzufriedenheit. Sadats Stuhl wankte beträchtlich. Er war

schließlich gezwungen, die Armee einzusetzen, aber erst nachdem er das Subventionsdekret wieder zurückgenommen hatte.

Die Unruhen waren eine ernste Warnung für das Regime. Der Weltwährungsfond und die ölreichen Kreditgeber Ägyptens, auf deren Anweisungen die Kürzungen eingeführt werden sollten, gewährten in aller Eile neue Kredite. Sonst hätte das Regime vielleicht dasselbe Schicksal erlitten, wie König Faruq der 1952 gestürzt wurde. Eine soziale Revolution wäre unvermeidlich gewesen.

So stolpert die Regierung von einem Zickzack in den nächsten, während nach und nach ihre soziale Basis dahinschmilzt. Die Sturmwolken der Revolution ziehen sich über Ägypten zusammen. Um die unter der Oberfläche weiterschwellenden Spannungen zu lockern, war es für Sadat unumgänglich, den Massen wenigstens ein Licht am Ende des Tunnels zu zeigen. Plötzlich versprach er Frieden. Auf einmal stellte er den Abbau der riesigen Militärlasten in Aussicht. Unversehens verhieß er den Massen einen steigenden Lebensstandard. Und überraschenderweise reiste er innerhalb weniger Wochen zu seinem Erzfeind Begin nach Jerusalem, um direkte Verhandlungen aufzunehmen.

## ISRAEL

Aber was bewegt die Staatsspitze Israels zu einer so unvermittelten Wendung? Früher hatte sie Verhandlungen rigoros abgelehnt. Auch in Israel sind die Jahre des Wirtschaftswunders vorbei. Schon seit einem Jahrzehnt aber vor allem seit dem Juni Krieg von 1973

steht seine Wirtschaft am Rande des Desasters. Das Bruttosozialprodukt wuchs in den letzten beiden Jahren nur um 0,9 % bzw. 1,6 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen war 1977 auf 3,6 % angestiegen - eine hohe Zahl, wenn man bedenkt, daß das Land früher an einem chronischen Arbeitskräftemangel litt. In den letzten 5 Jahren sank die Inflationsrate nie unter 30 %.

Das Ergebnis war ein drastischer Rückgang im Lebensstandard der israelischen Arbeiter. In einer nicht abbrechenden Kette von "wilden" Streiks haben sie sich zur Wehr gesetzt. Fast jeder Sektor der Wirtschaft war in den letzten Jahren betroffen. Die zionistische Version der Sozialpartnerschaftsideologie verlor zunehmend an Boden.

Solche Bedingungen schaffen natürlich ein soziales Pulverfaß, das beim kleinsten Funke in die Luft fliegen kann. Ein solcher Funke wurde im Januar von der Regierung entzündet, als sie versuchte, die jahrzehntealten Lebensmittelsubventionen ersatzlos zu streichen. Dadurch wären die Preise auf einen Schlag um mehr als 30 % in die Höhe geschwollen.

Es kam zu Unruhen. Wellen von Streiks, Demonstrationen nahmen schnell den Charakter eines Volksaufstandes an. Eisenbahnschienen wurden herausgerissen und Bahnraketen gebaut.

Die israelische Gesellschaft begann, sich auf Klassengrundlage zu polarisieren.

Zu diesen innenpolitischen Schwierigkeiten der Regierung gesellte sich eine weitere: Die "FRIEDEN JETZT!"-Bewegung, die durch eine Bittschrift von 300 Armee-Offizieren ins Rollen kam, schwoll in sehr kurzer Zeit zu einer Massenbewegung an. Da mehr als 35 % des israelischen Bruttosozialprodukts für militärische Aufrüstung verpulvert werden, sehen die Massen ganz offensichtlich in einem sofortigen Friedensvertrag eine Lösung ihrer Probleme.

## PALÄSTINENSER

Sadat und Begin wurden beide durch ihre innenpolitischen Schwierigkeiten an den Verhandlungstisch getrieben. Die beiden sind ebensowenig "Friedensengel" wie Jimmy Carter. Daß sie nicht plötzlich zu Menschen-

freunden geworden sind, kann man aus der Tatsache ablesen, daß alle drei von Camp David aus telefonisch dem Massenmörder Reza Pahlawi (Schah von Persien) ihre "rückhaltlose Unterstützung" zusicherten, als die Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Armee in Teheran einen Höhepunkt, einen vorläufigen besser gesagt - erreichten.

Der amerikanische Imperialismus hat ein Interesse daran, den Unruheherd Nahost endlich zu befrieden, da er sonst über kurz oder lang soziale Revolutionen in allen betroffenen Staaten befürchtet. Er sollte jedoch nicht vergessen, daß er selbst mit dazu beigetragen hat, diese Situation entstehen zu lassen. Ohne seine Großmachtspolitik hätte 1948 nach der Ansiedelung von einigen zehntausend Juden niemals der Staat Israel gegründet werden können. Diese Staatsgründung vertrieb 3,5 Millionen Palästinenser aus ihrer angestammten Heimat, und seither müssen sie unter ärmlichsten Bedingungen in Zeltlagern hausen. Die Palästinenser und ihr politischer Vertreter, die PLO, fordern einen unabhängigen Palästinenserstaat auf dem Westufer des Jordan.

Das palästinensische Volk ist auch innerhalb des arabischen Lagers eine unterdrückte nationale Minderheit. Seit eh und je wurde es von den herrschenden Cliquen der verschiedenen Staaten als Spielball ihrer eigenen Interessen benutzt. Unterjocht wie es ist, und ohne jeglichen nationalen Reichtum, kann dieses Volk unmöglich einen unabhängigen Staat auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage aufbauen. Sozialisten müssen natürlich das Recht auf Selbstbestimmung aller unterdrückten Nationalitäten unterstützen, auch das der Palästinenser.

Doch auch viele israelische Arbeiter haben inzwischen in Palästina eine Heimat gefunden. Ein friedliches Nebeneinander beider Nationen wird niemals möglich sein, solange die eine in Unterdrückung und Armut leben muß.

## ABKOMMEN

Mögen sich die "Helden" von Camp David in ihrem vorläufigen Erfolg sonnen, der die wirklichen Interessen von Millionen außer acht läßt. Bisher ist es ohnehin nur ein

Stück Papier. Die israelische Kapitalistenklasse wird niemals einem unabhängigen Palästinenserstaat auf dem Westufer des Jordan zustimmen (das sie seit 1973 militärisch besetzt hält). Dieser könnte nämlich unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen keinesfalls stabil sein; er wäre von Anfang an Schauplatz von wirtschaftlichem, sozialem und politischem Aufruhr, der allzu leicht auf Israel selbst übergreifen könnte. Einen revolutionären arabischen Staat vor der Haustüre würde sie niemals dulden.

In beiden Ländern (Ägypten und Israel) werden sich in den nächsten Jahren die Klassenauseinandersetzungen verschärfen. Wegen der ägyptischen noch die israelischen Arbeiter und Bauern haben etwas positives von einem neuen Krieg zu erwarten - und die doppelt leidenden Palästinenser am allerwenigsten.

Auf der Grundlage von Kapitalismus und Zionismus wird der Nahe Osten niemals zur Ruhe kommen. Friedensgespräche und -verträge haben noch nie in der Geschichte zu dauerhaftem Frieden geführt. Der einzige realistische Weg zu einem friedlichen Nebeneinander der Völker in Nahost und zu einer Behebung ihrer materiellen Not führt über den Sturz des kapitalistischen Systems.

Die israelischen und ägyptischen Arbeiter und Bauern haben gemeinsame Klasseninteressen. Nur wenn sie sich zusammenschließen gegen die herrschenden Klassen in ihren eigenen Ländern und gegen das internationale Kapital, können sie verhindern, daß diese sich auf ihrem Rücken einigen. Falls es der vereinigten Arbeiterbewegung in Nahost gelänge, die herrschenden Klassen zu stürzen, wäre im Rahmen eines freiwilligen Staatenbundes der sozialistischen Staaten von Nahost natürlich auch Platz für einen unabhängigen und selbstverwalteten Palästinenserstaat. Eine solche Föderation, begründet auf die Grundsätze der Arbeiterdemokratie, und des Internationalismus, könnte mit Hilfe eines gemeinsamen Wirtschaftsplans zur Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe und zur produktiven Ausnutzung aller Arbeitskräfte und -plätze Not und Elend bei allen betroffenen Völkern für immer ausrotten und einem friedlichen Zusammenleben aller Nationen den Weg ebnen. ■

aus: VORAN Nr. 34, November 1978

# IRAN - REIF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION

## Militärregierung

Inzwischen hat der Schah einer Militärregierung die Macht übergeben. Diese setzte sofort alle Mittel ein, um den Streik der Beschäftigten in der Ölindustrie - aber auch in vielen anderen Industriezweigen zu brechen.

Fast alle größeren Städte stehen unter Kriegsrecht. Gleichzeitig ließen die Militärs in einem verzweifeltem Versuch, die Massen zu besänftigen, einige "korrupte" Politiker zu verhaften.

Die 200.000 Mann starke Armee und die 65.000 Geheimpolizisten der SAVAK haben alle Hände

"Die demonstrierende Menge, angeführt von Jugendlichen und verschleierten Frauen, schwärmte über den Dschaleh-Platz aus... Wütend über das Kriegsrecht, das Stunden zuvor verhängt worden war, schrien sie Ajatollah Noori (den religiösen Führer) nieder, der sie eindringlich aufforderte, sich zu zerstreuen. Dann begannen sie, die Soldaten mit Pflaster- und Ziegelsteinen zu bewerfen. Langsam, die Tränengasschwaden hinunterwürgend, rückte die Menge näher an die Truppen heran. Schließlich erhoben diese ihre Läufe und feuerten einzelne Salven in die Luft. Dann senkten sie die MPi's, und als die Menge weiter auf sie zurückte, jagten sie Salve um Salve in die Reihen der Demonstranten." - Die Demonstranten trugen Schilder und Transparente, die "Rache dem brutalen Schah und seinen amerikanischen Imperialistenfreunden" schworen, und sie verlangten eine "sozialistische Republik, begründet auf den Islam". ("Newsweek" vom 18. 11. 78, ein Sprachrohr des US-Großkapitals). Hauptstadt des Iran, das zu mindestens 3.000 Todesopfern führte, war die Antwort des einst in Europa als "Menschenfreund" bejubelten Schah Reza Pahlawi von Persien auf die größte Oppositionswelle gegen seine blutbefleckte Diktatur, seitdem er durch einen vom US-Geheimdienst CIA organisierten und finanzierten Putsch an die Macht zurückgebracht worden war.

voll zu tun, um den Inhaber des Pfauenthrons vor seinem unmittelbarem Sturz zu retten.

Schon seit Beginn des Jahres sind in regelmäßigen Abständen Wellen von Massendemonstrationen, Versammlungen und Streiks über die Städte des Landes hinweggerollt.

Monatelang hat die bürgerliche Presse die Zusammenstöße in einem ganz falschem Licht dargestellt. Für sie war es im Konflikt mit dem "progressiven Schah", der angeblich politische Liberalisierung und wirtschaftliche Industrialisierung anstrebte, und dem "reaktionären islamischen Klerus",

der die "Modernisierung" der Gesellschaft verhindern wollte. In Wirklichkeit hat der Islam höchstens eine zweitrangige Rolle gespielt.

## Elend

Die Triebfeder hinter den aufflammenden Unruhen ist die katastrophale soziale Lage der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die an den Früchten der gewaltigen Industrialisierung der letzten 20 Jahre keinen Anteil erhielt.

Im Gegenteil - der Aufbau der Industrie wurde hauptsächlich durch eine extreme Ausbeutung der Arbeitskräfte finanziert. Viele

Arbeiter verdienen nicht mehr als 200 DM jährlich. 74 % der Industriearbeiter liegen unter dem auf Papier garantierten gesetzlichen Mindestlohn. In vielen Industriezweigen dauert der Arbeitstag von 5 Uhr früh bis 8 Uhr abends, 20 % aller Kinder müssen elend sterben, bevor sie ihr 5. Lebensjahr erreichen, 65 % der Bevölkerung sind Analphabeten.

Die vielgerühmte "Landreform" des Schahs enteignete 1,200,000... Kleinbauern! Sie wurden dadurch ihres Bodens beraubt, 500,000 von ihnen wurden in die Elendsviertel der Städte getrieben, wo sie kaum Arbeit und Wohnungen finden. Nur die reichsten Großgrundbesitzer bleiben auf dem Land zurück. Vor 3 Jahren wurde geschätzt, daß bei gleichbleibendem Tempo der Landflucht von der heute 18 Millionen umfassenden Landbevölkerung (die Hälfte der 34 Mio. zählenden Gesamtbevölkerung) bis 1982 nur noch 5 Millionen übrig sein werden.

In Teheran alleine sind heute schon mehrere Hunderttausend Familien obdachlos, während andererseits in manchen Vierteln Luxuswohnungen im Wert von 10,000 DM leerstehen.

Reza Pahlevi, dessen Staatsbesuch in der BRD schon 1967 zu empörenden Protestdemonstrationen führte, hat lange genug mit der Peitsche geherrscht. Die Arbeiter, Bauern und Studenten schlugen jetzt zurück.

## Rolle der Kirche

Die Proteste gegen seine Terrorherrschaft waren anfangs, trotz ihrer sozialen Ursachen, in einen religiösen Mantel gehüllt. Unter Bedingungen, die sie jeder offiziellen politischen Versammlungsfreiheit beraubte, fanden die Massen als einzige Örtlichkeiten, in denen sie sich unbehelligt von Polizei und Armee versammeln konnten, in den islamischen Moscheen Zuflucht. In einer totalitären Gesellschaft, in der die Kirche die einzige halbwegs vom Staat unabhängige Institution ist, kann es gar nicht anders sein, als daß darin die unter der Oberfläche brodelnde Wut der Massen gegen diesen Staat zum Ausdruck kommt, wenn auch in einer sehr unklaren und verzerrten Weise.

Eine ähnliche Rolle spielt auch die katholische Kirche in Lateinamerika. Und in den letzten

Jahren der Franco-Diktatur fanden die spanischen Arbeiter die einzige Möglichkeit, Massenversammlungen abzuhalten, in... Kirchen!

## Religiöse Führer

Zweifellos unterstützen die unteren Ränge der islamischen Priester den Widerstand und die Massendemonstrationen gegen das Regime von ganzem Herzen. Doch andererseits hatte die Spitze der schiitischen Moslems eindeutig reaktionäre Ziele: Sie stellte sich aus rein egoistischen Gründen an die Spitze der Massenbewegung, die sie auszunutzen gedachte, um ihre eigenen Machtpositionen von früher im Staate wiederzuerobern.

Ihre anfänglichen Hauptforderungen waren: die Wiederherstellung der iranischen Verfassung von 1906, die einem 5-köpfigen Rat islamischer Würdenträger entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewährte und eine Kalenderreform, welche zu Gunsten einer "monarchistischen" Zeitrechnung abgeschaffte islamische Zeitrechnung wiederherstellen sollte.

Im Zuge der Entwicklung Irans

zu einem modernen Industriestaat ist nämlich die Rolle des Islams im gesellschaftlichen Leben allgemein gesunken. Die frühere Macht der religiösen Würdenträger ist zugunsten der absoluten Monarchie des Schahs der Führungsschicht der rasant aufgerüsteten Armee zurückgegangen. Das massiv hereinströmende Auslandskapital und die aufsteigende einheimische Kapitalistenklasse haben die Großgrundbesitzer als alleine herrschende Klasse verdrängt.

Doch den schiitischen Mullahs und Imanen wuchs die Massenbewegung, die sie selbst mit entfacht hatten, über den Kopf. Immer mehr rückten die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse und der nichtproletarischen Massen in den Vordergrund. Die Kämpfe werden immer weiter ihres religiösen Mantels entkleidet.

Der Schah gestand zwar in aller Eile die von dem Klerus geforderte Kalenderreform zu, doch - zu spät! Ein neues Kalenddatum macht die Massen nicht satt. Die neue Zeitrechnung konnte zwar die ersten Wünsche eines Teiles des islamischen Klerus befriedigen, der danach auch prompt weitere

# Bundesregierung stützt Schah!

SPD-Ortsvereine, Juso-Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaftsgliederungen sollten die Bundesregierung und den SPD-Vorstand mit Protestschreiben überfluten, wegen der empörenden und widerwärtigen Verteidigung des Schah von Persien, die der Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff auf seiner Reise nach Teheran zum Ausdruck gebracht hat. "Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ist die Bundesregierung an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert", sagte der "Graf" in Teheran, der gleichzeitig dem Schah eine Grußbotschaft vom deutschen Bundespräsidenten Scheel überbrachte.

Die Bundesregierung begründet nach den Worten Lambsdorffs ausdrücklich "die vom Schah eingeleitete Liberalisierung der iranischen Innenpolitik". "Welche Liberalisierung?", fragt man sich verblüfft. . . Glaubt die Bundesregierung selbst, was sie sagt? Oder ist dies nur ein plumper Versuch, den deutschen Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen über die angeblich so "progressive" Rolle des "liberalisierenden" Schah?

### Hier die Fakten:

Das Regime des Schah geht durch die Zeitgeschichte knietief im Blut von Tausenden ermordeter politischer Gefangener wadend! Das Massaker an den Demonstranten jüngst in Teheran, wobei 3.000 Menschen umkamen, ist nur ein krasses Beispiel für die brutale Repression, mit der dem Aufstand gegen den Diktator begegnet wird. Die "stabilen Verhältnisse im Iran", an der die Bundesregierung so interessiert ist, wurden in der Vergangenheit nur durch ein Netz von 65,000 hauptamtlichen SAVAK-Geheimpolizisten aufrecht erhalten.

Dieser Apparat wurde von dem "progressiven" Regime aufgebaut und ergänzt durch ein Netz von 100.000 zusätzlichen Informanten - ähnlich den NSDAP-Blockwarten - die buchstäblich die gesamte Nation gefangen und in Schach hielten!

Die SAVAK foltert politische Gefangene. Frauen werden während des Verhörs nackt an die Zimmerdecke gehängt, an ihrem Körper werden brennende Zigaretten ausgedrückt, Elektroschocks an den Genitalien werden verpasst, bis die Opfer in Ohnmacht fallen. Die Folterknechte urinieren ihren Opfern während dieser tierischen Torturen in den gewaltsam durch einen Knebel aufgerissenen Mund (FR, 30, 10, 78).

Zwar gibt Lambsdorff vor, "in einer privaten Unterredung mit dem Schah auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrängt" zu haben. Als ob sich der Schah eines besseren besinnen würde, wenn ihm still und heimlich einige Worte ins Ohr geflüstert werden! Als ob es nicht viel entscheidender für die Zukunft seines blutbefleckten Regimes wäre, daß die BRD (nebst anderen Staaten, wie die USA - an deren Spitze der sogenannte "Menschenrechtler" Carter steht!) dem bedrohten Schah mit massiven Waffenlieferungen zur Seite gesprungen ist! - Worauf anderes laufen denn die Maßnahmen und Äußerungen der Bundesregierung hinaus, wenn nicht auf die offene Unterstützung eines diktatorischen Terror-Regimes?

Willy Brandt hatte kürzlich erklärt, daß er Gewaltanwendung gegen diktatorische

Regimes für legitim hält. Wie steht es mit Gewaltanwendung gegen den Schah Schah? Ist das auch legitim? Warum hat er nicht seine Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung eine solche Diktatur nicht nur nicht bekämpft, sondern so



gar tatkräftig unterstützt? - Seine entlarvenden Äußerungen versuchte Lambsdorff damit zu begründen, daß eine nach dem Sturz des Schah gebildete "Regierung reaktionärer Muslims" sehr bald von den "Linken" in Gefahr gebracht würde.

Mit den "Linken" meint er natürlich die Bewegung der Arbeiter und armen Bauern. Deren Bewegung, die in den letzten Monaten mehrmals Massendemonstrationen von bis zu einer halben Million mobilisierte - und das angesichts eines absoluten Demonstrationsverbots! - zeigt die Tiefe der öffentlichen Stimmung gegen den Schah!

Die großen multinationalen Ölgesellschaften, das internationale Kapital und andere imperialistische Konzerne haben eine riesige Angst vor dieser Bewegung, die zur Enteignung "ihrer" Reichtümer führen könnte, die sie aus dem Land herausgepresst haben.

Die deutsche Arbeiterbewegung muß ihre Empörung über die Äußerungen des "liberalen" Wirtschaftsministers und ihre aktive Solidarität mit den iranischen Klassenbrüdern zum Ausdruck bringen. Das sollte natürlich weiter gehen als nur eine verbale Opposition zum Schah und allen anderen Diktatoren zu zeigen.

- Die Aktivitäten der iranischen Geheimpolizei SAVAK in der BRD müssen sofort unterbunden werden Ihre Agenten sind auszuweisen!  
- Der DGB sollte einen absoluten Handelsboykott organisieren und sofort alle weiteren Waffenlieferungen für die Schah Diktatur stoppen! Die spanischen Seeleute haben eine vorbildliche Haltung eingenommen, indem sie sich weigerten, Schiffe für lateinamerikanische Diktaturen zu beladen (oder zu entladen). Bezüglich des Schah sollte unsere Haltung dieselbe sein.  
- Ein Aufruf an alle europäischen Gewerkschaften, diese Aktionen zu unterstützen sollte folgen! Dadurch könnte der Schah innerhalb weniger Wochen gestürzt werden.

Demonstrationen abblasen wollte, doch die Massen hören schon nicht mehr darauf. Ihre Wut ist nun zum offenen Ausbruch gekommen.

## Arbeiterklasse

Inzwischen stehen die Klassenforderungen der 3 Millionen Arbeiter an der obersten Stelle der Kämpfe. Mit jedem weiteren Tag des Kampfes wird ihr Klassenbewußtsein weiter wachsen! Sie befreien immer mehr, daß ihnen nur unabhängige Klassenaktionen zu sozialen Verbesserungen verhelfen können. Der Nebel der Religion, der ursprünglich die Ursachen des Aufbruchs verschleierte, ist schon weitgehend verlogen.

Seit September überzieht eine Serie von Streiks das Land. Die Kampfziele sind Verkürzung des Arbeitstages, mehr Urlaub, höhere Löhne und direkte politische Forderungen: Sturz der Monarchie, Demonstrations-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehr der wegen politischer Verfolgung ins Exil geflohenen Oppositionellen ohne Bestrafung.

Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten in der Öl- und Chemieindustrie, Zollbeamte, Postbedienstete und Bankangestellte streikten wochenlang. Die Streiks, selbst nach ihrer Niederschlagung, flackern immer wieder auf. Praktisch alle Export- und Importgeschäfte kamen 2 Wochen lang zum totalen Stillstand. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Armee.

## Risse in der Armee

Doch die Armee wird immer unzuverlässiger. Die "Newsweek" berichtete: "Die Parole: Tod dem Schah!" heulend, bewegte sich der wütende Mob von 1.500 Trauergästen letzte Woche auf ein Panzerfahrzeug zu, das am Tor des Teheraner BESCHESTE-ZAHARA-Friedhofs stand. Das Fahrzeug wich nicht zurück, sondern der junge Kommandant griff zu einem Sprachrohr: "Wir haben keine Absicht, euch zu töten", rief er, "Ihr seid unsere Brüder!". Er halferte seine Pistole ab und bot sie der Menge an. "Hier, wenn ihr wollt, nehmt meine Waffe und tötet mich!". Die Menge brach in Hochrufe aus und ließ Blumen auf den Major regnen!

Bei verschiedenen Demonstrationen erschossen mehrere Soldaten ihre Offiziere und begingen anschließend Selbstmord, als ihnen befohlen wurde, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen. Viele Deserteure und Meuterer wurden in den letzten Wochen hingerichtet.

Ein Offizier der US-Armee, der als Ausbilder im Iran gewesen war, sagte in einem Interview mit "Newsweek" (25. Sept.) über die iranische Armee: "Ich hätte nicht viel Vertrauen in ihre Verlässlichkeit. Wir wissen nicht, an welchem Punkt sie zerbricht." Auch ein hoher iranischer Regierungsbeamter wurde zitiert: "Je länger der Schah seine Armee auf den Straßen läßt, desto größer wird die Ansteckungsgefahr."

Zum ersten Mal seit 25 Jahren fuhren Panzer vor dem Schah-Palast auf, um ihn zu schützen. Der Schah selbst erzählte "Newsweek" in einem Interview: "Wir waren

letzten Donnerstag in einer sehr ernstesten Situation und es war äußerst knapp. Die Leute befolgten die Gesetze nicht mehr. Sie schenkten den Regierungsanweisungen nicht einmal die geringste Aufmerksamkeit. Tatsächlich hätten sie alles erstürmen können, was sie gewollt hätten."

Es ist ganz offensichtlich, daß eine kühne Politik gegenüber der Armee, durch die die einfachen Soldaten aufgefordert würden, sich mit den Arbeitern zu verbrüdern, schon nach kurzer Zeit zum Erfolg führen würde.

## Revolutionäre Situation

In den letzten Wochen und Monaten existieren alle objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft:

Die Arbeiterklasse ist nicht länger bereit, sich der alten Ordnung zu beugen. Sie ist sogar eher bereit, mit entblößter Brust vor die waffenstarrte Armee zu treten und zu Tausenden in den Tod zu gehen, als sich zu ergeben.

Die nichtproletarischen Massen in Stadt und Land sympathisieren mit den Arbeitern und stehen dem Regime feindlich gegenüber. Studenten, Bauern, Beamten und kleine Bazarhändler beteiligten sich aktiv an Demonstrationen und Streiks.

Die herrschende Klasse selbst ist in ihrer Macht erschüttert. Sie schwankt täglich zwischen einer Politik der brutalen Unterdrückung und einer vorsichtigen Liberalisierung mit kleinen Zugeständnissen. Sie haben kein Vertrauen mehr in ihre eigene Zukunft. Jeden Tag werden Millionen Dollar außer Landes in die Schweiz geschafft. Tausende reicher Familien sind schon geflohen. Für den Schah selbst steht ein Flugzeug bereit, das ihn jederzeit nach Mallorca befördern kann.

Fast bis in die letzten Einzelheiten gleicht der Iran von 1978 dem Rußland von 1917. Der einzige Faktor, der im Iran fehlt, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, wie sie in Rußland durch die Bolschewiki verkörpert wurde!

## Moskau und Peking

Aber die grausame Ironie der heutigen Lage ist darin zu sehen, daß keiner der verschiedenen Flügel der "kommunistischen" Weltbewegung bisher bereit war, den Kampf gegen die Schah-Clique aktiv zu unterstützen. Weder die Moskauer Bürokratie, die in den letzten 20 Jahren ihren südlichen Nachbarn mitfinanzierte, mitaufrüstete und -aufrechterhielt, noch ihre chinesischen Gegenspieler, die ihren Staatschef Hua (inmitten der Serie von Massakern an Teheraner Arbeitern!) zu einem Freundschaftsbesuch beim Schah schickten, haben ein echtes Interesse an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse im Iran. Ein geplanter Freundschaftsbesuch des Schah in der DDR im letzten September platzte, sehr zum Bedauern der Ostberliner Regierung, einzig und allein wegen der anhaltenden Unruhen.

## Tudeh-Partei

Auch die "kommunistische" Tudeh-Partei, die größte Partei der iranischen Arbeiter, hat bisher im Test der Ereignisse versagt. 1941 gebildet, eroberte sie bald eine gewaltige Unterstützung und Sympathie der Massen, nachdem sowjetische Truppen Aserbeidschans im Norden Irans eroberten (während die Briten den Süden besetzt hielten). Dies war damals ein großer Anstoß für die iranischen Arbeiter, die sich vom Norden her ihre soziale Befreiung erhofften.

1946 führten die Tudeh-Partei massive Streiks an, einschließlich des Streiks der 50.000 Erdölarbeiter von Khuzeshan (Südwest-Iran), die die Verstaatlichung der Ölindustrie forderten. Vertreter der Tudeh wurden damals sogar eine Zeitlang durch die Kapitalisten ins Kabinett geholt, aber wieder hinausgeworfen, nachdem sie sich mit ihrer kläglichen Politik in den Augen der Massen in Mißkredit gebracht hatten.

Doch schon 1951, während der damaligen revolutionären Ereignisse eroberte sich die Tudeh ihre massenhafte Unterstützung mit einem Programm zurück, das Ölverstaatlichungen und politische Freiheiten forderte. Straßenschlachten zwischen arbeitslosen Textilarbeitern und der Polizei fanden in Isfahan statt. Die Ölgesellschaften mußten 35 %ige Lohn erhöhungen zugestehen. Unter dem Druck der Massen kam der bürgerliche Nationalist Mossadegh an die Macht, der heutige Schah mußte damals ins Ausland fliehen.

So groß war die soziale Unruhe, daß das Parlament fast einstimmig (bei nur einer Gegenstimme!) für die Verstaatlichung der Erdöls stimmte! Die Regierung Mossadegh war zu großen Reformen gezwungen, versuchte aber weiterhin, die verschiedenen Klassenkräfte gegeneinander auszubalancieren und im Gleichgewicht zu halten — statt die herrschende Klasse zu stürzen!

Schon damals hätte eine vollständige sozialistische Transformation erfolgreich sein können. Doch die Tudeh-Partei unterstützte Mossadegh kritiklos und blockte alle weitergehenden Versuche der Arbeiterklasse ab. So reifte die Situation, in der der CIA den Schah 1953 in einer Konterrevolution zurück an die Macht, brachte.

25 Jahre hat es seither gedauert, bis eine neue Generation herangewachsen war, die nicht mehr unter Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit ihrer Eltern leidet.

Aber auch heute ist die Tudeh zu nichts anderen fähig, als von der Rückkehr eines neuen Mossadegh zu träumen. Sie begrenzt ihr Ziel auf die Schaffung einer abstrakten "Demokratie", als deren Modelle sie sich schon 1947 "Schweden, Großbritannien und die USA" aussuchte.

## Sozialismus

Doch die armen Massen Irans werden sich fragen: "Kann uns die 'Demokratie' Brot, Kleidung, Wohnungen, Bildung, Arbeit und soziale Sicherheit geben? Kann der Sturz des Schahs oder seine Flucht alleine unsere Not beseitigen?"

Der Sturz des gegenwärtigen Regimes wird nur dann nach vorne führen, falls dies der erste Schritt zum Sturz der Eigentumsverhält-

nisse ist, die dieses Regime verkörpert. Die iranische Gesellschaft kann sich nur auf der Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft weiterentwickeln. Nicht einmal der fieberhafte Boom der letzten 2 Jahrzehnte konnte das endlose Joch der Armut und des Elends beseitigen. Im Gegenteil, dieser Boom hat erst die sozialen Spannungen geschaffen, die den heutigen Unruhen zugrundeliegen. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Dauerkrise auf Weltenebene werden diese Spannungen nicht verschwinden, sondern sich weiter verschärfen.

Eine "bürgerliche Demokratie" wie sie die Tudeh "als ersten Schritt" anstrebt, wird keine neue wirtschaftliche Blüte herbeizubringen. Eine solche bürgerliche Demokratie hätte im Gegenteil überhaupt nur so lange stabil bestehen können, solange sie eine materielle Grundlage in einem kapitalistischen Aufschwung gehabt hätte. Aber die Zeiten einer solchen Blüte gehören jetzt der Vergangenheit an. Deswegen liegt die einzige realistische Alternative, die den Massen des Irans auf Dauer eine soziale und politische Befreiung sichern kann, in der Enteignung der Großgrundbesitzer, der multinationalen Konzerne und des iranischen Kapitals, was die Grundlage für eine echte Arbeiterdemokratie schaffen würde.

## Führung

Doch die Voraussetzung für eine solche vollständige gesellschaftliche Umwälzung, welche zur Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Demokratie führen würde, ist die Existenz einer bewußten revolutionären Partei, die als Führung die breite Unterstützung durch die Arbeiterklasse genießt (wie in Rußland 1917). Eine solche Partei existiert noch nicht (Auch nicht in der Form der Tudeh) Sie mußte erst noch geschaffen werden.

Die besten Elemente innerhalb der Opposition wenden sich von den romantischen Vorstellungen ab, den Schah durch Guerillakrieg oder individuelle Terrorakte zu stürzen. Immer mehr konzentrieren sie ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse.

Trotzdem wird es für Marxisten und Sozialisten im Iran mit riesigen Schwierigkeiten verbunden sein, die notwendige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu erbauen.

aus: VORAN Nr. 35, Dezember '78/Januar 1979

# IRAN: FÜR ARBEITER-, SOLDATEN- UND BAUERNRÄTE!

Am 12. Februar wurde in Teheran durch einen bewaffneten Aufstand der Bevölkerung und rebellierender Soldaten der endgültige Bruch mit dem Schah-Regime vollzogen. Der vom Schah noch persönlich eingesetzte Ministerpräsident Bakhtiar mußte gehen, obwohl er verzweifelt versucht hatte, sich als "Demokrat" zu maskieren. Die alte Staatsmacht brach durch die Erhebung fast kampflös zusammen. Die Militärführung kapitulierte fürs erste, die Armee löste sich auf und die Soldaten liefen in Massen auf die Seite der Aufständischen über. Doch die neue Regierung Bazargan, die von der Woge des Aufstands an die Macht geschwemmt wurde, hat bei den Kämpfen keinen aktiven Beitrag geleistet und keine führende Rolle gespielt. Im Gegenteil: sie versuchte mit dem religiösen Führer Khomeini im letzten Moment noch gemeinsam, ihre Anhänger durch Aufrufe in Radio und Fernsehen vom Entscheidungskampf abzuhalten!

## Aufstand

Aber während Khomeini und die anderen religiösen Führer versuchten, die Massenbewegung zu bremsen, kam die Bevölkerung Teherans - seit Monaten das Opfer zahlloser Massaker durch die Armee - zu anderen Schlüsselforderungen: solange die Stützen der alten Diktatur in Form Gewehr bei Fuß stehender Soldaten unter dem Kommando Schah-treuer Offiziere noch weiterbestehen, so lange kann von der Sicherung demokratischer Freiheiten und der Erfüllung sozialer Forderungen keine Rede sein.

In der Armee selbst waren schon seit Monaten die Anzeichen für eine tiefgreifende Gärung vorhanden: Soldaten verweigerten die Befehle und meuterten; immer mehr Deserteure flohen aus den Kasernen; in einigen Fällen erschossen Soldaten ihre Offiziere, nachdem ihnen befohlen worden war, auf friedliche Demonstranten zu schießen; es kam immer wieder zu Verbrüderungsszenen zwischen Bevölkerung und einfachen Soldaten.

Die Militärführung versuchte der Unruhe innerhalb der Armee dadurch Herr zu werden, daß sie in einer Welle von Gerichtsverfahren Todesurteile verhängen und vollstrecken ließ. Doch diese zweifelten Maßnahmen gossen nur Öl in die schon schwelende Glut.

Am 9. 2. kommt es spät abends in dem Luftwaffenstützpunkt Duschap, der in einem der armen Stadtviertel im Südosten Teherans liegt, zu einem entscheidenden Ereignis, das eine Lawine in Gang setzt: Nachdem die Luftwaffentechniker, die tags zuvor zu tausenden in Uniform gegen den Schah, gegen Bakhtiar und für Khomeini demonstriert hatten, eine Auseinandersetzung mit ihrem Oberkommandierenden hatten, greifen Eliteeinheiten der schah-treuen Kaiserlichen Garde die Kaserne an. Doch sie stoßen auf Widerstand. Das Luftwaffenpersonal schießt zurück. Die Kadetten verteilen den Inhalt des Waffenarsenals an die herbeigeströmte Bevölkerung des Stadtviertels und errichten Barrikaden. Die Kämpfe gehen den ganzen Samstagvormittag weiter.

Khomeinis Rundfunkaufrufe, in denen er darauf aufmerksam zu

machen versucht, daß er das Signal noch nicht gegeben hätte, verhallen ungehört. Der bewaffnete Kampf brach auch ohne sein Signal aus.

## Armee

Es zeigte sich, wie morsch die einstmals als fünfstärkste Armee der Welt bezeichnete iranische Militärmaschinerie in ihrem Innersten war: die Mehrheit der Soldaten lief innerhalb weniger Stunden zur Bevölkerung über, nur wenige kleine Eliteeinheiten wehrten sich bis zuletzt. Angesichts massenhafter Befehlsverweigerung waren die Militärspitzen machtlos. So ist es nicht verwunderlich, daß die Generäle plötzlich einen Aufruf an die Armee richteten, sich in Zukunft neutral zu verhalten. Ihre scheinbare Kapitulation war aber nur ein Versuch, zu retten, was noch zu retten war: die totale Auflösung der Armee zu stoppen und eine Pause zu erhalten, um Atem zu schöpfen und Zeit zu gewinnen, damit sie bei einer späteren, günstigeren Gelegenheit entscheidend zuschlagen könnte.

Die neue Regierung wurde durch einen revolutionären Aufstand geboren, den sie selbst gar nicht gewollt hat. Doch alle Pessimisten wurden Lügen gestraft, die behauptet hatten, der revolutionäre Weg zum Sturz einer Terror-diktatur könnte angesichts der mit Hilfe modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse gebauten Massennordinstumente nur in einem Blutbad enden. Das Gegenteil war der Fall: den Generälen wurden durch den Aufstand die Mittel aus der Hand geschlagen, mit denen sie seit September in täglichen Massakern das Blut zehntausender friedlicher Demonstranten und streikender Arbeiter vergossen haben.

Der iranische Umsturz bestätigte eine uralte marxistische Erkenntnis: Keine Armee der Welt ist vollständig isoliert von der Gesellschaft; gesellschaftliche Spannungen und Krisen widerspiegeln sich letztlich auch in der Armee. Vor allem in revolutionären Situationen kann die militärische Disziplin zusammenbrechen. Vor allem wenn eine bewußte sozialistische Führung durch massive politische Propagandaarbeit unter den Soldaten die vorhandenen Spannungen in

der Armee noch verstärkt, dann können die Befehle der Generäle auf taube Ohren stoßen, die die Soldaten zum Schießen auf ihre eigenen Väter, Mütter, Brüder, Schwestern, Freunde und Nachbarn treiben sollen.

## Neue Regierung

Im Iran fehlt bis heute eine solche bewußte Führung. Daß trotzdem ein Umsturz vollzogen wurde, zeigt nur, wie groß die Opposition der Massen gegen das Regime, und wie verrottet der alte Staatsapparat war.

Das Fehlen einer in den Massen verankerten marxistischen Arbeiterpartei ließ die Revolution, die letztlich soziale Triebfedern hatte, die Form einer religiösen Bewegung annehmen. Weil unter der totalitären Schah-Diktatur keine anderen Möglichkeiten bestanden, kristallisierte sich die Opposition anfangs um die islamische Kirche, die innerhalb der Gesellschaft eine halb-unabhängige Institution darstellte und für die Gefühle und Stimmung der Massen offen war. Da konnten die Moscheen zum Ausgangspunkt immer größerer Massendemonstrationen werden, die von schiitischen Geistlichen angeführt wurden. Und so konnte sich Ajatollah Khomeini zum Führer der Massenbewegung aufbauen, deren Kontrolle ihm jetzt wieder langsam entgleitet, nachdem das ursprüngliche, unmittelbare Ziel erreicht ist, das die Opposition geeint hatte: der Sturz des Schah-Regimes.

Welche Kräfte repräsentiert nun die neue, von Khomeini eingesetzte Regierung Bazargan? Welche Klassenbasis hat sie? Die meisten Kabinettsmitglieder sind führende Mitglieder der Iranischen Nationalen Front (INF). Diese Partei ist eine alte bürgerliche Oppositionspartei, in der hauptsächlich die Interessen des iranischen Mittelstandes und der Klein- und Mittelbourgeoisie zum Ausdruck kommen. Die Interessen dieser Schichten sind in dem politischen System des Schah-Regimes nie berücksichtigt worden. Diese Schichten setzen sich zusammen aus:

- \* ca. 1,3 Mio. Selbstständigen in Ein-Mann-Betrieben in den Bereichen Handwerk, Handel und Verkehr
- \* ca. 120.000 Eigentümern von Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten vor allem in den Wirtschaftssektoren Textil-, Schuh-, Teppich- und Nahrungsmittelindustrie; zu ihnen gehören auch die traditionellen Bazar-Großhändler
- \* ca. 8.000 Eigentümer von Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten in fast allen Wirtschaftssektoren.

In der Schah-Diktatur kam nur die politische Herrschaft einer

winzigen Clique zum Ausdruck, die das Land bis zum letzten Tropfen aussaugte: der nationalen Großbourgeoisie, die sich aus maximal 500 Eigentümern aller Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten zusammensetzt; der riesige Schah-Clan und seiner Hofschranzen; der korrupten Spitzen von Militär und Verwaltung; sowie der wenigen Multinationalen Konzerne, die wichtige Schlüsselzweige der Wirtschaft dominierten.

Die Interessen der nationalen Großbourgeoisie und der multinationalen Konzerne wurden vom Staat des Schahs durch ein ausgeklügeltes Schutzzollsystem geschützt. Innerhalb des Landes waren die Monopole somit in der Lage (im Gegensatz zum Weltmarkt), durch ihre überhöhten Monopolpreise Superprofite aus allen anderen Schichten der Bevölkerung herauszuquetschen. Die in den letzten Jahren wuchernde Bodenspekulation sorgte dafür, daß städtische Arbeiter für Wohnmieten bis zu 70 % ihres Einkommens bezahlen mußten! Dabei darf man dies nicht mit westlichen Maßstäben messen; 40% aller Teheraner wohnen mit ihrer ganzen Familie (bis zu 8 Köpfe) in einem einzigen Raum, meistens in den Slum-Vierteln.

So ist es nicht verwunderlich, daß diese Schichten des Mittelstandes und der kleineren Bourgeoisie immer mehr in Opposition zum Schah-Regime gerieten, in dem ihre Interessen nicht zum Zuge kamen. Sie wurden von den Monopolen ruiniert. Sie sanken teilweise ins Proletariat hinab. Die Bazar-Händler wurden von staatlich geförderten US-amerikanischen Supermärkten und den Bankrott getrieben. Folglich war es nur konsequent, daß sie die religiöse Opposition Khomeinis und die politische Opposition der INF massiv finanzierten.

## Bürgerliche Revolution

Ihre politischen Ziele waren von Anfang an begrenzt: Nicht die Ausbeutung abschaffen - sondern die Beute gerechter verteilen; nicht die Multinationalen Konzerne und die Großbourgeoisie enteignen - sondern sie in ihre Schranken verweisen, kontrollieren und in ihrer Macht begrenzen; nicht die absolute Monarchie stürzen - sondern sie "durch eine konstitutionelle Monarchie ersetzen", in der ein gewähltes, aber von ihnen kontrolliertes Parlament die eigentliche Macht ausübt; nicht den Kapitalismus insgesamt stürzen - sondern das System liberalisieren; nicht die Klassengesellschaft endgültig überwinden - sondern die Diktatur einer kleinen Clique von Großkapitalisten durch die politische Herrschaft der gesamten Kapitalistenklasse zu ersetzen.

Diese Klasseninteressen kommen in dem Programm der INF eindeutig zum Ausdruck, in dem eine "bürgerliche Demokratie nach westlichem Vorbild" angestrebt wird.

Eine solche politische Revolution ist jetzt nach ihrer Auffassung weitgehend vollzogen; der Schah ist gestürzt; die schah-treuen Elemente sind aus Verwaltung und Armeespitze weitestgehend gesäubert; die politische Vertretung der Kapitalisten-"Masse" sitzt in Form der INF in den wichtigsten Ministersternen; Khomeini und die anderen religiösen Führer unterstützen die neue Regierung Bazargan vorbehaltlos; Jeder weitergehende Schritt würde ihr Ziel überschreiten, der in einem politischen Machtwechsel bei einer grundsätzlichen Erhaltung des kapitalistischen Systems liegt. Jetzt ist ihre einzige Sorge: die Massen müssen wieder unter Kontrolle, die Revolution so schnell wie möglich zum Ende gebracht werden!

Deshalb folgte sofort nach dem Machtwechsel eine Serie von Appellen, die gemeinsam von Bazargan und Khomeini verfaßt wurden: "Die Streiks beenden, die Arbeit wieder aufnehmen, die Waffen abliefern, Ruhe und Ordnung herstellen! Desertierte Soldaten müssen sich wieder in ihren Kasernen zum Dienst melden!" Doch die Massen sehen die Dinge anders. Von Anfang an stößt die Regierung in all diesen Punkten auf eine Reihe von Widerständen:

Die Wiederherstellung des militärischen Machtausübungsapparats verläuft nicht reibungslos. Ca. ein Drittel der Soldaten ist immer noch nicht in ihre Kasernen zurückgekehrt. Überall sind inzwischen revolutionäre Soldatenkomitees entstanden, die teilweise ihre Offiziere selbst wählen und Forderungen stellen. 1) Die heutige Armee muß vollständig aufgelöst werden. 2) An ihre Stelle soll eine revolutionäre Miliz zum Schutz der Revolution treten. 3) Alle Mitglieder der Streitkräfte sollen Revolutionskomitees bilden. 4) Diese Komitees sollen ihre Offiziere selbst wählen. 5) Diese Komitees sollen sich untereinander zusammenschließen. 6) Alle reaktionären Offiziere, die die Verantwortung für die vergangenen Gemetzel an der Bevölkerung tragen, müssen vor Gericht gestellt werden."

Innerhalb von 2 Wochen wurden 3 verschiedene Luftwaffenkommandeure ernannt, die alle wieder abgesetzt werden mußten, da die Luftwaffensoldaten mit keinem von ihnen einverstanden waren.

Die Arbeit wurde noch nicht wieder aufgenommen. Trotz eindringlicher Appelle Khomeinis, der es zur "Sünde" erklärt hat, weiterzustreiken, beharren z. B. die Erdölarbeiter auf ihren Forderungen; die Ölindustrie soll lückenlos verstaatlicht werden; sie wollen in Zukunft weitgehende Mitbestimmungsrechte über die Produktion erhalten; sie wollen ihre Direktoren selbst wählen; sie verlangen eine Gewinnbeteiligung und weitgehende Einkommensumverteilung. - Die Beschäftigten des staatlichen Fernsehens streikten schon am 12. 2. wieder gegen die Einsetzung des Khomeini-Sprechers Ghotbzadeh als Direktor. Der stellvertretende Ministerpräsident Entezam hat sich öffentlich über die "Unfolgsamkeit" der Arbeiter beschwert: "Keiner der großen Be-

triebe des Landes arbeitet, denn die Arbeiter verbringen den größten Teil ihrer Zeit damit, in Versammlungen die politischen und sozialen Probleme zu erörtern, und Arbeiterausschüsse müssen zu-

nächst einmal alle Anordnungen prüfen und gut heißen, ehe sie durchgeführt werden können." (Handelsblatt vom 13. 3. 79) In Täbriz hält die Bevölkerung die petrochemischen Industrieanlagen in der Stadt besetzt und fordert ihre Verstaatlichung und die Kontrolle durch die Arbeiterkomitees.

Die bewaffneten Arbeiter wollen ihre Waffen nicht freiwillig zurückgeben. Sie könnten nur mit Gewalt dazu gezwungen werden. Sie haben vorher mit leeren Händen oder höchstens mit Knüppeln bewaffnet gekämpft. Also sind für sie die eroberten Gewehre ein Faustpfand und ein Hindernis für die Reaktion. Man schätzt, daß es in Teheran alleine etwa 70 000 bewaffnete Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten gibt. Die ehemalige Geheimpolizei SAVAK ist in alle Winde zerstoßen. Wer also sollte ihre Entwaffnung erzwingen?

Unter den nationalen Minderheiten Irans, vor allem unter den Kurden, Belutschen und den Azerbeidschanis sind Unabhängigkeitsbestrebungen im Gang, welche die Zentralregierung in Teheran mit Gewalt zu unterdrücken versucht.

## Doppelherrschaft

Es gibt im heutigen revolutionären Iran erstaunlich weitgehende Parallelen zur Situation in Rußland nach der Februarrevolution 1917: Ein spontaner Aufstand der Massen (mit einer führenden Rolle der Arbeiterklasse) hat die alte kaiserliche Tyrannei gestürzt und eine provisorische, bürgerliche Regierung an die Macht gebracht, die den Umsturz gar nicht gewollt hat, die aber jetzt alles in ihrer Macht stehende versucht, um die Revolution zum Stillstand zu bringen und den alten Staatsapparat nach einer Säuberung so unverändert wie möglich zu erhalten. Nur - die Macht der neuen Regierung ist nicht sehr groß! Sie wird bedroht durch eine Macht, die am anderen, unteren Ende der Gesellschaft im Entstehen begriffen ist: Die Macht der revolutionären Arbeiter- und Soldatenkomitees. Die Elemente der Doppelherrschaft sind im Iran heute fast ebenso ausgeprägt wie in Rußland vom Februar bis zum Oktober 1917.

Die iranischen Massen scheinen nicht bereit zu sein, jetzt wieder sang- und klanglos an die Arbeit zurückzukehren, ohne daß ihre ökonomischen, politischen und sozialen Forderungen erfüllt sind. Doch Khomeini und Bazargan können ihnen keine wirksame Kraft entgegensetzen. Auf Khomeinis Kommando hören nur einige ihm ergebene religiöse moslemische Guerillas. Die Regierung (ebenso wie die Kerensky-Regierung in Rußland 1917) existiert in einem Machtvakuum. Sie kann nur so lange überleben, wie die Arbeiter- und Soldatenkomitees nicht bewußt organisiert und koordiniert die gesamte Macht in ihre Hand nehmen. Deshalb wird sie auch weiterhin versuchen, den Einfluß dieser Komitees zu untergraben, sie mit taktischen Zugeständnissen zu beruhigen und sich selbst durchzu-

manövrieren, bis die Gelegenheit günstig genug ist, die konkurrierende Herrschaftsform der Massen ganz zu entmachten.

Einige Zugeständnisse hat die Regierung schon machen müssen: Das Vermögen der Schah-Familie wurde beschlagnahmt; die Kaiserliche Garde wurde nach anfänglichen Zögern unter dem Druck von unten aufgelöst. Bei der Säuberung der Armee mußte sie mit der Absetzung von jetzt bereits mehr als 130 Generälen viel weiter gehen, als sie ursprünglich wollte.

In den nächsten Monaten wird es zu Konflikten zwischen den beiden Herrschaftsformen kommen: der offiziellen bürgerlichen Regierung mit ihren staatlichen Organen einerseits und den Basiskomitees in Betrieben, Stadtvierteln und Kasernen andererseits. Die ersten Spannungen werden bereits bei verschiedenen Gelegenheiten sichtbar.

In Rußland dauerte die Phase der Doppelherrschaft genau acht Monate - von Februar bis Oktober 1917. In diesem relativ kurzen Zeitraum gelang es den Bolschewiki (angesichts der totalen Unfähigkeit der provisorischen Regierung unter Kerenski, die Bedürfnisse der Massen zu erfüllen) durch ihre konsequente Propagandarbeit, die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihrem Programm zu vereinen, die provisorische Regierung zu stürzen und alle Macht in die Hände der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu legen. So wurde in Rußland die demokratischste Herrschaftsform errichtet, die die Menschheitsgeschichte gesehen hat: später wurden diese Räte durch die stalinistische Bürokratie wieder zerstört - ein Prozeß, dessen Ursachen an dieser Stelle nicht analysiert werden können).

## Führung

Im Iran ist keine politische Organisation sichtbar, die in die Fußstapfen der Bolschewiki treten könnte. Deshalb wird es bis zum iranischen "Oktober" wahrscheinlich noch länger als 8 Monate dauern. Die moskau-orientierte "Tudeh-Partei" (KP) unterstützt fast kritiklos den Kurs Khomeinis. Die maoistische "Iranische Kommunistische Partei" (M/L) befindet sich ebenfalls im Schlepptau der Ajatollahs. Wegen des Fehlens einer bewußten Führung der Arbeiterklasse wird die iranische Revolution ein in die Länge gezogener Prozeß sein, der sich (ähnlich wie die spanische Revolution 1931-1939) über 5 bis 10 Jahre erstrecken kann. In dieser Zeit wird es noch viele Gelegenheiten geben, eine konsequente marxistische Partei aufzubauen. In dieser Periode kann es durchaus (wie innerhalb der spanischen Revolution) auch Phasen der Stagnation und sogar der Reaktion geben. Für den nächsten Zeitraum ist allerdings wegen der Stärke der Arbeiterklasse, dem Selbstbewußtsein der Massen und der Zersetzung der Armee eine offene militärische Konterrevolution ausgeschlossen. Der internationale Imperialismus hat sich - außer leeren Drohungen - als ohnmächtig erwiesen. Er muß nicht direkt intervenieren. Er muß seine ganzen Hoffnungen auf Bazargan setzen, dessen Versuche, eine "pro-westliche Haltung" zu zeigen, mit

Freude registriert wurden.

Die Kräfte für den Aufbau einer marxistischen Partei könnten aus den Reihen der "Volksfedayin" kommen. Diese zentristische Organisation hat schon einen beträchtlichen Rückhalt unter den Erdölarbeitern. Doch ihr Programm ist noch zu unklar, ihre Forderungen noch nicht konsequent genug, ihre Perspektiven zu verschwommen. Auf einer von ihnen organisierten Demonstration von mehr als 20.000 Menschen, forderten sie eine Beteiligung an der Bazargan-Regierung.

## Programm

Aber eine echte marxistische Partei würde nicht einen Sitz in Khomeinis Revolutionsrat oder in Bazargans Kabinett verlangen. Sie müßte ihr gesamtes Vertrauen in die Arbeiterklasse setzen. Sie müßte wie Lenin und die Bolschewiki den Arbeitern immer wieder sagen: "habt kein Vertrauen in diese Regierung! Verlaßt euch einzig und allein auf eure eigene Stärke! Baut eure Arbeiterräte und -komitees überall auf, erweidert und stärkt sie und nehmt Verbindungen mit anderen Komitees auf! Auf diese Weise könnt ihr die Macht erobern, und nur eure Machteroberung ist der Weg zum Sieg!"

Eine marxistische Partei würde ein politisches Programm ausarbeiten, das die Interessen der Massen zum Ausdruck bringt. Sie würde anfangen mit der Forderung nach Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit; nach dem Recht, sich frei organisieren zu können; nach freien Wahlen und nach all den anderen Errungenschaften der bürgerlichen Freiheiten, welche die Arbeiter im Westen nach generationslangen Kämpfen gewonnen haben. Sie würden jedoch nicht dabei stehen bleiben einen garantierten Mindestlohn und einen 8-Stunden-Tag bei einer 5-Tage-Woche wäre ebenso wie eine gleitende Lohnskala, die an die Inflationsrate angeglichene ist, auf ihren Banner geschrieben. Diese Forderungen wären verbunden mit der Forderung nach einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung, nach der entschädigungslosen Enteignung des Auslandskapitals, der 500 Superreichen und der korrupten Clique, die die iranischen Massen so lange ausgequetscht haben. Die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien; für eine demokratische Planwirtschaft; Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Fabriken, Banken, Büros und im Staat. Eine echte Landreform: enteignet die schmarotzerischen Großgrundbesitzer und gibt das Land den Bauern, die es bearbeiten! Für eine Arbeiterregierung. Um diese Forderungen zu erfüllen, wäre es notwendig, Aktionskomitees von Arbeitern zu gründen, vorzuschlagen, daß diese Komitees auf die kleinen Ladenbesitzer und auf andere Selbstständige, auf die Streitkräfte und Bauern ausgedehnt werden und untereinander Verbindungen herstellen. Lenins Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker war eine mächtige Waffe der russischen Revolution. Marxisten in Iran sollten ebenfalls die demokratischen Rechte der nationalen Minderheiten verteidigen, gleichzeitig aber für die Einheit der Arbeiterklasse kämpfen. Mit einem solchen Programm könnte

sich eine Organisation von einigen Tausend in kurzer Zeit zu einer Massenpartei entwickeln und eine echte Arbeiterdemokratie im Iran errichten.

## Perspektiven

Sollte der Aufbau einer marxistischen Tendenz im Iran nicht gelingen, dann ist es möglich, daß das Vakuum von anderen Kräften ausgefüllt wird. Unter dem spontanen Druck der radikalisierten Massen und angesichts der Sackgasse eines halbkolonialen Land unter den Bedingungen einer Weltwirtschaftskrise könnte ein bonapartistisches Regime gezwungen sein, das kapitalistische Eigentum abzuschaffen und einen Staat zu errichten, der ohne die Kontrolle der Massen in seinen Grundlagen einem stalinistischen System wie in Rußland oder China gleicht, jedoch mit der Ideologie eines "islamischen Sozialismus" verkleidet sein würde. Dieser Möglichkeit steht jedoch

die Stärke und das Klassenbewußtsein des jungen iranischen Proletariats entgegen. Es würde sich nicht ohne Kampf in einer stalinistischen Diktatur unterjochen lassen. In seinem mehrmonatigem Generalstreik hat es seine Kampfkraft und seine Fähigkeit bewiesen, sich zu organisieren. Jetzt entwickeln sich, zum ersten Mal seit Jahrzehnten, wieder Gewerkschaften. In der neuen und freieren Atmosphäre wachsen sie schnell zu Massenorganisationen an. Der Schlüssel für die zukünftige Entwicklung des Irans liegt bei der Arbeiterklasse!

Im heutigen Iran sind die Massen äußerst radikalisiert. Dies spiegelt sich sogar in der religiösen Opposition wieder: deren linker Flügel propagiert einen "islamischen Sozialismus". Ihr Sprecher, Bali Sandr, ein Berater Khomeinis, tritt für die "Abschaffung des Privateigentums, für die Errichtung von Gemeineigentum und für einen 'dritten Weg' zwi-

schen Kapitalismus und Kommunismus" ein. Khomeini selbst enthüllt in seinen Schriften ein total reaktionäres und zugleich utopisches Programm: Er will zu einem religiösen Regime einer fernen Vergangenheit zurückkehren, in dem die muslimische Hierarchie eine erhebliche Machtstellung im Iran innehatte. Er hat im Prinzip nichts gegen die kapitalistischen Eigentumsrechte, außer daß er jegliche Zinsen abschaffen will. Doch der Kapitalismus kann ohne Zinsen nicht funktionieren. Wenn der Ayatollah also auf kapitalistischer Grundlage seine Macht und seinen Einfluß bewahren will, dann wird er unvermeidlicherweise einen Kniefall vor den iranischen und internationalen Bankiers machen müssen.

Vor seiner Abreise befahl der Schah seinen Generälen in einer geheimen Sitzung: "Ihr müßt 2 Mio. töten, um die aufrührerische Masse zu befrieden und die Kontrolle wieder herzustellen." Heute liegt sein

Regime auf dem Müllhaufen der Geschichte. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer wären sogar (wie in Hitler-Deutschland und Franco-Spanien) zu noch größerem Blutvergießen bereit, wenn sie die Gelegenheit hätten, dadurch ihr System vor dem Sieg der Revolution zu retten.

Doch jetzt haben die iranischen Massen selbst ihr Schicksal (und viele Waffen) in der Hand. Tagtäglich diskutieren sie, denken nach, ziehen Schlußfolgerungen, lernen die Lektionen aus ihren Erfahrungen und versuchen, einen alternativen Weg zu finden. Wenn sie aus ihrer Mitte eine marxistische Führung hervorbringen, dann wird die sozialistische Revolution im Iran siegreich sein. Die Massen, bewaffnet mit richtigen Perspektiven, mit klaren Zielen vor Augen und für Aktionen mobilisiert, sind unbesiegbar!\*

aus VORAN Nr. 37, März/April 1979

# ÄGYPTEN NACH SADAT

Als Anwar el-Sadat im Kugelhagel starb, gerieten die Politiker in den Hauptstädten der westlichen imperialistischen Welt in Panik.

Sadat war ein treuer Freund und Agent des kapitalistischen Westens. Seit 10 Jahren setzt er sich für die amerikanischen Interessen im Nahen Osten ein. Als Dank bekam er von den USA massive Unterstützung für sein Regime.

Warum — so fragen sich viele — hat Ägypten unter Sadat im Gegensatz zu den anderen arabischen Staaten nicht den Weg der gnadenlosen Opposition gegen Israel und den Imperialismus eingeschlagen? Ägypten ist anders als die arabischen Bruderstaaten. Es hat eine große Bevölkerung und eine relativ weit entwickelte Industrie. Die anderen arabischen Staaten mit ihrer geringen Einwohnerzahl und massiven Ölverkommen können sich noch den Luxus einer krisenfreien Existenz leisten. Ägypten kann das nicht.

## Anlehnung an den Westen

Als Nasser 1952 die feudalistische Herrschaft König Farouks zu Fall brachte, schien eine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung zu stehen. Weil diese Revolution aber nicht bis zum Ende durchgezogen wurde, kehr-

te sich die ganze Entwicklung wieder um.

So brach nach dem Tode Nassers 1970 sein Nachfolger Sadat wieder alle Beziehungen zur Sowjetunion ab und schlug sich auf die Seite des Westens.

Aber die Entwicklung des Kapitalismus in einem rückständigen, halbfeudalen Land wie Ägypten bringt neue Probleme mit sich. Er kommt "zu spät" auf die Weltbühne. Deshalb ist er völlig unfähig, sich gegen den Kapitalismus der hochentwickelten Industrieländer zu behaupten.

Beweise dafür gibt es im heutigen Ägypten genug: Kairo ist eine hoffnungslos überbevölkerte 10-Millionen-Stadt; Millionen Ägypter sind arbeitslos; die Masse der Bevölkerung lebt in tiefster Not und Elend. Trotz ständiger hoher "Entwicklungshilfe" durch den Westen verschlechtert sich die Lage täglich.

## Hoffnung auf Kredite

Diese Spannungen haben einen Teil der Mittelständischen und der Intellektuellen gegen das Regime aufgebracht und den "islamischen Fundamentalisten" in die Arme getrieben. Aber es ist unwahrscheinlich, daß Ägypten als Land mit einer großen Arbeiterklasse von einer ähnlich großen religiösen Massenbewegung

wie im Iran überschwemmt wird.

Es bleibt noch abzuwarten, ob der neue Präsident Mubarak sein Regime für stark genug hält, um Sadats Politik fortzusetzen. Er könnte eine Atempause einlegen und die Friedensgespräche mit Israel vertagen. Das wäre ganz im Sinne der "Moslebruderschaft" und der anderen arabischen Staaten, auf deren großzügige Kredite er hofft.

Wie jede andere Regierung vor ihm wird er sich verstärkt auf die Streitkräfte stützen müssen, um sich die nötige Autorität zu verschaffen. Aber seit dem Frieden mit Israel hat die Armee eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Herabstufung hinnehmen müssen. Die Offiziere sind verstimmt und unzufrieden.

## Probleme bleiben

Der Tod Sadats markiert einen Wendepunkt in Ägypten und könnte eine neue Periode politischer Krisen und Umwälzungen einleiten. Der Versuch Mubaraks, eine Kursänderung herbeizuführen, könnte die prokapitalistischen Generäle zu einem Putsch verleiten, in der Hoffnung, eine gesellschaftliche Stabilisierung unter direkter militärischer Herrschaft herbeizuführen.

Diese Hoffnung wäre vergeblich. Die wirtschaftlichen und so-

zialen Probleme blieben. Arbeitslosigkeit läßt sich nicht ins Gefängnis werfen, die Inflation verschwindet nicht auf Kommando. Die Spannungen könnten Teile des Mittelstandes zur Fahne eines sogenannten "Sozialismus" hinübertreiben... aber eines verzerrten Sozialismus wie in Äthiopien oder Libyen, der keine Arbeiterdemokratie darstellt.

Es ist fraglich, ob die Arbeiterklasse Ägyptens in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle spielen kann, solange sie noch keine Massenorganisationen und keine politische Führung hat. Die Arbeiter werden sicherlich weiterhin die Errungenschaften aus der Zeit der frühen Nasser-Herrschaft verteidigen. Aber ohne eine kämpferische marxistische Führung können sie nicht die Macht erringen. Ohne die Herrschaft der Arbeiter kann es keine endgültigen und grundlegenden Verbesserungen der schrecklichen Lebensbedingungen für die Masse des ägyptischen Volkes geben. Nur auf der Grundlage des wirklichen Sozialismus, der auf einer demokratisch verwalteten und kontrollierten Planwirtschaft basiert, kann sich die Industrie voll entfalten und kann im Nahen Osten ein dauerhafter Frieden erreicht werden.

aus VORAN Nr. 54, Dezember '81/Januar 1982

## Begins Krieg gegen die Palästinenser

# 16.000 TOTE - LÖSUNG ENTFERNTER DENN JE

Die israelische Invasion im Libanon und der seit zwei Jahren andauernde Krieg zwischen dem Irak und Iran zeigen wieder einmal die explosive und verzweifelte Lage an, in der die ganze Nahost-Region steckt. Während die Nachkriegsgeneration der westeuropäischen Arbeiter und Jugendliche aus eigener Erfahrung nichts anderes als "Frieden" gekannt hat, litten in den letzten Jahrzehnten die Arbeiter und Bauern im Nahen Osten unter einer endlosen Folge von Kriegen und Bürgerkriegen. Da aber auch die jüngsten kriegerischen Handlungen die Probleme ebensowenig lösen können wie die diplomatischen "Bemühungen" seitens des Westens und der UNO, müssen wir die Ursachen des Konflikts erforschen.

Der britische Imperialismus hat das "Palästinenserproblem" nach dem alten Grundsatz "Teile und herrsche" geschaffen, ähnlich wie auch in Nordirland, Zypern, Indien und Pakistan. Er hat dadurch die politische Situation in all diesen Gebieten auf Jahrzehnte hinaus vergiftet. Denn vor dem 1. Weltkrieg gab es so gut wie keine Rassenkonflikte zwischen den paar Tausend Juden und Arabern, die zu der Zeit in Palästina zusammenlebten. Damals war der arabische Raum noch vom türkischen Osmanischen Reich beherrscht. Nach dem Niedergang dieses Reiches teilten die Siegermächte des 1. Weltkrieges, Frankreich und England, den Nahen Osten unter sich auf. Außerdem förderten die Engländer bewußt die Einwanderung von jüdischen Siedlern.

Es muß hervorgehoben werden, daß die zionistische Bewegung unter den Juden zur damaligen Zeit wenig Anhänger hatte. Die meisten von ihnen wollten nicht in das ihnen völlig fremde "gelobte Land" "zurück"kehren, sondern wollten dort bleiben, wo sie wohnten. Viele von ihnen spielten in der Arbeiterbewegung eine zentrale Rolle: Marx, Lasalle, Rosa Luxemburg, Trotzki, Sinowjew. . .

Der Traum von der "Rückkehr" nach Palästina wäre auch nur eine Fußnote in den Geschichtsbüchern wert gewesen, wenn nicht in den 20er und 30er Jahren das Versagen der westeuropäischen Arbeiterführer den Faschisten in wichtigen Ländern zur Macht verholfen hätte. Hillers Sieg in Deutschland 1933 ließ Europa wieder zur Barbarei des Mittelalters zurückkehren. Der 2. Weltkrieg und die Ausrottung von sechs Millionen Juden in den Konzentrationslagern waren die Folgen.

### Jüdische Einwanderung

So setzte in den 30er Jahren erstmals eine größere Wanderungsbewegung nach Palästina ein. Diese schürte unter der arabischen Bevölkerung die Furcht, vom eigenen Land verdrängt zu werden.

Die Engländer versuchten zunächst - aus Angst vor revolutionären Erschütterungen unter den Arabern - die jüdische Einwanderungswelle zu stoppen. Dies provozierte jüdische Terroranschläge.

### Terrorist Begin

Einer dieser Terroristen war der heutige Ministerpräsident und "Spezialist für die Terrorbekämpfung", Begin.

Unter dem Druck des US-Imperialismus und eines Teils der damals regierenden Labour Party konnte London jedoch den Widerstand gegen die jüdische Einwanderung nicht aufrechterhalten. Übrigens unterstützte auch Moskau die Schaffung des Staates Israel.

### Willkürliche Staatsgründung

Entgegen den Erwartungen der britischen Imperialisten scheiterten alle Versuche der angrenzenden arabischen Staaten, Israel zu zerstören. Die israelische Armee konnte sich gegen diese feudalen, reaktionären und korrupten Regimes durchsetzen. Nach den ersten militärischen Siegen begannen israelische Terrorgruppen Greueltaten und Massaker mit dem Ziel, die Palästinenser zu vertreiben.

Vor dem 1. Weltkrieg hatte es unter den Arabern so gut wie keinen Anti-Semitismus gegeben (Araber und Juden gehören derselben Rasse an).

Nach dem 2. Weltkrieg konnte die herrschende Klasse in den arabischen Ländern die Juden zum Sündenbock für alles Böse machen. Die noch in den arabischen Ländern lebenden Juden erlebten brutale Unterdrückungsmaßnahmen und strömten nach Israel, wo sie heute den am schärfsten anti-arabisch eingestellten Teil der Bevölkerung stellen.

Gerade die arabischen Juden, 50% der Gesamtbevölkerung, sind durch ihre Erfahrung heute die Massenbasis für die reaktionäre Politik der fanatischen Zionisten unter ihrem Kopf Begin geworden.

### Massive US-Hilfe

Der Staat Israel wäre ohne die Unterstützung durch den US-Imperialismus nie lebensfähig gewesen. Mit massiver amerikanischer Militärlieferung auf hohem technischen Niveau und der Rekrutierung fast der ganzen Bevölkerung haben es die Israelis geschafft, die arabischen Armeen in vier Kriegen zu schlagen. (Nach Schätzungen von internationalen Militärexperten



PLO-Diplomat Yassir Arafat

hat Israel die vierstärkste Armee der Welt).

Trotzdem fühlen sie sich nicht sicher. Durch die israelischen Militärsiege an die Wand gedrückt, drohen die arabischen Führer immer wieder damit, die "Juden ins Meer zu werfen". Terroranschläge auf israelischem Boden, die meistens Zivilisten, Frauen, Alte und Kinder treffen, sind Wasser auf die Mühlen der

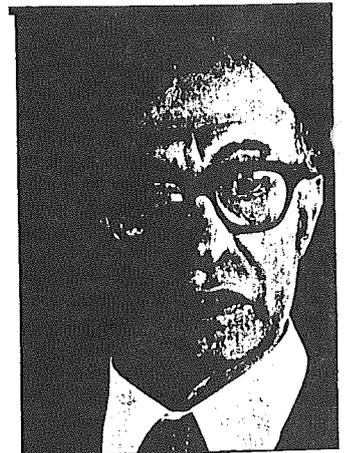
reaktionären Zionisten, der Begin & Co. Denn bisher haben sie es immer mit der Angst vor einer neuen "Endlösung der Judenfrage" geschafft, das israelische Staatsgebilde zusammenzuhalten.

### Angst vor Feindbild

Die Angst vor dem "äußeren Feind" hat so die israelischen Arbeiter schon oft vom entschlossenen Kampf gegen die israelischen Kapitalisten abgelenkt und eine Polarisierung der Gesellschaft auf Klassenbasis verhindert. Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht vergessen, daß Israel neben Ägypten der wichtigste Industriestaat im Nahen Osten ist und eine starke Arbeiterklasse hat, die es sich auf die Dauer nicht bieten lassen wird, mit ständigen Preissteigerungen (130% Inflation) und Lohnopfern für das riesige Militärbudget zu bluten.

### Streiks

Im Mai dieses Jahres gab es



Ex(?)-Terrorist Menachem Begin

in den besetzten Ostgebieten, wo die Mehrheit der in Israel lebenden Palästinenser wohnt, große Streikbewegungen. Diese Bewegung setzte die Arbeiterpartei unter Druck, in Opposition zu Begin zu gehen. Ein wichtiger Grund für Begins Kriegsführung liegt wohl darin, daß er durch die militärische Zerschlagung des PLO-Hauptquartiers die in Israel lebenden palästinensischen Arbeiter und Bauern demoralisieren und die Loyalität der israelischen Arbeiter wiedergewinnen will.

## Israells ins Meer ?

Israel ist eine Agentur der USA und gleichzeitig selbst ein imperialistischer Staat, der stets mit den reaktionärsten Regimes der Welt gute Beziehungen unterhalten hat: dem Schah von Persien, Argentinien, Chile und Südafrika. Aber einige Linke machen es sich zu einfach, wenn sie die Israelis (die Arbeiter eingeschlossen) für hoffnungslos reaktionär erklären und die alte PLO-Forderung nach "Rache" aufgreifen - denn vom Klassenstandpunkt aus betrachtet ist es ein völliger Irrsinn, die Israelis vernichten zu wollen.

1948 war es vom marxistischen Standpunkt aus richtig, die Schaffung des Staates Israel abzulehnen. Aber nach über drei Jahrzehnten können nur Wahnsinnige oder Reaktionäre die Zerstörung Israels (mitsamt seiner Arbeiterklasse) fordern!

## Keine Integration der Palästinenser

Die Masse der 1948 aus Israel vertriebenen Palästinenser konnte in die umliegenden arabischen Länder nicht integriert werden, weil ihnen die rückständige Wirtschaftsordnung dieser Länder nichts anzubieten hatte. Darum ist das Palästinenserproblem ein Dauerbrenner geblieben.

Im Gegensatz dazu hat es nach dem 2. Weltkrieg der stete Wirtschaftsaufschwung in der BRD möglich gemacht, viele Millionen Heimatvertriebene aus dem Osten in die Volkswirtschaft zu integrieren, so daß - abgesehen von ein paar unverbesserlichen Berufsvertriebenen - dieses "Heimat"-Problem heutzutage bei uns nicht mehr besteht. Andererseits ist es kein Zufall, daß die Ausländerfeindlichkeit bei Krise und Arbeitslosigkeit heute wieder auf fruchtbaren Boden fällt.

Viele Palästinenserflüchtlinge hausen seit Jahrzehnten unter jämmerlichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern - und haben mit den UNO-Mindestrationen an Lebensmitteln immer noch einen höheren Lebensstandard als viele arabische Bauern!

## Falsche PLO-Politik

Das Tragische am Elend des palästinensischen Volkes ist, daß seine eigene Führung, also die PLO-Spitze um Arafat, es ständig abgelehnt hat, den Kampf für die nationale Befreiung mit der sozialen Befreiung von Kapitalismus und Großgrundbesitz zu verbinden. Libanon 1982 ist da nur der Schlußpunkt einer verhängnisvollen Kette von Irrtümern.

1970 bestanden in Jordanien günstige Chancen für die Machteroberung durch die Arbeiter. Die Palästinenser stellten die große Mehrheit der Arbeiter, ihre Milizen waren den Truppen des

Königs Hussein zehnfach überlegen. Die Monarchie hing in der Luft.

## Mögliche Revolution in Jordanien

Leicht hätten die Palästinenserführer Hussein stürzen und einen demokratischen Arbeiterstaat schaffen können. Sie hätten auf dieser Basis den israelischen Arbeitern eine sozialistische Förderung Jordaniens-Israel anbieten können, um auf der Grundlage einer sozialistischen Planwirtschaft Industrie, Landwirtschaft und Naturschätze im Interesse aller einzusetzen und den Palästinensern wie den Israelis das Recht auf Selbstbestimmung zu garantieren.

Doch die Palästinenserführer weigerten sich, in Jordanien die soziale Revolution zu organisieren und wollten sich nur auf den "Kampf gegen Israel" konzentrieren.

König Hussein hatte Zeit gewonnen und konnte die Konterrevolution organisieren. So kam es im September 1970 zu einem schrecklichen Blutbad, dem über 30.000 palästinensische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Es ist interessant zu wissen, daß damals Hussein eine pakistanische Armee-Division unter dem General Zia-ul-Haq angeheuert hatte - genau derselbe Zia, der heute Diktator in Pakistan ist und mit Arafat gute freundschaftliche Beziehungen unterhält.

## Flucht in den Libanon

So mußten wieder unzählige Palästinenser flüchten - diesmal nach Libanon, wo sie im Süden des Landes Lager errichteten. Von dort aus wurden dann die Bombardierungen der israelischen Dörfer und sonstige Terroranschläge organisiert. Damit wurde dem israelischen Imperialismus letztlich der Vorwand geliefert, um vor der Weltöffentlichkeit die Aggression dieses Sommers zu rechtfertigen.

Der massive Zustrom von Palästinensern brachte den Libanon aus seinem mühsam ausbalancierten Innenpolitischen Gleichgewicht. Aber weiterhin betonten die PLO-Führer, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder einmischen wollten. Darüberhinaus erhält die PLO-Spitze nach wie vor kräftige Geldspritzen von der reaktionären saudi-arabischen Monarchie. "Wes' Bröt'ich' es, des' Lied' ich sing!" Daher die Beteuerung Arafats, er sei "politisch neutral!"

## Israels Ziele

Was sind nun die Ziele und Absichten Israels in diesem Krieg? Zunächst einmal will Begin sicherlich die palästinensische Präsenz im Libanon beseitigen. Militärisch hat die israeli-

sche Kriegsmaschinerie gesiegt. Die tiefere Ursache liegt jedoch (wie oben schon erwähnt) in der Sorge der herrschenden Klasse über die revolutionäre Gärung unter den Palästinensern, die unter israelischer Besatzung leben.

Gerade diese Bewegung der palästinensischen Arbeiter und Bauern hat zuletzt auch viele israelische Arbeiter und Jugendliche erfaßt, die mit gegen die brutale israelische Unterdrückung am Westufer des Jordan protestierten.

Hier haben wir es im Kerne mit einer Solidarisierung zwischen israelischen und palästinensischen Arbeitern innerhalb der israelischen Staatsgrenzen zu tun - also einer für die israelische herrschende Klasse höchst gefährlichen Entwicklung! Weil fast sämtliche Palästinenser am Westufer die PLO unterstützen, erhofft sich Begin vom Krieg im Libanon, daß er ihre revolutionäre Stimmung brechen kann. Die benachbarten arabischen Regimes haben - das werden jetzt viele palästinensische Jugendliche erbittert feststellen - die Palästinenser wieder einmal im Stich gelassen. Zum einen, weil sie sich innenpolitisch das Risiko einer militärischen Niederlage nicht erlauben können.

Zum anderen, weil sie wissen, daß trotz der bürgerlich-nationalistischen Führung um Arafat die PLO viele jugendliche revolutionäre Kämpfer umfaßt.

## Terror bringt keinen Fortschritt

Die Niederlage im Libanon unterstreicht, daß die PLO-Führung mit ihrer bisherigen Politik die Sache der palästinensischen Arbeiter und Bauern in die Sackgasse geführt hat. Weder Arafats höfliche Diplomatie mit den reaktionären arabischen Regimes noch die terroristischen Aktionen haben irgendwelchen Fortschritt gebracht. Im Gegenteil! Sie haben der palästinensischen Sache enorm geschadet und den Reaktionären in Israel starken Auftrieb gegeben.

## Opposition in Israel

Erstmals hat es in der israelischen Armee und Bevölkerung starke Proteste gegen das barbarische Vorgehen der israelischen Truppen gegeben. Aber viele werden resigniert sagen: "Wenn wir nicht grausam sind, dann rotten die uns eben aus!" Wieder werden sich die Flüchtlingsströme im Nahen Osten in Gang setzen, und wieder wird ein Gefühl der Verbitterung und Verzweiflung aufkommen.

Die PLO-Führer hoffen wohl, daß sie von irgendwelchen vollklimatisierten Büros aus neue diplomatische Hebel in Bewegung setzen, die sich so erfolgreiche UNO einspannen und vielleicht sogar Begin davon

überzeugen können, daß er endlich ihr "Heimatland" am Jordan zurückgibt! Teile der PLO-Jugend werden, von Arafats Opportunismus frustriert, wieder den "militärischen" - d. h. terroristischen Weg einschlagen und sich dadurch nur sinnlos verhelzen lassen!

## Internationalistische Politik nötig

Die Palästinenserfrage, wie die ganze Nahost-Krise kann auf kapitalistischer-nationalistischer und bürgerlicher Grundlage nicht gelöst werden. Nur eine internationalistische Politik, die sich die Solidarisierung aller Arbeiter im Nahen Osten über die Staatsgrenzen hinweg zum Ziel setzt, kann einen Ausweg aufzeigen. Nur eine marxistische Bewegung mit breiter Verankerung und den israelischen und palästinensischen Arbeitern und revolutionären, internationalistischen Perspektiven kann den Schrecken ohne Ende, den dauernden Teufelskreis durchbrechen.

Die Arbeiter im ganzen Nahen Osten haben nichts davon zu gewinnen, wenn die reaktionären, feudalen und kapitalistischen Regimes und bürokratischen Eliten weiter herrschen. Darum muß es unser Ziel sein, sie zu stürzen und die Arbeiter an die Macht zu bringen. Es gäbe genug Platz für alle. Palästinenser und Juden könnten friedlich nebeneinander leben.

aus VORAN Nr. 59, September/  
Oktober 1982

# Arbeiterklasse radikalisiert

Brennende Straßen, Barrikaden, Zusammenstöße mit der Polizei und 1,5 Millionen Arbeiter im Generalstreik sorgten dafür, daß alle Wirtschaftsbereiche lahmgelegt wurden. Das war die Antwort der Arbeiterklasse Israels auf die außerordentlich drastischen Maßnahmen des „arbeiterfreundlichen“ Premierministers Simon Peres, die rücksichtslos den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung angriffen.

Die Regierung der „Nationalen Einheit“ versucht, die ungeheure Last der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Auf folgende Maßnahmen von Peres wären sicherlich auch Reagan und Thatcher neidisch: 10.000 Entlassungen im öffentlichen Dienst; Kürzungen der öffentlichen Ausgaben um 1,1 Milliarden Dollar im Jahr; Abschaffung der gleitenden Lohnskala; 3% Lohnkürzungen; 18,8% Abwertung der Landeswährung Sekel; 70-100% Preiserhöhungen bei den lebensnotwendigen Gütern.

Die Durchführung dieser Maßnahmen wird, laut den Berechnungen des Kongresses der Gewerkschaft Histradut, den Lebensstandard der Arbeiter um 1/3 reduzieren. Keine der vorausgegangenen rechten Regierungen Israels hätte es je gewagt, den Arbeitern ein solches Programm aufzuzwingen. Dazu brauchte man eben eine Regierung der „Nationalen Einheit“ und eines „arbeiterfreundlichen“ Peres,

die sich nicht scheuten, der Arbeiterklasse harte Schläge zu versetzen — einer Arbeiterklasse, die noch die stärkste und best-organisierte (90% sind im Histradut organisiert) im Nahen Osten ist.

Ein derartiges Vorgehen war aber für die Kapitalisten und ihre Kreditgeber notwendig, da die Inflationsrate in den letzten 7 Monaten 380% betrug — mit steigender Tendenz — und das Land die höchsten Pro-Kopf-Schulden der Welt hatte.

Die Lage im Libanon und die wirtschaftliche Krise haben die Gesellschaft Israels grundlegend verändert. Es genügt zu erwähnen, daß 3.000 Soldaten, die der Organisation Yesh Gvul angehören, sich geweigert haben, ihren Dienst im Libanon oder in den besetzten Palästinensergebieten zu leisten. Diese Organisation, obwohl illegal, erhält weiterhin ihre Büros aufrecht und veranstaltet Festivals. Ein ehemaliger General namens Dow Yerma desertierte aus dem Libanon und gründete ein anti-rassistisches Komitee. Schließlich zeigen die Erfolge der Bewegung „Frieden jetzt“, daß die Menschen sich von Krieg und Nationalismus abgewandt haben.

Die jüngsten Angriffe auf das Volk werden das Klassenbewußtsein der Arbeiter und der Jugend noch mehr erweitern. Die linken Tendenzen innerhalb der Arbeiterpartei, die schon jetzt sehr bedeutend sind, werden sich noch mehr verstärken. Allerdings muß die Führung der His-

tradat — die mit der Partei verbunden ist — nun gezwungenermaßen klare Positionen gegen die Peres-Politik einnehmen, oder sie wird sich dem Zorn der Basis gegenübersehen.

Die Radikalisierung der Arbeiterklasse — deren erste Andeutungen wir im Generalstreik vom 2. Juli sahen — eröffnet in diesem Krisengebiet neue Horizonte für die Revolution und den Sozialismus. Nach der Niederlage der palästinensischen Befreiungsorganisation und den Mißerfolgen der Befreiungskämpfe

der Araber haben die palästinensischen Massen (650.000 selbst in Israel) jetzt noch klarer denn je ihren Klassenpartner vor sich — die mächtige Arbeiterklasse Israels, die sich gegen den gemeinsamen Gegner, die bürgerliche Klasse Israels und ihre imperialistischen Schirmherren, erhebt.

Die Ereignisse in Israel zeigen die unbegrenzten Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse, entfernt von nationalen Streitigkeiten, die nur die eigentlichen Probleme verschleiern und jedesmal die bürgerliche Klasse und ihre imperialistischen Meister vor dem Zorn der Arbeiterklasse retten. Die Probleme, die in all den Jahren durch die „heiligen“ Volkskriege und den Guerilla-Kampf nicht gelöst wurden, werden um so einfacher durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen ihren gemeinsamen Gegner gelöst.

Das gemeinsame Schicksal sowohl der Israelis als auch der Araber, das ihnen durch die kapitalistische Krise aufgezwungen wird, verspricht sie zu vereinigen zu einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, die einzige Antwort auf die wirtschaftliche Krise und den Krieg.

gekürzte Übersetzung aus  
Sozialistiki Ekfrasi  
marxistische Zeitung aus Zypern

aus VORAN Nr. 78, September/  
Oktober 1985



Generalstreik in Israel am 2. Juli

## Libyen - neues Abenteuer des US-Imperialismus

Reagans dreister Überfall auf Libyen hat weltweite Proteste ausgelöst. Die Kundgebungen in zahlreichen Ländern zeigen, daß auch eine scheinbar so mächtige Supermacht wie die USA mit dieser Stimmung rechnen muß.

„Kapitalismus bedeutet Krieg“ hat schon Lenin zu Recht festgestellt. Seit der internationalen Rezession Mitte der 70er Jahre haben sich die Widersprüche weltweit verschärft:

■ Die Gegensätze zwischen den Systemen — die Entspannungspolitik wurde auf Eis gelegt

■ Die Widersprüche zwischen den Industrieländern und der 3. Welt — die koloniale Revolution führte in einer Reihe von Ländern zur Ab-

schaffung von Imperialismus und Großgrundbesitz

■ Die Widersprüche im kapitalistischen Lager selbst — Handelskriege und politische Gegensätze nehmen zu.

Gleichzeitig wurde der US-Imperialismus in seiner Rolle als „Weltpolizist“ durch die Vietnam-Niederlage empfindlich getroffen. Direkte militärische Interventionen der USA mußten zugunsten indirekter Hilfestellung (z.B. für die Diktaturen Lateinamerikas, die Contras in Nicaragua, die afghanischen Rebellen) mußte zurückgeschraubt werden.

Doch angesichts der zunehmenden Krisen und revolutionären Entwicklungen in der 3. Welt — besonders im eigenen „Hinterhof“ Mittel-

amerika — versuchte die Reagan-Regierung, wieder Stimmung für direktes Eingreifen zu erzeugen. Die Invasion auf Grenada war ein erster Versuchsballon. Der Überfall auf Libyen muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Ghaddafi schien Reagan zum Aufbau als Feindbild offenbar besonders geeignet zu sein.

Marxisten sind gegen terroristische Einzelaktionen. Nur Massenbewegungen unter Führung der Arbeiterklasse zum Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz und zur Errichtung eines demokratischen Arbeiterstaates können weltweit einen Ausweg bieten, nicht verzweifelte Terror-Aktionen bewaffneter Gruppen. Sie dienen dem Imperia-

lismus nur als Vorwand für verschärftes Eingreifen.

Doch selbst wenn Ghaddafi hinter den Terroranschlägen der letzten Monate stecken sollte (was keineswegs bewiesen ist!) kann dies nur als heuchlerischer Vorwand für kriegerische Handlungen betrachtet werden. Sozialisten und Gewerkschafter müssen weltweit dagegen protestieren.

Die NATO erweist sich mehr und mehr als aggressives Bündnis des Imperialismus. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß eine SPD-geführte Bundesregierung aus der NATO austritt.

aus VORAN Nr. 83, Mai/Juni 1986

# US-Terror

Der Überfall des US-Imperialismus auf Libyen stieß in der Arbeiterklasse und der Jugend international auf Empörung. Um Reagans Attacke jedoch richtig einschätzen zu können, muß man sie in im Zusammenhang mit der weltweiten Entwicklung sehen.

Im letzten Jahr schafften es die entwickelten kapitalistischen Länder, den Ausbruch der nächsten Wirtschaftskrise durch verschärfte Ausbeutung der kolo-

Die Vorfälle in Libyen werfen für uns als Sozialisten die Frage nach dem Charakter des Gadhafi-Regimes und nach den politischen und sozialen Zuständen in Libyen auf. Ist das Land wirklich auf dem „arabischen Weg zum Sozialismus“, wie Gadhafi behauptet, wird die Macht wirklich durch die Massen ausgeübt?

Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir einen Ausflug in die jüngere Geschichte Libyens unternehmen. Bis 1969 regierte dort der König Idris. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien hatten Luftwaffenstützpunkte und Garnisonen in dem Land und machten durch das libysche Öl große Profite — die Situation der Massen verbesserte sich jedoch nicht im geringsten. Libyen zählte zu den unterentwickeltesten Ländern der Erde.

Nachdem der König 1969 durch eine Gruppe junger Offiziere, darunter auch Muammar Gadhafi, gestürzt worden war, warf das neue Militärregime die Engländer und die Amerikaner kurzerhand aus dem Land und verstaatlichte im Laufe der siebziger Jahre die überwiegende Mehrheit der ausländischen Ölkonzerne.

Auch die Banken und sämtliche in den 70ern aufgebauten neuen Indu-

nialen und halbkolonialen Welt hinauszuzögern. Allein der Ölpreisverfall führte 1985 zur Einsparung von 160 Mrd. US-Dollar, für 1986 werden 230 Mrd. erwartet. Für die unterdrückten und ausgebeuteten Massen in der „3. Welt“ bedeutet diese Verzögerung aber eine weitere dramatische Verschlechterung ihrer Situation.

strien wurden unter die Kontrolle des Staates gestellt. Das Militärregime des Oberst Gadhafi verstand es, den Ölreichtum und die radikalen Reformen zur Hebung des Lebensstandards der Massen zu benutzen. So wurden schon 1970 die Löhne und Gehälter auf einen Schlag verdoppelt. Diese durch den Ölreichtum des Landes ermöglichten Reformen sind der Grund für die relative Stabilität des Gadhafi-Regimes.

Offiziell ist Libyen eine „Sozialistische Arabische Volksrepublik“, die Macht wird durch die „Volkskongresse“ ausgeübt. In Wirklichkeit ist das Land ein Polizeistaat. Parteien und Gewerkschaften sind verboten, jegliche Opposition wird unterdrückt und Diskussion ist nur insoweit zugelassen, wie sie die Ansichten der Staatsführung unterstützt.

Bezeichnenderweise gibt es weder in der Ölindustrie noch in der Armee, den beiden entscheidenden Gebieten der libyschen Gesellschaft, „Volkskomitees“, die angeblich die Macht im Lande haben. In den letzten Jahren hat Gadhafi zwar Volksmilizen unter Teilnahme der Massen aufgebaut und sich dadurch die Sympathien großer Teile der Jugend und der Frauen sichern können,

doch geschah dies nur, um Gadhafis herrschende Clique vor möglichen Umsturzversuchen von Rivalen aus den eigenen Reihen der regulären Armee zu schützen. Auch die sogenannten Volksmilizen werden von oben kontrolliert.

Die Massen sind vom politischen Leben ausgeschlossen. Sie waren weder am Sturz des Königs 1969 noch an der Errichtung der „Volksmacht“ 1977 beteiligt. Die überwiegende Mehrheit der libyschen Bevölkerung ist bäuerlich, und 60% aller Arbeitskräfte sind Arbeitsimmigranten aus den arabischen Nachbarländern, da es in Libyen selbst zu wenig ausgebildete Arbeiter gibt.

Libyen ist weit davon entfernt, sozialistisch zu sein. Zwar ist die wirtschaftliche Basis des Kapitalismus fast vernichtet worden, doch der bürgerliche Staatsapparat blieb intakt. Die Militärclique hat diesen nach ihrem Putsch 1969 übernommen, ihn zu ihren eigenen Zwecken umgestaltet und durch den Mechanismus des „Staates von oben“ die schon beschriebenen Veränderungen durchgesetzt.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen jedoch, daß die Arbeiter und die mit ihnen verbündeten Bauern den bürgerlichen Staats-

apparat nicht einfach übernehmen und verändern können, sondern daß sie diesen nach Lenins Worten „zerbrechen“ müssen, um den eigenen, den Arbeiterstaat, aufbauen zu können.

## Militärregime

Die Macht in Libyen liegt in den Händen des Militärregimes und dessen Günstlingen, wie Offizieren und staatlichen Bürokraten. Solch ein über den Klassen stehendes Regime ist gewöhnlich sehr instabil und kann nur für eine kurze Zeit existieren. Doch die Grundlage für Gadhafis bilden der Ölreichtum des Landes und der Ölboom der 70er Jahre, die es ermöglichten, den Massen einen relativ hohen Lebensstandard zuzugestehen und sich dadurch kurzfristige Unterstützung zu sichern.

1980 erzielte Libyen noch 22 Milliarden Dollar Einnahmen aus den Erdölgeschäften. Mit dem Ende des Ölbooms sanken sie auf 8 Milliarden im Jahre 1985. Damit schwindet auch die Basis des Regimes, denn der Spielraum für Reformen wird enger. So griff die Regierung in den letzten Jahren zu Sparmaßnahmen und es kam zu Lebensmittelverknappungen, die zu Unruhe und zum Anwachsen der Opposition, besonders unter der Studentenschaft, führten.

Die einzige Perspektive für Libyen liegt in der sozialistischen Revolution. Daher treten wir für den Sturz der Diktatur Gadhafis und für die Errichtung einer echten Arbeiterdemokratie ein, die den Imperialismus zurückschlagen kann.

Dies ist der einzige Weg, die erreichten Reformen zu verteidigen und auszubauen — unter der Kontrolle der arbeitenden Massen und nicht unter der Kontrolle der Militärclique.

Für Libyen alleine gibt es wegen der zurückgebliebenen Industrie und der schwachen Arbeiterklasse allerdings keine Lösung — die libysche Revolution kann nur ein Signal für die soziale Umwälzung in der ganzen arabischen Welt sein.

aus VORAN Nr. 84, Juli/August '86

## Internationale Notizen

**Libanon.** Christliche und moslemische Arbeiter folgten dem Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes „Allgemeiner Arbeiterbund“ und legten in einem Generalstreik das öffentliche Leben lahm. Der Streik richtete sich gegen den Bürgerkrieg und die wirtschaftliche Not. Das war das erste Mal seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 1975, daß sich die verfeindeten Gruppen zu einer gemeinsamen Protestaktion zusammengeschlossen haben. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1986 sind die Lebensmittelpreise um durchschnittlich 68,5% gestiegen, und 50% der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos. (3.7.86)

**Ägypten.** Streiks sind zwar verboten, aber mit einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Rezession stieg auch die Unruhe unter den Arbeitern. So streikten zuletzt die Eisenbahner in Kairo um höhere Löhne. Militär wurde eingesetzt, um diesen Streik zu brechen. (9.7.86)



## Golfkrieg

# USA raus aus dem Golf!

## Für eine sozialistische Förderung im Nahen Osten

Schon seit sieben Jahren dauert der blutige Krieg zwischen Iran und Irak an. Jetzt droht mit dem verstärkten Eingreifen der USA im Persischen Golf eine weitere Eskalation des Konfliktes.

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg nahm der Einfluß des US-Imperialismus im Nahen Osten auf Kosten Großbritanniens massiv zu. In der Rolle des Weltpolizisten stützten sich die USA vor allem auf Israel und auf die Shah-Diktatur im Iran, um die Kontrolle über die Region zu behalten. Damit wurden zum einen gegen die UdSSR gerichtete strategische Interessen verfolgt und zum anderen fast ungehindert die Rohstoffquellen ausgebeutet. In der gesamten Ölindustrie dominierten US-Firmen.

### Sturz der Shah-Diktatur

Eine revolutionäre Massenbewegung, unter entscheidender Beteiligung der Arbeiter aus den Ölförderungsgebieten, stürzte im Frühjahr 1979 die verhaßte Shah-Diktatur im Iran. Die fünfstärkste Armee der Welt, die der Shah mit Hilfe der USA aufgebaut hatte, brach unter dem Ansturm der Massen zusammen. Weil eine marxistische Führung der Arbeiterklasse fehlte, blieb die Revolution unvollendet. Die Stalinisten spielten eine verräterische Rolle, indem sie eine sozialistische Revolution verhinderten. Dadurch hatten sie schon früher das reaktionäre Regime der Baath-Partei im Irak an die Macht gelassen. Im Iran unterstützte die stalinistische Tudeh-Partei die islamischen Fundamentalisten unter Führung Khomeinis, die – einmal an der Macht – alles taten, um

gestützt auf die Kleinbourgeoisie und politisch rückständige Teile der Bevölkerung den Kapitalismus im Iran aufrechtzuerhalten. Um die Arbeiter und Bauern zu betrügen, bediente sich Khomeini massiver antiamerikanischer Propaganda.

Die wachsende Unruhe dehnte sich in der ganzen Region aus. Die UdSSR marschierte in Afghanistan ein, um ihr dortiges Marionetten-Regime zu stützen.

### Irak beginnt den Krieg

Der Irak unter der Diktatur Sadam Husseins wollte die Gunst der Stunde nutzen und die Ölfelder im Süden Irans besetzen. Wohlwollendes Zuschauen des US-Imperialismus begleitete den irakischen Angriff. Auch die russische Bürokratie unterstützte den Irak. Beide Supermächte fürchteten den Zusammenbruch des bestehenden Zustandes und die Entwicklung weiterer revolutionärer Bewegungen in einer Region. Hussein erhoffte einen raschen Sieg, doch er unterschätzte die Dynamik einer Revolution. Die iranischen Massen sahen im irakischen Angriff eine Bedrohung ihrer Revolution. Das Khomeini-Regime, das unter dem Deckmantel einer „Islamischen Revolution“ in Wirklichkeit blutige Reaktionen betreibt, wurde sogar noch gestärkt, da es unter Hinweis auf den äußeren Feind von inneren Problemen ablenken konnte.

Nach anfänglichen militärischen Erfolgen, aufgrund erheblich besserer technischer Ausrüstung und einer starken Luftwaffe, befindet sich der Irak jetzt in der schwächeren Position. Im Vergleich zum Irak verfügt der Iran über eine dreimal so starke Bevölkerung und Wirtschaft. Die reaktionären arabischen Regimes und der Imperialismus verstärkten ihre Unterstützung für den Irak. Rüstungsfirmen aus der ganzen Welt erzielten Riesenprofite aus dem Waffenverkauf an beide Seiten. Doch der Hauptgrund für die Weiterführung des Golfkrieges ist der Versuch, ein relatives Gleichgewicht beizubehalten. Die politische Stabilität der ganzen Region wäre durch den Sieg einer Seite bedroht. Das Ende des Krieges, Sieg oder Niederlage egal welcher Seite, wären für die Massen das Signal, sich für die Entbehrungen der letzten Jahre zu rächen. Neue Revolutionen stünden bevor.

Im Irak befinden sich 20% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung im Kriegseinsatz. Die Auslandsverschuldung stieg auf 50 Mrd. Dollar an. Trotz der Steigerung der Erdölexporte mußten 1986 die Wareneinfuhren um 60% gekürzt werden. Und im Iran lebt die Bevölkerung jetzt sogar unter schlimmeren Bedingungen als unter der Shah-Diktatur: Es gibt 50% Inflation und offiziell 26% Arbeitslosigkeit.

Der Krieg kostete inzwischen mehr als eine Million Menschenleben. Im Golf wurden seit 1981 300 Schiffe angegriffen, davon ein Drittel zerstört.

200 Handelsschiffe kamen ums Leben.

Alle diplomatischen Versuche, den Krieg zu beenden, sind fehlgeschlagen. Feierliche UN-Resolutionen blieben ein Fetzen Papier. Auch die kürzlich enthüllten amerikanischen Versuche, Kontakte zu „gemäßigten“ Teilen der iranischen Führung aufzubauen, um verloren gegangenen Einfluß zurückzugewinnen, führten nur zu einem politischen Riesenskandal („Iran-gate“).

Wegen seiner geschwächten Position möchte der Irak eine „Internationalisierung“ des Konflikts. Angeblich um die Schifffahrt im Golf zu sichern, verstärkten die USA ihre militärische Präsenz und ließen kuwaitische Öltanker mit dem Sternbanner ausfliegen. Der ganze Golf ist im Moment ein Pulverfaß. Ein US-Angriff auf Iran nach dem Muster des Überfalls auf Libyen im letzten Jahr ist nicht ausgeschlossen. Eins ist jedenfalls sicher: Die Instabilität der Region hat ihre Ursache in der völligen Unmöglichkeit, auf kapitalistischer Grundlage Fortschritte zu erzielen. Die einzige Lösung liegt im gemeinsamen Kampf der Arbeiter über die Grenzen hinweg, d.h. Sturz der reaktionären arabischen Regimes, Sturz von Hussein im Irak, Sturz von Khomeini im Iran. Die Arbeiterklasse muß den Übergang zum Sozialismus erkämpfen und eine Sozialistische Förderung des Nahen Ostens durchsetzen.

aus VORAN Nr. 94, Oktober 1987

# Massenproteste in Gaza und Westbank

Die von Israel besetzten Gebiete West Bank und der Gaza-Streifen erlebten den größten Ausbruch an Opposition seit 1967. Über 30 Palästinenser wurden von der israelischen Armee getötet, Dutzende verletzt und Hunderte verhaftet.

Zwar wurden die Protestaktionen hauptsächlich von Jugendlichen getragen, aber zum ersten-Mal unterstützte die Mehrheit der arabischen Bevölkerung die Proteste. Zeitweilig gab es kaum eine Stadt, oder ein Flüchtlingslager, in dem sich nicht Szenen bittersten Protestes abspielten. Im Dezember gab es einen eintägigen Generalstreik der Araber in Israel, aus Solidarität mit den in den besetzten Gebieten lebenden Menschen. Für Mitte Januar war zu einem 3-tägigen Generalstreik in Ost-Jerusalem, West Bank und Gaza aufgerufen worden, der das öffentliche Leben weitgehend lahmlegte.

Der Hintergrund für den jetzigen erbitterten Widerstand gegen die seit 20 Jahren andauernde Besetzung ist die Politik der Israelis, jegliche wirt-

schaftliche Aktivität in diesen Gebieten zu unterdrücken. 30% des verfügbaren Landes im Gaza-Streifen wurden für 25000 Israelis konfisziert, während 630.000 Palästinenser auf dem restlichen Gebiet zusammengepfercht leben. Mehr als die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens der Westbank wurde entweder für militärische Zwecke oder für die 65.000 jüdischen Siedler beschlagnahmt, eine kleine Minderheit unter 850.000 Arabern.

Die wirtschaftliche Entwicklung der besetzten Gebiete wird von den Israelis absichtlich niedergehalten, um so einerseits einen festen Markt für israelische Waren zu haben und andererseits als Quelle für billige Arbeitskräfte. Zehntausende begeben sich täglich nach Israel, um die schlechtbezahlteste, dreckigste Arbeit zu verrichten, ohne Pensionsberechtigung oder gewerkschaftlichen Schutz.

Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in Israel und die Krise der Öl-Industrie bedeuten für die Palästinenser steigende Arbeitslosigkeit

– besonders unter den Jugendlichen. All dies führte zu wachsender Unzufriedenheit. Die weitsichtigeren Teile der israelischen herrschenden Klasse sehen schon jetzt deutlich, was auf sie zukommen wird: Die Kosten der Besetzung steigen, in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Auf lange Sicht wird sie unhaltbar sein. Hinzu kommt: Um die Jahrhundertwende wird die arabische Bevölkerung in Israel und den besetzten Gebieten die Mehrheit haben.

### Massenbewegung

Wie Marxisten schon in der Vergangenheit erklärt haben: In den besetzten Gebieten erreichen Massenbewegungen in wenigen Tagen mehr als Jahrzehnte individuellen Terrors, wie er von den verschiedenen Flügeln der PLO unterstützt wird. Schon jetzt herrscht bei vielen jungen Israelis tiefes Unbehagen darüber, ihren Militärdienst in den besetzten Gebieten ableisten zu müssen. Als Folge der jetzigen Unruhen wird sich die Opposition dagegen verstärken – bis hin zu Kriegsdienstverweigerung.

In Israel herrschen, selbst unter den Linken, viele Illusionen darüber, daß die Frage der besetzten Gebiete durch

eine Friedenskonferenz zwischen Israel, Jordanien, den USA und möglicherweise Repräsentanten der PLO gelöst werden könnte. Jedoch: Der Schlüssel zum Frieden liegt nicht in der Hand diplomatischer Vertreter des Imperialismus, die noch nie eine Politik im Interesse der palästinensischen Massen herbeigeführt haben. Er liegt in der Hand der Arbeiterklasse – Israels und Palästinas.

Die Zukunft der Arbeiter in diesem Gebiet, Juden oder Araber, ist eng miteinander verknüpft. Es kann für die einen keinen Frieden geben ohne das Recht auf Selbstbestimmung des anderen. In der nächsten Zeit wird die Arbeiterbewegung eine wachsende Rolle spielen, sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Politik. Und genau darin liegt die einzige Lösung für die nationalen Konflikte. Enorme wirtschaftliche Schocks liegen vor uns. Sie werden alle Arbeiter, als Klasse, zwingen, ihren Lebensunterhalt und ihre Lebensbedingungen zu verteidigen.

Als Marxisten stützen wir uns auf die gemeinsamen Interessen und den gemeinsamen Kampf der jüdischen und der arabischen Arbeiter für den Sturz des Kapitalismus in Israel, Jordanien und für die Errichtung einer Sozialistischen Föderation der Staaten des Nahen Ostens.

aus VORAN Nr. 97, Februar 1988

# Freiheit für Machmoud Masawri

Die Aufstände und Generalstreiks in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten dauern an. Die israelischen Sicherheitskräfte antworten mit Massenverhaftungen. Einer der Verhafteten ist Machmoud Masawri, Mitglied des Gewerkschaftsbundes Histadrut. Er führte vor zwei Monaten einen Streik der (jüdischen) Arbeiter in der Betonfabrik Isra Biton bei Tel Aviv. Seine ganze Arbeit ist erfüllt von dem Streben, durch gemeinsamen Kampf der jüdischen und arabischen Arbeiter das System der Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen. Hier ein Augenzeugenbericht:

„Am Sonntag, dem 17. Juli, um 2 Uhr nachts, wurde Machmoud Masawri im Dorf Baqa, Israel, von Mitgliedern des „Shin Beth“ (israelische Sicherheitspolizei), begleitet von Zivilpolizisten und paramilitärischen Grenzbeamten, aus seinem Bett gezerrt und verhaftet. Die Polizei weigerte sich auch in den darauffolgenden Tagen, Einzelheiten über die Gründe seiner Verhaftung oder Anklagepunkte bekanntzugeben. Auf Anordnung der Führung des Shin Beth war während des Verhörs kein Rechtsanwalt zugelassen. Nach sieben Tagen Verhör fand seine Familie zufällig heraus, wo er gefangen gehalten wurde.

Dies ist ein typisches Beispiel für die Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Staatsapparates in dem Versuch, die großartige Intifada (Palästinenser-Aufstand) niederzuschlagen. Die Intifada ist im Moment nicht mehr auf dem gleichen intensiven Niveau wie in den Monaten Dezember und Januar. Nach der Verhaftung von etwa 10.000 Aktivisten hat es Rück-

schläge gegeben. In einigen Gebieten wurde die gesamte Führung der Bewegung verhaftet, so daß in den Palästinenserlagern dort kaum noch Jugendliche im Alter von 18-25 Jahren zu finden sind. Im Augenblick befindet sich die Bewegung in einer Phase der Auswertung und der Neuorientierung für die nächste Runde des Kampfes.

Die allgemeine Stimmung zeigt sich auch darin, daß selbst die Behörden die neu-errichteten Gefangenen-Lager „Universitäten der Revolution“ nennen. Minister des israelischen Kabinetts sprechen von Verhandlungen „mit verantwortlichen palästinensischen Kräften“, wie sie es nennen, um in den besetzten Gebieten wieder „normale Beziehungen“ herzustellen. Mit anderen Worten: Sie wollen eine Schicht von Kollaborateuren heranziehen, die in Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung die Bewegung abdämpfen sollen.

Pässe wurden neu ausgeteilt, und jede Person über 16 Jahren muß sie jetzt bei sich tragen. Eltern von Kin-

dern, die wegen Steinwerfens verhaftet wurden, müssen bei der Zivilverwaltung NIS 5000 (ca. 6000 DM) als Kautions hinterlegen, um sie freizubekommen. Eine zweite Verurteilung droht bei Verwirklichung dieser Summe.

Gebäudeeigentümer, an deren Hauswänden Parolen zur Unterstützung der Intifada stehen, müssen mit einer Strafe von NIS 15.000 (ca. 18.000 DM) und fünf Jahren Gefängnis rechnen. Aber all diese Repressionen vertiefen nur die Kampfbereitschaft. Ein Kommentator gab kürzlich in der „Jerusalem Post“ zu: „Darum wird die Unterdrückung der Intifada, selbst wenn sie gelingen sollte, wahrscheinlich nur die Saat für weitere, noch gewaltsamere Aufstände legen.“

Die Intifada hat tiefe Risse in der israelischen Gesellschaft zutage gefördert. Dies wurde deutlich, als z.B. über 400 Arbeiter der Maschinenfabrik „Beit Shemesh“ kürzlich vorm Finanzministerium gegen geplante Entlassungen protestierten. Die Polizei mußte die Szene fluchtartig verlassen, nachdem sie mit Steinen beworfen wurde. Knüppelschwingend stürmten die Arbeiter das Gebäude und warfen die gläsernen Türen mit Metallplatten ein. Dabei riefen sie: „Das ist die jüdische Intifada!“ Bezeichnenderweise benutzten sie das arabische Wort, nicht die hebräische Übersetzung.

Die Heuchelei der israelischen herrschenden Klasse, Opferbereitschaft zu predigen und gleichzeitig enorme Vergünstigungen an leitende Beamte zu geben, hat ihren Eindruck auf die Arbeiter nicht verfehlt. Kürzlich wurde die Zahlung von über 144 Mio. DM an 23 Manager der Leumi Bank nur nach Intervention der Regierung zurückgezogen.

Marxisten unterstützen das Recht der Palästinenser auf ein eigenes Heimatgebiet und nehmen an allen Kämpfen für solche demokratischen Rechte teil. Diese Rechte können nur durch den Bruch mit dem Imperialismus, Sturz der kapitalistisch-feudalen Regimes in der Region - arabischer wie israelischer - und durch die Schaffung einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens gesichert werden. In der kommenden Periode besteht die Aufgabe darin, eine Führung aufzubauen, die diese Aufgaben bewußt angeht.

Machmoud Masawri hat sich in zahlreichen Kämpfen für seine Kollegen - jüdische wie arabische - eingesetzt und betrachtet sein Engagement für die nationale Befreiung der Palästinenser als eng verknüpft mit dem Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der Region.

aus VORAN Nr. 103, September '88

Nach dem Ende des Golfkrieges:

# Gesellschaftliche Probleme ungelöst

Nach acht Jahren, 1 Mio. Toten, 1,7 Mio. Verletzten und 370 Mrd. US-Dollar Kosten scheint der Krieg zwischen Iran und Irak zu Ende zu gehen.

Nicht die UNO-Waffenstillstandsresolution 598, sondern die politische, wirtschaftliche und militärische Erschöpfung beider Seiten ist die Ursache des Friedensschlusses.

Im Februar 1979 stürzten die iranischen Massen das Shah-Regime. Wegen des Fehlens einer bewußten Führung der Arbeiterklasse gelangten islamische Fanatiker unter Ayatollah Khomeini an die Macht. Iraks Diktator Saddam Hussein fürchtete die Auswirkungen der iranischen Revolution im Irak. In der Hoffnung auf einen schnellen Sieg kündigte Hussein den 1975 geschlossenen Vertrag von Algier, der die iranisch-irakische Grenzziehung im Schatt-el-Arab festlegte, und begann am 22. September 1980 den Krieg.

Er konnte sich dabei der Unterstützung der reaktionären arabischen Regimes und des US-Imperialismus sicher sein. Doch trotz anfänglicher militärischer Erfolge wegen der Instabilität im Iran und der Auflösungserscheinungen in der Armee ging die Rechnung nicht auf. Das Khomeini-Regime wurde gestärkt und konnte unter der Parole der „Verteidigung der Revolution“ und mit anti-imperialistischer Propaganda Unterstützung in der iranischen Bevölkerung gewinnen. Unter großen Menschenopfern gewann der Iran gegen die technisch überlegenen irakischen Truppen langsam militärisch die Oberhand. Ein militärischer und politischer Zusammenbruch des Regimes der Baath-Partei unter Hussein drohte. Im Frühjahr 1987 stellte ein US-Kongress-Bericht fest, daß „eine irakische Niederlage

katastrophale Konsequenzen für die westlichen Interessen hätte“.

## US-Intervention

Um die befürchtete Destabilisierung der ganzen Golfregion zu verhindern, griffen die USA immer massiver direkt ein. Die irakische Seite versuchte alles, um den Konflikt zu eskalieren und die Imperialisten zum offenen Eingreifen zu zwingen. Die Flottenpräsenz der Nato wurde auf 70 Schiffe verstärkt, kuwaitische Öltanker - nun mit dem Sternbanner ausgeflaggt - liefen unter US-Schutz durch den Golf. Als der Irak die US-Fregatte „Stark“ versenkte, begnügte sich die USA mit der Entschuldigung Husseins, es habe sich um ein Versehen gehandelt. Gleichzeitig wurde der militärische Druck auf den Iran verstärkt. Der gezielte Airbus-Abschuß mit 290 Toten war imperialistischer Staatsterrorismus zur Einschüchterung des Iran. Wachsende Kriegsmüdigkeit, irakische Geländegewinne und die allgemeine Aussichtslosigkeit, den Krieg zu gewinnen, ließen die iranische Führung auf ein rasches Kriegsende drängen. Auch die Supermächte wollten eine sofortige Beendigung des Krieges, um den Rest an Stabilität in der Region zu retten.

Eine Inflationsrate von 50%, mindestens 20% Arbeitslosigkeit, die extrem schlechte Versorgungslage, irakische Raketenangriffe auf iranische

Großstädte und die brutale Unterdrückung zermürbten die Bevölkerung. Laut Berichten kam es in zahlreichen Städten zu Antikriegsdemonstrationen und Streiks.

Parlamentssprecher Rafsandschani, zur Zeit der „starke Mann“ im Iran, sah die Gefahr: „Wir könnten nicht nur vor einer Katastrophe auf dem Schlachtfeld stehen, sondern auch vor dem Zusammenbruch des ganzen Regimes. Wir könnten alle auf dem Teheraner Hauptplatz baumeln.“

## Auseinandersetzungen in iranischer Führung

Noch vor zwei Monaten hatte Khomeini verkündet: „Wer den Frieden mit Saddam will, ist ein Verräter am Geist des Propheten.“ Es hat eine Machtverschiebung innerhalb der iranischen Führung gegeben. Der radikalislamische Flügel um Ayatollah Montazeri, der Rafsandschani wegen der geheimen Waffengeschäfte mit den USA „Kumpane mit dem amerikanischen Teufel“ vorwarf, ist zurückgedrängt worden.

Doch auf verzerrte Weise bringen diese Äußerungen verschiedener Flügel der Führung die mächtigen Klassen gegensätze zum Ausdruck. Der Trend zur bonapartistischen Machtkonzentration ist deutlich. Die einzige legale Partei (Islamisch-Republikanische Partei) wurde aufgelöst. Rafsandschani bekam die Funktion des Oberbefehlshabers der Streitkräfte. Als seine Reorganisationsversuche am Gegensatz zwischen regulärer Armee und den Freiwilligenverbänden (Basidsch) scheiterten, strebte er das Kriegsende an, um die Macht der Mullahs zu retten: „Unsere Feinde meinen, wir werden bald verschwinden. Wo sollen wir

hin? Habt ihr jemals erlebt, daß ein Mullah etwas aus freien Stücken zurückgibt, das er gerade bekommen hat?“

Ihren Willen zum Machterhalt hat die iranische Führung deutlich dokumentiert: mindestens 50.000 politische Morde, bestialische Folterungen von Gefangenen, mittelalterliche Unterdrückung der Frauen, Einsatz von 10.000en Kindern als „Minensucher“ im Krieg, Unterdrückung nationaler Minderheiten (z.B. Kurden) usw.

## Massen unzufrieden

Dafür hat die iranische Bevölkerung nicht den Shah gestürzt! Unter dem Druck der Unzufriedenheit der Massen hat Khomeini jetzt Gesetze zur Landreform, Einführung eines staatlichen Außenhandelsmonopols und andere drastische Wirtschaftsmaßnahmen angekündigt.

Wenn jetzt der Krieg zu Ende geht, entfällt die außenpolitische Entschuldigung des Regimes für die Mißstände im Land. Jetzt werden die Arbeiter und Bauern Verbesserungen sehen wollen. Der Friedenszustand kann für die Herrschenden im Iran zu noch größeren Problemen führen als der Kriegszustand.

Ähnliche Schwierigkeiten werden auf das Hussein-Regime im Irak zukommen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau könnte dort trotz geringerer Kriegszerstörungen als im Iran schwerer werden: Vor dem Krieg verfügte der Irak über 35 Mrd. Dollar Währungsreserven, jetzt muß er 60-80 Mrd. Dollar Auslandsschulden abtragen.

aus VORAN Nr. 103, September '88

## Algerien

# Hungerrevolte gegen Ein-Parteien-Regime

500 Tote – überwiegend Jugendliche – das ist die vorläufige Bilanz der sechsstägigen „Hungerrevolte“ in Algerien.

Es ist nicht die erste in Nordafrika. 1984 gab es derartige Unruhen in Tunesien und Marokko. Hohe Verschuldung der Länder und die daraus folgenden Auflagen des Internationalen Währungsfonds in Form von Sparmaßnahmen, Abbau von Subventionen usw., hatten dazu geführt, daß die Mehrheit der Bevölkerung Hunger litt.

In Algerien gab es damals noch keine Probleme, da das Land über Erdöl und Ergas verfügte. Aber die Preise für diese Rohstoffe sanken immer tiefer, die Devisen wurden immer knapper. 98% des Staatshaushaltes Algeriens wurden aus den Öleinnahmen bestritten, die 1986 von zwölf auf acht Milliarden US-Dollar gefallen waren. So wurden Mitte der 80er Jahre Einfuhrbeschränkungen für z.B. Olivenöl, Kaffee, Erbsen und Gries verfügt. 1988 allein wurden jedoch noch für eine Milliarde US-Dollar Lebensmittel importiert.

Eine Dürre diesen Sommer ver-

schärfte die Lage zusätzlich, verbunden mit der Entstehung eines Schwarzmarktes und der Korruption der herrschenden Bürokraten wurde die Lage jetzt unerträglich. Ein Kilo Fleisch kostet 60 DM, ein Pfund Butter 20 DM – wenn man überhaupt etwas kriegt.

Zusätzlich verschärfte sich die Wohnungsnot. 60% der Bevölkerung ist unter 20 Jahre alt, und immer mehr von diesen jungen Leuten wollen jetzt eine eigene Familie gründen. Aber die Mieten sind unerschwinglich, in einem dreistöckigen Wohnhaus leben bis zu hundert Personen. Die Arbeitslosigkeit gerade unter Jugendlichen ist hoch, und selbst wer Arbeit hat, hat noch genug Probleme: Die Löhne sind unverändert niedrig.

Ende September traten die Arbeiter der algerischen Auto-Industrie in den Streik. Sie forderten Lohnerhöhungen. Die Beschäftigten der Post schlossen sich an, der Rest der Bevölkerung zog nach. Sie forderten ein Ende der wirtschaftlichen Not und die Aufhebung des Einparteiensystems.

## Einparteiensystem

Dieses war 1962 entstanden, als die Befreiungsbewegung FLN die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich erkämpft hatte. Er folgte, Frankreich erkämpft hatte. Es folgte, was wir in vielen exkolonialen Ländern beobachten konnten: Aus der Guerillarmee entstand eine Partei, die zwar den Grund und Boden verstaatlichte und an die Bauern verteilte, und die Industrialisierung vorantrieb. All diese Maßnahmen wurden jedoch per Verordnung durchgeführt, ohne die Mitbestimmung und die demokratische Kontrolle der Arbeiter und Bauern. Korruption und Fehlplanungen sind so unvermeidlich.

Außerdem war nur die politische Unabhängigkeit von Frankreich erreicht worden, die wirtschaftliche blieb bestehen. Die Handelsbedingungen zwischen den beiden Ländern bieten große Vorteile für Frankreich. Präsident Chadli versuchte, die immer größer werdenden wirtschaftlichen Probleme dadurch zu überwinden,

daß er private Landwirtschaft zuließ – mit dem Erfolg, daß sich die Nahrungsmittel noch mehr verteuerten.

## Islam

90% der Bevölkerung sind Moslems. Dennoch hat der Islam im politischen Leben keine große Rolle gespielt, solange die wirtschaftliche Lage erträglicher war. In Ermangelung einer politischen Alternative suchen aber jetzt immer mehr Menschen Trost in den Moscheen, wo in den Predigten harte Strafen für die Schwarzhändler und Schieber gefordert werden, die sich an der neu eingeführten Privatisierung goldene Nasen verdient haben. Islamische Fundamentalisten, die sich am islamischen Staat des Ayatollah Khomeini orientieren, versuchen die Situation für sich auszunutzen und sich vor allem bei den arbeitslosen Jugendlichen eine Basis aufzubauen.

Um der Lage Herr zu werden, hat Präsident Chadli jetzt eine algerische Version von Glasnost und Perestroika angekündigt, mit mehr Mitbestimmungsrechten für die Bevölkerung und wirtschaftlichen Reformen (z.B. mehr Dezentralisierung). Aber was in dem Riesenland Sowjetunion mit seiner großen entwickelten Industrie? Was nicht klappt, wird auch im Entwicklungsland Algerien keine Chance haben.

aus VORAN Nr. 105, November '88

## Nach den Wahlen in Israel und der Ausrufung des Palästinenserstaates

# Wie weiter im Nahen Osten?

Nach den Wahlen im November 1988 geht Israel weiterhin einer ungewissen Zukunft entgegen. Keine der großen Verschiebungen prägen das neue Parlament, doch Entscheidendes hat sich am rechten Rand getan: Mit den zugewonnenen Sitzen haben die Parteien rechts von Shamirs Likud-Block jetzt gerade genügend Einfluß, um der Politik der nächsten Zeit ihren Stempel aufzudrücken. Entsprechend verfehlte Peres Arbeiterpartei ihr Wahlziel, gemeinsam mit den linken Splitterparteien die drohende rechte Mehrheit zu verhindern.

Die neue Stärke der Rechtsextrremen bringt neue Probleme. Ihr fundamentalistischer Kurs schürt Konflikte in den eigenen Reihen, neben dem harten Kurs gegen die Araber fordern sie ein konsequentes Einhalten jüdischer Rituale bis zur Stilllegung sämtlicher Industrieanlagen am Wochenende. Doch für Shamir heißt die Frage: Wo liegen die größeren Gemeinsamkeiten, rechts oder links? Hier lohnt noch einmal ein Blick zurück in den Wahlkampf.

Dieser war bestimmt vom Thema des palästinensisch-israelischen Konflikts, das u.a. auch als gelungenes Ablenkungsmanöver von einer konsequenten Auseinandersetzung mit den inneren Zuständen der israelischen Gesellschaft selbst diente.

## Streiks und Unruhen

Zwar steht Israels Wirtschaftskraft an der Spitze im Nahen Osten, doch ein großer Teil der Wirtschaftsleistung wird von Rüstung und Armee aufgefressen, der übrige Wohlstand verteilt sich in den Reihen der oberen Zehntausend. Groß ist die Zahl derer, die nicht wissen, ob ihr Geld noch für morgen reicht. So dringt kaum mal ein Bericht über die Vielzahl der Streikbewegungen der letzten Jahre zu uns herüber, die ihre Ursache in einem völlig

ungerechten kapitalistischen Wirtschaftssystem haben, das am Tropf US-amerikanischer Subventionen hängt.

Unruhe und Streiks unter der israelischen Arbeiterschaft sind ein erstes Zeichen für Peres wie Likud. Dennoch: Der Wahlkampf arbeitete mit anderen Inhalten. Shamir weichte provokativ neue jüdische Siedlungen ein, die gesamte Rechte forderte eine harte Haltung gegen die Palästinenser. „Ganz Israel den Juden“ ist ihre Devise. Ihr politisches Konzept lautet: Die Palästinenser demoralisieren, die Loyalität der Israelis erhalten durch das Schüren der Angst vor der palästinensischen Bedrohung. Shamirs Lösung für die Palästinenser ist gar keine: Er versprach ihnen volle Autonomie nach Camp David und meinte damit die Beibehaltung des Status quo: Eine Selbstverwaltung in gewissen kommunalen Fragen – eine „Müllabfuhrautonomie“, so ein arabischer Bürgermeister – sowie Ruhe und Ordnung.

Die Rechtsaußen verfolgen darüberhinaus die Vertreibung aller Palästinenser aus „ganz“ Israel, mit ihrem Wahlsieg ist eine Verschärfung der Auseinandersetzung vorprogrammiert.

Erstmals in ihrer 20-jährigen Ge-

schichte bezog aber die PLO selbst Stellung zu den verschiedenen Parteien. Sie appellierte mehr oder weniger direkt an die Wahlberechtigten, die Arbeiterpartei zu wählen, um den Kurs der Konfrontation zu stoppen. Hier wird ein Erfolg der „Intifada“ (des Massenaufstandes in den besetzten Gebieten) deutlich. Der jetzt einjährige Widerstand der Nichtzusammenarbeit und politischen Demonstrationen hat die israelische Kompromißlosigkeit aufgeweicht. Doch die Arbeiterpartei wird von Peres, der den Verhandlungsfrieden anstrebt, geführt und von Rabin, der als Verteidigungsminister und Herr der besetzten Gebiete mit eiserner Faust kurzfristige Erfolge anstrebte ohne Rücksicht auf die langfristigen Folgen. „Die jetzige Welle von Zwischenfällen wird bald wieder abbrechen“, meinte er im Herbst 1987.

## Palästinenserstaat

Doch die Palästinenser haben durchgehalten, ihre Organisation hat sich gefestigt, ihre Jugend hat ein weiteres Jahr die Schule der Unterdrückung durchgemacht. Der Staat Israel hat politische und wirtschaftliche Blessuren erlitten, denn der Lebensstandard der Israelis kann nicht gesichert werden ohne die Arbeitskräfte der Araber.

Heute müßten sie einen Schritt weitergehen: Die Palästinenser müssen ihre Zukunft in der Verbindung der Arbeiter der verschiedenen Länder suchen. Ein palästinensischer Staat könnte sich weder politisch noch wirtschaftlich unabhängig am Leben erhalten. Die Masse der Palästinenser

kämpft heute zwar für einen eigenen Staat, um ihr Lebensrecht durchzusetzen, doch dieser Staat wäre in einer kapitalistischen Ordnung bald Spielball internationaler Mächte und Märkte, ohne Aussicht auf bessere Versorgung der Menschen, als es heute der Fall ist.

Doch befinden sich die palästinensischen Arbeiter in einer Schlüsselstellung zur Einigung der Arbeiterklasse der gesamten Region. Ihre Zerstreuung, so unhaltbar dieser Zustand ist, bietet eine Grundlage zum Kampf um internationale Einheit der Arbeiterklasse.

Die PLO-Führung müßte folglich neben der Forderung nach eigenem Land die nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung oben stellen. Doch darin versagte sie schon 1970 in Jordanien. Sie darf sich nicht weiter von ihren arabischen Financiers als Mittel benutzen lassen, mit dessen Hilfe das revolutionäre Potential der palästinensischen Massen ins nationale Fahrwasser abgeleitet wird, ohne die Klassenfrage aufzugreifen.

Die Lösung des Problems liegt im gemeinsamen Kampf der jüdischen und arabischen Arbeiter gegen die gemeinsamen kapitalistischen Unterdrücker in Israel. Das Ziel muß sein: Eine sozialistische Föderation der Staaten des Nahen Ostens, mit voller Autonomie für Israel und dem Recht der Palästinenser auf ihren eigenen Staat.

aus VORAN Nr. 106, Dezember '88/Januar 1989

Israel

# Die Befreiung der Araber hat begonnen

Seit über eineinhalb Jahren kämpft das palästinensische Volk, insbesondere die Jugend, gegen die israelische Besatzung und für ein unabhängiges Palästina. Diese Massenbewegung hat in eineinhalb Jahren mehr erreicht, mehr Bewußtsein und Sympathie geschaffen, als 20 Jahre PLO-Terror. Sie hat alle Schichten und Altersgruppen in den Kampf einbezogen.

Ob Arbeiter, kleine Ladenbesitzer oder Angestellte des öffentlichen Dienstes: Sie alle kämpfen gegen die Unterdrückung durch die herrschende Klasse Israels. Die Intifada (Name der Massenbewegung) zeigt deutlich das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse und ist eine klare Widerlegung der alten PLO-Taktik vom Terror- und Guerillakampf. Der Aufstand ist spontan und ohne Einfluß der PLO entstanden. Dies alles zeigt die neue Qualität des Kampfes, in die das palästinensische Volk eingetreten ist.

## Historische Wurzeln

Bis zur Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 stand das damalige Palästina unter Kontrolle Großbritanniens. Die zionistische Bewegung (zur Schaffung eines jüdischen Staates auf den Gebieten Palästinas) und die USA förderten die Gründung. Nach dem Nazi-Holocaust gab es für den britischen und den US-Imperialismus denkbar günstige Bedingungen. Riesige Flüchtlingsströme mit dem berechtigten Interesse nach Ruhe und Schutz wurden von der USA genutzt, um sich mit der Gründung eines israelischen Staates die Vormachtstellung in der arabischen Welt zu verschaffen.

In den darauffolgenden Jahren gab es eine größtenteils gewaltsame Ausbreitung jüdischer Siedlungen und einen Krieg der arabischen Nachbarländer gegen Israel. Dies alles ging auf Kosten der Palästinenser. Tod und Vertreibung waren die Auswirkungen. In einem 6-Tage-Krieg 1967 besetzte Israel den bis dahin ägyptischen Gaza-Streifen und die zu Jordanien gehörende Westbank. Diese Gebiete sind bis heute besetzt.

Seit 20 Jahren werden diese Gebiete ausgebeutet und unterdrückt. Im Gazastreifen wurden 30% des verfügbaren Landes von Israel konfisziert und 25.000 jüdischen Siedlern zur Verfügung gestellt, während 650.000 Palästinenser auf dem restlichen Gebiet zusammengepfercht leben müssen. Nicht anders sieht es auf der Westbank aus. Dort wurden über die Hälfte des wirtschaftlich nutzbaren Bodens für militärische Zwecke oder für die 65.000 jüdischen Siedler beschlagnahmt. Hier leben sogar 850.000 Palästinenser. Zehntausende von ihnen fahren jeden Tag nach Israel, um dort ihre Arbeitskraft für Hungerlöhne zu verkaufen. Zudem ist dies meistens die schwerste und dreckigste Arbeit, ohne Rentenanspruch und gewerkschaftlichen Schutz. Dieser Zustand wurde ganz bewußt herbeigeführt, indem die wirtschaftliche Entwicklung in den be-

setzten Gebieten absichtlich niedergehalten wird. So sichern sich das israelische Kapital und die inländischen US-Konzerne einen beständigen Markt.

## Charakter des Aufstandes

Aber das palästinensische Volk läßt sich diese Unterdrückung nicht länger gefallen. Es wurden Dorf- und Stadtkomitees aufgebaut, durch die die örtliche Bevölkerung den Widerstand, die Versorgung mit Lebensmitteln, Arzneimittel und Verbreitung von Informationsmaterial organisiert. Diese Komitees sind ohne Einfluß der PLO entstanden. Auch der Aufstand ist nicht das Werk einer kleinen Gruppe der PLO, wie das die israelische Regierung darzustellen versucht.

Diese Tatsache hat der Aufstandsbewegung weltweite Sympathie verschafft. Sie hat Auswirkungen auf das Bewußtsein der israelischen Arbeiterklasse und der Jugend in der ganzen Welt. Sie hat die Herrscher der gesamten arabischen Welt in Schrecken versetzt. Die FAZ vom 7.1.1989 bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „Wie ein Stein, der ins Wasser geworfen wird und Wellen verbreitet, haben die demonstrierenden Palästinenser im vergangenen Jahr über die israelisch besetzten Gebiete hinaus politische Schockwellen verbreitet und Regimes vom Golf bis zum Atlantik verunsichert.“ „Die Befreiung der Araber hat in Palästina begonnen.“

## PLO

Trotz der Unabhängigkeit der Bewegung identifizieren sich die Palästinenser mit der PLO. Diese ist, wie jede Guerilla-Bewegung, nationalistisch begrenzt. Ihr militärischer Flügel, die Fatah, setzte bislang auf Terroraktionen gegen das israelische Volk. Das ist ein grundlegender Fehler. Der Terrorismus provoziert die israelische Reaktion. Bei Anschlägen auf Busse kommen Arbeiter und Kinder ums Leben. Dies ist ein gefundenes Fressen für Israels Regierung. Sie schürt Palästinenserhaß und rechtfertigt härteres Durchgreifen.

Der eigentliche Gegensatz in der Gesellschaft zwischen dem unterdrückenden israelischen Kapital und seiner Regierung und der israelischen und palästinensischen Arbeiterklasse wird verwischt. Die Intifada ist deshalb die richtige Antwort auf den PLO-Terror. Sie hat die Chance, die nationalen Grenzen einzureißen und die Unterstützung der israelischen Arbeiterklasse zu gewinnen. Genau das ist die „Gefahr“, die der US-Imperialismus, aber auch die arabischen

Nachbarländer, sehen. Wenn die nationalen Grenzen des Kampfes überschritten werden, eine Vereinigung der Arbeiterklasse Israels und der arabischen Länder geschieht, wird sich der Kampf gegen die herrschenden Klassen der jeweiligen Länder richten.

## Diplomatische Lösung

Die US-Administration hat natürlich kein Interesse an der Entspannung der explosiven Lage. Nachdem sie Arafat die Einreise zur UNO-Versammlung verboten hatte und daraufhin Druck aus der ganzen Welt, insbesondere der arabischen, bekam, befindet sie sich nun auf dem Rückzug. Der US-Imperialismus kann sich revolutionäre Bewegungen in den arabischen Ländern nicht leisten. Strategische und vor allem Profitinteressen bestimmen die Politik. Aus diesem Grund ist die USA sogar bereit, mit der PLO zu verhandeln. Dadurch übt sie gleichzeitig Druck auf die israelische Regierung aus, die dazu nicht bereit ist. Aber alle diplomatischen Bemühungen werden die Probleme nicht lösen. Es wird weiter schwelen und zu neuen Massenaufständen kommen.

Die Ausrufung eines unabhängigen Palästinenserstaates wurde von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten begeistert aufgenommen. Allerdings ist es bisher bei der Ausrufung geblieben. Real existiert ein unabhängiger Staat nicht. Auf kapitalistischer Grundlage könnte er auch nicht bestehen. Die besetzten Gebiete sind wirtschaftlich auf dem Niveau eines 3. Welt-Landes, haben kaum Rohstoffe, so daß sie überhaupt nicht konkurrenzfähig wären. Das Scheitern des diplomatischen Weges und das Platzen der Illusionen in einen unabhängigen Palästinenser-Staat kann wieder zu verstärktem Individualterror führen. Dies wäre ein Rückschritt für die ganze Bewegung. Die einzige Lösung ist eine sozialistische Revolution und deren Ausbreitung auf die anderen arabischen Länder. Auf der Basis einer sozialistischen Vereinigung der arabischen Länder könnten höher entwickelte Gebiete die unterentwickelten fördern. Dazu bedarf es aber einer Führung mit einem sozialistischen Programm.

Kann die PLO diese Führung darstellen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns die PLO genauer anschauen. Die PLO wurde 1964 von Fürsten und Emiren gegründet, also von Leuten, die selbst für Unterdrückung verantwortlich sind. Die soziale Zusammensetzung der Führung ist überwiegend kleinbürgerlich, d.h. Ärzte, Rechtsanwälte usw., aber auch Kapitalisten sind darunter. Das Gesamtvermögen der PLO wird auf mindestens 7-8 Mrd. US-Dollar geschätzt. Ca. 40 große Firmen hat die PLO in der kolonialen Welt aufgebaut. Eine sozialistische Revolution würde praktisch die Enteignung gro-

ßer Teile des PLO-Vermögens bedeuten. Die PLO-Führung würde sich also den eigenen Galgen bauen. Dies wird natürlich nicht der Fall sein. Die Basis und Sympathisanten der PLO hingegen, das palästinensische Volk, ist für sozialistische Ideen offen.

## Arbeitereinheit

Innerhalb der israelischen Bevölkerung ist eine Bewegung gegen den Krieg entstanden. Anfang Januar gab es eine „Frieden-jetzt“-Demonstration, an der 100.000 Menschen teilnahmen. Auch innerhalb des Militärs, besonders der Jugend, wächst der Unmut. Sie fragen nach Sinn und Zweck dieser Militäraktion. Sie sehen, daß ihre Gegenüber auch Arbeiter und Jugendliche sind, deren einzige Waffen Steine und Molotowcocktails sind. Schon 1985 gab es einen Generalstreik gegen die Kürzungspolitik der Regierung. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage, verursacht durch den Krieg, besonders aber eine zukünftige Weltwirtschaftskrise, wird die Arbeiter Israels in Bewegung setzen. Dies bietet eine Chance für die Einheit der palästinensischen und israelischen Arbeiterklasse.

Ein sozialistisches Programm muß internationalistisch sein und an die Arbeiter der ganzen arabischen Welt appellieren, besonders der israelischen. Ein Grundprinzip von Marxismus, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, muß darin verankert sein. Ein Zusammenschluß Palästinas und Israels in einer sozialistischen Föderation und die Ausweitung auf die gesamten arabischen Staaten ist die Perspektive. Um aber die sozialistische Föderation der arabischen Staaten zu erkämpfen, ist es von entscheidender Bedeutung, eine revolutionäre Führung aufzubauen, die sich in der israelischen und palästinensischen Arbeiterklasse verwurzelt. Der gemeinsam organisierte Kampf für den Sturz des Kapitalismus in Israel und Palästina ist der einzige Weg.

aus VORAN Nr. 111, Juni 1988

# Explodiert das Pulverfaß?

Der Einsatz der US-amerikanischen und anderen Streitkräfte im Nahen Osten ist ein klassisches Beispiel von Imperialismus. Die Industriestaaten sehen ihre Marionetten bedroht, die Kontrolle über „ihre“ Rohstoffquellen in Arabien ist gefährdet. Um ihre materiellen Interessen in dieser entfernten, aber wichtigen Region zu bewahren, schicken sie im „guten alten“ Stil die Kanonenboote.

Die Irakis haben einen Staatschef, der den Konzernen der USA und Europas nicht gefällt. „Saddam Hussein ist doch ein Diktator!“, protestieren die US- und die europäischen Regierungen. Die Kuwaitis, Saudis usw. haben auch Diktatoren, aber die gefallen Exxon, BP, Ford und Daimler gut. Denn sie verkaufen ihr Öl billig.

Sollte diese Expedition zum offenen Krieg führen, werden abertausende arabische Soldaten und Zivilisten mit ihrem Leben, die arabischen und asiatischen Arbeiter mit Arbeitslosigkeit oder noch schlimmerer Ausbeutung und Armut, die Palästinenser mit weiterer Vertreibung aus ihrer Heimat bezahlen. Dagegen haben wir im Westen nur noch die Heuchelei zu ertragen. Aber die stinkt schon zum Himmel. Denn wie eh und je verdecken die imperialistischen Mächte ihre nackte Aggression hinter moralischen Phrasen wie „Demokratie“, „Souveränität“, „soziale Menschenrechte“ und laut Bush „the american way of life“!

Jahrzehntlang unterstützten alle westlichen Regierungen Iran als Hilfsheerführer im Golf. Die Diktatur des Schah wurde durch einen Militärputsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung (die die Ölindustrie verstaatlicht hatte) mit aktiver Unterstützung des CIA an die Macht gebracht und hochgerüstet. Es gab keine Demokratie: Politische Gegner wurden von dem Geheimdienst „SAVAK“ systematisch gefoltert, umgebracht oder ins Exil verbannt. Diese Menschenrechtsverletzungen wurden von den westlichen Verbündeten schlichtweg dementiert oder verharmlost.

## Irak

Nach der iranischen Revolution setzten die USA ihr Geld auf den Irak und freuten sich über den Golfkrieg, denn der Irak verhinderte die Ausdehnung der Revolution auf Arabien und rettete die Ölschleiche. Die USA leisteten Saddam Hussein heimlich Militärhilfe, trotz offizieller Neutralität. Der ausschlaggebende Sieg Iraks im Krieg gegen Iran, die Eroberung der Halbinsel Fao am 18. April 1988, wurde mit US-amerikanischer Beratung errungen.

Kaum zwei Jahre später entdeckte Bush, daß Hussein ein zweiter Hitler sei! Kann man danach wirklich irgend-einer Äußerung von Bush glauben?

Die Schützlinge der westlichen Regierungen sind einfach barbarisch. In Saudi-Arabien werden Dieben (nur den kleinsten) die Hand abgehackt. Frauen werden wie Sklaven unterdrückt. Vor ein paar Jahren wurde eine Frau auf Befehl des König Fahd wegen Ehebruch öffentlich zu Tode gesteinigt. Ein BBC-

waltischen Staates. Doch gar kein Staat auf der Halbinsel ist legitim. Deshalb können sich die herrschenden Milliardäre den Luxus politischer Freiheit und Demokratie nicht leisten. Alle einzelnen Staaten sind künstliche Geschöpfe des Imperialismus, wie selbst ihre Staatsgrenze beweislos: gerade Linien, willkürlich durch den Sand der Wüste gezogen, die nichts mit irgendeiner sozialen Entwicklung zu tun haben.

Kuwait wurde vom britischen Reich als Haltestelle auf dem Weg nach Indien gegründet. Die jetzt vom Irak vertriebene Sabah-Dynastie wurde vom britischen Außenministerium ernannt. Das ist ihre Legitimität! Die genauen Staatsgrenzen in der Region definierte allein Großbritannien in den 20er Jahren. Kuwait wurde sowohl vom südlichen Irak getrennt, dem es im osmanischen Reich traditionell angehörte, aber auch von dem gerade sich herausbildenden Saudi-Arabien.

Die Sabah-Familie ist also immer ein Anhängsel Londons gewesen. Auch nach der rein formellen „Unabhängigkeit“ 1961 blieb der Filialletter auf die Zentrale angewiesen. Ohne die Royal Navy, und jetzt die US-Marines, wäre diese künstliche Gestalt nicht lebensfähig gewesen.

Heute besteht diese Ölquelle, die die Briten ein Land nennen, aus einer privilegierten Schicht von 2000 Millionärsprinzen der königlichen Familie und 650.000 anderen „Kuwaitis“, bei einer Bevölkerung von 1,8 Millionen. Nur 60.000 der Kuwaitis haben das Wahlrecht, aber das nutzt ihnen auch nichts, denn Sabah hat das Parlament 1976 und nochmals 1985 einfach aufgelöst. Zitat SZ (10.8.90) zu den Zuständen in Kuwait und den Golfstaaten: „Es wäre kaum übertrieben, von einer Art

moderner Sklavenhaltergesellschaft zu sprechen.“

Mit enormem Aufwand (es kostet die USA 1,9 Mrd. \$ pro Monat) setzt die militärische Expedition die bewährte Strategie der britischen Kolonialpolitik in dieser Region fort, indem sie kleine, reaktionäre Königreiche ins Leben ruft und stützt, die sonst gegen Opposition von außen und innen schutzlos wären. Der Sinn ist, die Ölreserven von den dichterbesiedelten arabischen Ländern zu trennen, um dadurch die Kontrolle über Ölförderung und Preise zu erhalten.

## Räuber gegen Räuber

Der Preisverfall der Rohstoffe, die die entwickelten Industrieländer aus den exkolonialen Ländern importieren, ist ein wesentlicher Grund für den Aufschwung in den USA, Europa und Japan in den letzten Jahren gewesen. Es gab und gibt eine riesige Umverteilung des Reichtums von der „3. Welt“ in den Norden. Den kapitalistischen Großmächten wird in den kommenden Jahren in Form von Revolution, Krieg und Instabilität in diesen von ihnen ausgeaugten Ländern die Rechnung präsentiert werden.

Nach acht Jahren Krieg und mit 80 Milliarden \$ Schulden ist der Irak auf höhere Öleinnahmen angewiesen. Doch mehrere Male in den letzten Jahren haben die westlichen Vasallen Saudi-Arabien und Kuwait solche Abkommen sabotiert. Sie können es sich leisten – diese bevölkerungsarmen Länder schwimmen in Öl und Geld. Beim irakischen Einmarsch in Kuwait ging es hauptsächlich darum, den neuen Zielpreis von 25 Dollar pro Barrel (159 Liter) zu schützen und Kuwait damit zu zwingen, Iraks Kriegskosten mitzufinanzieren. Natürlich ist dies ein Raubkrieg Hussein: Der kleine Räuber wendet sich gegen den großen Räuber.

Beim Einmarsch der USA geht es darum, „ihr“ Öl zu einem billigen Preis zu schützen. Als Bush sagte: „Eine Marionettenregierung in Kuwait ist nicht akzeptabel“, meinte er: Nicht eure, son-

Dokumentarfilm darüber wurde auf Befehl Thatchers zurückgezogen, weil der Despot sich beleidigt fühlte. Diese brutale, mittelalterliche Monarchie wird von westlichen Regierungen immer als „gemäßigt“ bezeichnet. Abgesehen von ihrem Ölpreis – was könnte an ihr gemäßigt sein? Die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) schreibt: „Bis auf den Jemen werden alle Staaten der arabischen Halbinsel von Familiendynastien beherrscht. Stammesfürstentümer wäre eine leidlich korrekte Beschreibung dieser Staatsformen.“

„Aber der Irak benutzt Giftgas“, sagen Bush und Kohl. Und wer, bitte schön, hat Agent Orange (Entlaubungsmittel) in Vietnam benutzt? Welches Industrieland hat die Anlagen – nicht nur für Giftgasproduktion, sondern auch für andere militärische Anlagen – gebaut? Viele Konzerne der deutschen Bau- und Metallindustrie haben ein riesiges Geschäft in den letzten 15 Jahren mit dem Irak gemacht.

## „Legitim“

Bush und Thatcher sprechen von der Legitimität (d.h. Berechtigung) des ku-

## USA als Weltpolizist? Wer hat ihn gewählt?

Die amerikanische Kriegsflotte stellt sich angeblich gegen den Irak, um die „Souveränität eines unabhängigen Staates“ zu schützen, stellvertretend für die „Weltgemeinschaft“. Aber wer wählte diesen Sheriff? Warum ist es ein Verbrechen, wenn ein Land in ein anderes einmarschiert und die Regierung stürzt, aber legitim, wenn die USA das Gleiche in Grenada oder Panama tun?

Um angeblich einen Drogen-Dealer in Panama zu verhaften (General Noriega), erschossen die US-Truppen 7000 unschuldige Menschen, zehntausende wurden schwer verletzt. Bei der Invasion ging es aber in Wahrheit nicht darum, daß die Demokratie vor der Drogenkriminalität geschützt werden müsse. Die Jahre zuvor verdiente Noriega pro Jahr 200.000 Dol-

lar als CIA-Agent, trotz (oder wegen?) seiner Drogengeschäfte. In dieser Zeit retteten ihn die USA einmal, nachdem er eine Frau in Peru vergewaltigt und zusammengeschlagen hatte.

Bei der Panama-Invasion ging es nur um amerikanische materielle Interessen, nämlich um den Panamakanal. Nach der Intervention und der Verhaftung Noriegas stellte Bush als erstes einen neuen Präsidenten ein, feuerte 2000 Beamte und brachte den Staatsapparat wieder unter amerikanische Kontrolle, verhaftete viele Gewerkschaftsfunktionäre und säuberte 150 Journalisten, die Noriega-Gegner waren, aus den Medien hinaus.

24 Stunden nach dem Einmarsch in Kuwait erklärte Bush, er würde das

besetzte Gebiet befreien, aber in 24 Jahren hat die US-Regierung nichts gegen die israelische Besetzung des West-Jordanlandes, Gazas und Golan getan. Bush erklärt sich gegen die Annexion der kuwaitischen Ölquellen, akzeptiert aber die Annexion Ost-Jerusalems, was auch nicht „im Geist der UN“ war.

Warum unternahm 1974 die amerikanischen und britischen Kriegsschiffe nichts gegen die türkische Invasion in Zypern? 40% der Insel sind heute noch besetzt, aber die Türkei wird nicht einmal kritisiert. Was ist der Unterschied? Die Türkei ist auf „unserer Seite“ – sie ist ein NATO-Mitglied.

Jetzt wird auch die Türkei gegen den Irak mobilisiert. Welch ein Spektakel: Irak steht mal in Konflikt mit Iran, mal mit der Türkei, aber alle drei Rivalen arbeiten zusammen bei der brutalen Unterdrückung der Kurden. Über deren Menschenrechte schweigt die „Weltgemeinschaft“ diplomatisch.

den unsere Marionettenregierung ist legitim.

Kein Sozialist kann diesen imperialistischen Kreuzzug unterstützen, auch wenn er sich „Friedensmission“ oder sonstwie nennt und im Namen der UNO geschleht. Bush und Thatcher haben schon aus dem UNO-Handels embargo eine Blockade gemacht und auf Schiffe geschossen, auch als Peres de Cuellar erklärte, sie hätten kein Recht dazu. Doch diese Piraten werden entweder die entsprechende Rechtfertigung durch eine UN-Resolution organisieren, oder die alte so Interpretieren, wie sie sie brauchen. Wann haben sich denn Thatcher, Bush und die israelische Regierung durch UN-Resolutionen vom Krieg abhalten lassen?

Sozialisten können aber auch weder die Gangsterbande in Bagdad noch die in Kuwait unterstützen. Zwar werden beide Länder vom Imperialismus ausgebeutet, sie handeln aber gleichzeitig selbst imperialistisch.

### Das Volk unterstützen!

Kuwait besitzt mindestens 100 Mrd. Dollar im Ausland, um die 50 Mrd. in Aktien und Immobilien. Es ist der größte ausländische Investor in Spanien, kontrolliert 20% des dänischen und 2% des schwedischen Benzinmarktes, besitzt Immobilien in New York, London und Frankfurt/Main, einen Ölkonzern in Kalifornien und Raffinerien in Dänemark und den Niederlanden. 14% von Daimler, 20% von Hoechst und große Anteile von Asko und Deutscher Bank gehören Kuwait. Also bitte keinen Quatsch von wegen „kleines, armes Kuwait“! Inzwischen „verdienen“ die Scheichs dort mehr durch ihre Kapital- als durch ihre Ölexporte.

Irak wird von Saddam Hussein als Speerspitze der arabischen Revolution dargestellt, die Annexion Kuwaits als erster Schritt zur Vereinigung der arabischen Nation. In Wahrheit will Hussein nur seine Diktatur halten bzw. ausdehnen. Seine Herrschaft war bisher ein einziges außenpolitisches Abenteuer (oft die letzte Rettung eines isolierten Diktators) als Ablenkung von den sozialen Problemen der irakischen Massen. Dies war mit ein Grund für die Kriege gegen Iran und Kuwait.

Nur die arabischen Arbeiter und Bauern können mit all diesen Diktatoren fertig werden. Statt auf diese Claqueurs oder auf Bush und Thatcher zu setzen müssen SPD- und Gewerkschaftsmitglieder den Sturz der Regimes durch das Volk unterstützen. Für

Demokratie, nationale Vereinigung und echte Unabhängigkeit vom Imperialismus durch eine Revolution der Arbeiter und Bauern! Die Bevölkerung muß Boden, Ressourcen und Industrie in ihrem Besitz und unter ihrer Kontrolle haben.

Dieses Programm könnte zu einem schnellen Ende Saddams Hussein führen. Aber die „demokratischen“ Politiker der NATO-Länder können ein solches nicht unterstützen, denn die Interessen der Menschen dieser Region stehen im Gegensatz zu den ihrigen. Außerdem haben die Imperialisten zu recht überhaupt keine Glaubwürdigkeit unter den Arabern. Deshalb werden die westlichen „Friedensbotschafter“ versuchen, Hussein auf Kosten des Volkes zu stürzen. Die Kosten dafür sind enorm: Die irakische Bevölkerung wird durch die Blockade hungern. (Ist es ihre Schuld, daß sie von einem Diktator beherrscht wird?) Soldaten und Zivilisten auf beiden Seiten werden sterben. Die Wirtschaft Iraks wird zurückgeworfen. Die riesigen Summen des militärischen Einsatzes werden von der Arbeiterklasse in jedem Land durch Preis- und Steuererhöhungen bezahlt.

### Perspektiven

Zuerst bedeutet dieser Truppeneinsatz eine Stärkung des Imperialismus. Nach ihrer erniedrigenden Niederlage gegen die vietnamesische Revolution versucht Bush jetzt den starken Mann zu spielen, um die Vorkherrschaft der USA in der Weltpolitik deutlich zu machen. Im Moment hat er auch Unterstützung in der Bevölkerung und nutzt die Krise als Ablenkung von der Stagnation der Wirtschaft, aber das kann sich schnell ins Gegenteil wenden.

Rein militärisch betrachtet könnten die USA durch Luftangriffe und eine Invasion Irak besiegen. Aber dann fangen die politischen Probleme an. Was wäre die Reaktion der arabischen Massen auf die unvermeidliche Zerstörung und das Leiden? Welche Zukunft hätte ein durch die Amerikaner an die Macht gebrachter Staatschef? Die Massen werden sich vor allem an den arabischen Herrschern wie Mubarak und Fahd rächen, die Seite an Seite mit (in Wirklichkeit unter) Bush gegen Irak kämpfen.

Die Kollaboration einiger arabischer Staatschefs mit den verhassten Imperialisten schürt die Wut und Empörung der Massen. Besonders König Hussein in Jordanien befindet sich in einer für ihn ausweglosen Situation, da die Bevölkerung in erster Linie vom Haß auf

die USA geprägt sind. Dort leben viele Palästinenser.

### Israel und Palästinenser

Bush tut alles mögliche, seinen eigenwilligen Vorposten Israel zurückzuhalten. Wenn Israel jetzt die „Gunst der Situation“ ausnutzen würde, Irak oder Jordanien anzugreifen, würden alle Araber – vom Atlantik bis zum Golf – eine Front aus Zionisten, Imperialisten und ihren Lakaien gegen sich sehen. Mubarak und andere müßten sich dann zurückziehen oder sie würden einer Revolte gegenüberstehen. Egal, wie der militärische Ausgang dieses Konfliktes aussehen wird, wird er eine große Auswirkung auf das Bewußtsein der arabischen Massen in allen Ländern haben.

Die Palästinenser fühlen sich nochmals verraten und verkauft. Zum ersten Mal seit Nasser (früherer Staatsschef von Ägypten) hat ein arabischer Staatschef demonstrativ – in Auseinandersetzung mit dem westlichen Imperialismus – von ihrer Sache und von arabischer Vereinigung gesprochen, auch wenn er dies zynischerweise aus Eigennutz tut. Seit drei Jahren erleben wir in den von Israel besetzten Gebieten die Intifada, den Aufstand des palästinensischen Volkes.

Ein Krieg von Israel gegen die arabischen Nachbarn ist in den kommenden Jahren durchaus möglich. Israels Absicht wird sein, die radikalisierte Massenbewegung der Palästinenser in Israel selbst, in den besetzten Gebieten und in Jordanien unter dem Vorwand einer auswärtigen Gefahr niederzuschlagen.

Die Spannungen werden wegen wirtschaftlicher Probleme (eine Weltwirtschaftsrezession wird Israel besonders hart treffen) zunehmen. Der Druck zusätzlicher jüdischer Einwanderer aus der Sowjetunion (es könnten bis zu einer Million Menschen werden) wird die herrschende Klasse Israels zu eine noch aggressiveren Politik treiben. Die Regierung schickt die Einwanderer heute schon zur Ansiedlung in die besetzten Gebiete.

Es gibt also keinen Ausweg für die kapitalistischen Mächte aus der von ihnen verursachten Instabilität des Nahen Ostens. Das Pulverfaß wird in naher Zukunft explodieren.

Die Kreml-Bürokratie hat jetzt eine besonders schmutzige Rolle gespielt. Wie Frankreich und die USA hat die Sowjetunion Irak bewaffnet. Seit 1972, als die westlichen Ölmultis irakisches Öl wegen der Verstaatlichung der Industrie boykottierten, kaufte die Bürokratie

dieses Öl zum Weltmarktpreis und unterstützte Saddam Hussein. Nun läuft ein großer Teil der Bürokratie zum Kapitalismus über und wirft sich den Marktwirtschaften zu Füßen. Um sich jetzt hoffähig zu machen, gibt Gorbačow den USA freie Hand. Der Stalinismus wird den arabischen Massen als (Schein-)Alternative nicht zur Verfügung stehen. So ist als Gegenreaktion eine Stärkung des islamischen Fundamentalismus in nächster Zeit durchaus möglich.

Diese Krise legt offen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, die Marktwirtschaft würde zu Weltfrieden, Abrüstung, Stabilität und Fortschritt führen – jetzt, da der Stalinismus untergeht. Die kapitalistische Ausbeutung der „3. Welt“ hat zuviel Sprengstoff angehäuft. Jetzt intervenieren die führenden kapitalistischen Länder zusammen gegen die „3. Welt“, aber die Herausbildung von drei Blöcken – EG, unter der Fuchtel der BRD, USA und Japan – kündigt künftige Konflikte zwischen den konkurrierenden Mächten in Zeiten von Wirtschaftskrisen an.

Was ist die Rolle des deutschen Imperialismus dabei? Gleich, ob es die Kohl-Regierung jetzt schon wagt, deutsche Kriegsschiffe direkt ins Krisengebiet zu schicken, ab heute müssen wir uns darauf einrichten, daß die deutsche Bourgeoisie eine stärkere politische und damit auch militärische Rolle in der Weltpolitik spielen will. Die jetzigen Diskussionen um den Einsatz der Marine sollen uns an den Gedanken schon mal gewöhnen!

Wir sind selbstverständlich gegen die Geiselnahme von Deutschen und anderen Ausländern in Kuwait und Irak, aber sie werden als Vorwand für die Intervention zynisch benutzt. Ein Militäreinsatz gefährdet sie erst recht. Tagelang haben sich die deutschen sowie die anderen Botschaften in Kuwait überhaupt nicht um ihre Staatsbürger gekümmert. Zwei Tage gab es überhaupt kein Hindernis zur Flucht nach Saudi-Arabien, aber die westlichen Botschaften berieten sie immer noch zum Bleiben! Sozialisten müssen die imperialistischen Ansprüche der Bundesregierung bekämpfen. SPD und DGB müssen gegen den Einsatz deutscher Kriegsschiffe auch im Mittelmeer protestieren und mobilisieren. Wehret den Anfängen.

(22.8.1990)

Brent Kennedy, Köln  
SPD-Mitglied

# Hintergrund der Nahost-Krise

Der Nahe Osten ist zwar eine rückständige Region, hat aber eine enorme Bedeutung für die entwickelten Industriestaaten wegen seiner geographischen Lage und seines Erdöls. Ohne diese Energiequelle ist die westliche Industrie nicht überlebensfähig.

Die Araber haben schon eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Weltwirtschaft gespielt, und zwar als Wegweiser der Schifffahrt und des internationalen Handels (das Wort „Orientierung“ deutet den morgenländischen Ursprung an), aber da sie den Sprung zur Industrieproduktion nicht schafften, wurden sie von anderen überholt und zur Fremdherrschaft verdammt. Während ihrer 300jährigen Knechtschaft unter dem osmanischen Reich zerfiel ihre Kultur, aber am Anfang diesen Jahrhunderts entwickelten sie ein nationales Bewußtsein.

Das wurde während des ersten

Weltkrieges von den britischen und französischen Kriegsgegnern der Osmanen (Türken) ausgenutzt. Sie versprachen den Arabern Hilfe in deren Kampf um Unabhängigkeit. Nach dem Sieg aber zettelten der französische und britische Imperialismus ihr wahres Gesicht – sie teilten die ganze Beute unter sich auf. Die zynische Politik von „Teile und Herrsche“ schon damals – Zionisten wurde erlaubt, in Palästina einzusiedeln, Konflikte zwischen Christen und Moslems im Libanon wurden geschürt – hat in den vielen Konflikten innerhalb und zwischen all diesen Ländern heute ein verheerendes Erbe hinterlassen.

Eigentlich gibt es ein arabisches Volk und es ist eine historische Aufgabe, diese Nation zu vereinen, die Probleme nationaler und religiöser Minderheiten zu lösen, die Region nicht nur formal, sondern auch wirtschaft-

lich von der imperialistischen Herrschaft zu befreien und die Wirtschaft harmonisch weiterzuentwickeln.

Trotz des Drucks der Massen sind alle Versuche, die arabische Nation zu vereinen, an der Machtgier der verschiedenen Regimes gescheitert. Da die Bourgeoisie zu schwach und von den Imperialisten abhängig war, entstanden Bewegungen im Staatsapparat, unter den Armeeoffizieren und den Staatsbeamten, die für eine Modernisierung des jeweiligen Landes und verstärkte Unabhängigkeit eintraten. Dadurch entstanden bürgerliche Diktaturen, die versuchten, eine national-kapitalistische Entwicklung ihrer Länder trotz der Unfähigkeit der einheimischen Kapitalisten zu entfachen.

In Ägypten z.B. stürzte eine Gruppe junger Offiziere um Nasser 1952 den König Farouk, der ein Anhängsel Großbritanniens war. Als die Regie-

rung den Suezkanal verstaatlichte, antworteten GB und Frankreich mit einer typisch imperialistischen Reaktion: Militärintervention.

Damals ging es um den Kanal, heute um das Öl. Durch seine Teilnahme an dieser Invasion entblötte auch Israel seine Rolle im Nahen Osten als Bollwerk der Imperialisten gegen die arabische Revolution. Als die westlichen Regierungen und Bankiers dann ihre Kredite für den Bau des Aswan-Staudammes zurückzogen, wendete sich Nasser an die Sowjetunion, und nach dem Angriff von Israel 1967 war er sogar bereit, mit dem Kapitalismus zu brechen und einen Arbeiterstaat zu errichten – gewiß, nach dem Moskauer Muster, ohne sozialistische Demokratie und mit einer privilegierten, bürokratischen Elite, aber wenigstens mit der Möglichkeit, die Wirtschaft im Interesse des Landes zu entwickeln.

Aber die konservative Kreml-Bürokratie hielt ihn von diesem Schritt zurück, weil das internationale Kräfteverhältnis nicht „gestört“ werden sollte. So pendelte Ägypten unvermeidlich wieder zurück zum Westen. Unter Sadat und Mubarak wurde ein Großteil der Industrie wieder privatisiert und die Klassengegensätze zwischen Arm und Reich immer deutlicher.

1965 ging der revolutionäre Prozeß in Syrien am weitesten. Als ein Regime aus linken Offizieren versuchte, ein ähnliches Programm wie das von Nasser durchzuführen und sich von einer rechten Clique bedroht sah, versuchte es verzweifelt, seine Haut zu retten. Es mobilisierte die Arbeiter und Bauern. Gewerkschafter bewaff-

neten sich und zehntausende arme Bauern marschierten auf Damaskus. Als Ergebnis dieser Revolution wurde der bürgerliche Staatsapparat zerstört. Das Regime brach mit dem Imperialismus und suchte Hilfe bei der überraschten sowjetischen Bürokratie.

Obwohl Israel '67 seine modernsten Waffen gegen Syrien konzentrierte, um das Regime zu zerstören, konnte es sich nochmal durch eine Massenmobilisierung bewaffneter Arbeiter und Bauern retten. Deshalb bleibt Syrien der Erzfeind der Großmächte und Israels, als gefährliches Beispiel für die anderen arabischen Länder.

Kein Herrscher im Nahen Osten – weder die reaktionären Monarchen und Militärdiktatoren noch die bür-

gerlichen Demokraten, noch die stalinistische Bürokratie in Syrien – ist bereit, seine Macht und „seinen“ Reichtum im Interesse des arabischen Volkes zu opfern. Nicht einmal zur Zusammenarbeit gegen die Ausdehnung der Wüste, oder zur Planung der sinnvollen Förderung der Ölreserven sind sie fähig.

Die Arbeiterbewegung muß diese Aufgaben erfüllen, durch eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens, die Autonomie für Israel, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung sowie Schutz der Rechte aller Minderheiten garantieren könnte.

Der Reichtum und die Ressourcen der Region müssen vom Griff dieser

parasitären Eliten befreit werden und durch die demokratische Kontrolle und Planung der Arbeiter und Techniker zur Weiterentwicklung der Wirtschaft verwendet werden. Das wäre die Grundlage einer gerechten Verteilung des Reichtums unter der gesamten Bevölkerung. Unzählbare Summen werden im Ausland und für Aufrüstung vergeudet, das kostbare Öl wird verschleudert. Eine sozialistische Föderation könnte diese Unsummen in die Forschung umleiten, um die Landwirtschaft und Industrie zu entwickeln. Die Wüste könnte buchstäblich aufblühen.

aus VORAN Nr. 123, September '90

## Golfkrise

# Bringt die UNO Frieden?

**Kohl will Bundeswehrsoldaten im UNO-Auftrag am Golf aufmarschieren lassen. Nach der Bundestagswahl am 2. Dezember soll dazu das Grundgesetz geändert werden. Die Führung der SPD hat sich ebenfalls zu einer Grundgesetzänderung, die den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in UNO-Truppen ermöglicht, bereit erklärt. Auf ihrem Parteitag in Münster 1988 hatte sich die SPD noch ausdrücklich gegen eine Bundeswehrbeteiligung an UNO-Truppen ausgesprochen.**

Die Vereinten Nationen (UNO) sind der Zusammenschluß von 159 Staaten der Erde. Insgesamt gibt es 166 selbständige Staaten. Sie gibt vor, die gemeinsamen, friedlichen Interessen der Völker dieser Welt zu vertreten. Erklärter Hauptzweck der UNO ist die Sicherung des Weltfriedens. Die ernüchternde Bilanz: In den 45 Jahren UNO seit ihrer Gründung 1945 gab es international über 130 Kriege und militärische Konflikte mit mehr als 20 Millionen Toten. 1989 betrug die weltweiten Rüstungsausgaben 1587 Milliarden DM.

Ein weiteres Ziel der UNO ist die „Wahrung der Menschenrechte“. In ihrem Mitte 1990 vorgelegten Bericht klagte „Amnesty International“ 138 Länder an, Menschenrechte durch Hinrichtungen, Folter, Mißhandlung sowie willkürliche Verfolgung und Festnahme zu verletzen. In 50% aller Staaten würden Gefangene gefoltert.

Bezeichnend für den Charakter der UNO ist auch das Beispiel Kambodscha. Rechtmäßiger Vertreter Kambodschas in der UNO ist nicht die derzeitige Regierung (die auch nicht demokratisch ist), sondern eine von Prinz Sihanouk angeführte Widerstandskoalition aus drei Gruppen, deren stärkste die Roten Khmer sind. Die Roten Khmer haben während ihrer vierjährigen Schreckensherrschaft mindestens eine Million Kambodschaner umgebracht. Der Grund: Die USA setzten bis vor einem halben Jahr auf Destabilisierung des Landes auf Kosten des vietnam- und moskauorientierten Regimes.

Und die Truppen dieser UNO sollten Frieden bringen?

Der Sicherheitsrat der Vereinten Na-

tionen hat einstimmig den Angriff Iraks auf Kuwait verurteilt und ein Embargo beschlossen. Dieser Sicherheitsrat, der in Fragen des Weltfriedens die alleinige Entscheidungsbefugnis besitzt, besteht aus 15 Mitgliedern.

Davon sind fünf ständige Mitglieder, d.h. von niemandem gewählt, sondern selbst ernannte Mitglieder (China, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA) und zehn nicht-ständige Mitglieder, die für jeweils zwei Jahre von allen Mitgliedern gewählt werden. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke sind die Entscheidungen der fünf ständigen Mitglieder ausschlaggebend.

Jedes der fünf Länder hat seinen Beitrag zur Aufrüstung des Iraks und der übrigen Staaten am Golf geleistet, ebenso die BRD, der fünfgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Eher kann man den Bock zum Gärtner machen, als daß von diesen Staaten Frieden ausgeht.

### „Ordnung“

Die UNO-Truppen, die sogenannten Blauhelme, haben meistens nur eine symbolische Stärke von mehreren hundert Mann. Ein größeres Kontingent von zeitweise 7000 Mann wird seit Fe-

bruar 1989 in Namibia eingesetzt, das im März 1990 seine Unabhängigkeit erhielt. Die UNO-Truppen sollen die Ordnung im Lande garantieren, bis eigene Polizei und Streitkräfte diese Aufgabe übernehmen können. Gemeint ist die „Ordnung“, wie sie auch im Nachbarland Südafrika herrscht: Ausbeutung der hauptsächlich schwarzen Arbeiter durch in- und ausländische Konzerne.

Wenn die UNO im Golfkonflikt den Menschen helfen wollte, dann könnte sie zuerst den hunderttausenden Arbeitern und ihren Familien helfen, die sich auf der Flucht in den Lagern in der Wüste befinden. Für den Aufmarsch am Golf geben UNO-Mitgliedsländer Milliarden aus – für die Flüchtlinge nur Klecker-Beträge.

Bush und Thatcher haben erklärt, sie hielten militärische Aktionen gegen Irak auch ohne Beschluß des UNO-Sicherheitsrates für legal. Der Internationale Gerichtshof, eine Einrichtung der UNO, verurteilte die USA bereits vor mehreren Jahren wegen Verletzung des Völkerrechts und illegaler Aggression zum Schadenersatz an Nicaragua. Die USA ignorierten das Urteil (das wohl eine seltene Panne war). Die imperialistischen und stalinistischen Staaten benutzen UNO-Beschlüsse wie Karten im Pokerspiel: Passen sie in ihr Blatt, nutzen sie sie propagandistisch aus, passen sie nicht, weichen sie sie weg.

Daß Saddam Hussein tausende Kurden, auch Frauen und ihre Kinder, mit Giftgas umbringen ließ – das alles war kein Grund für die USA, die BRD oder den Sicherheitsrat, ein Embargo gegen den Irak zu verhängen oder zu fordern. Der Diktator wurde weiter von ihnen unterstützt.

Betrachtet man jedes Mitgliedsland der UNO für sich, wird kein Mensch erklären können, warum ausgerechnet dieses Land die Menschenrechte in der Welt verteidigen sollte. Außenpolitik ist Fortsetzung der Innenpolitik und umgekehrt. Niemand wird von Thatcher erwarten, für die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter im Irak oder Kuwait einzutreten, während sie im eigenen Land die Gewerkschaften am liebsten zerschlagen möchte. Niemand

wird von der Bundesregierung erwarten, sich für das Schicksal der Flüchtlinge in der Welt einzusetzen, während sie gleichzeitig im eigenen Land Asylbewerbern das Leben schwer macht und z.B. Waffenlieferungen an Diktaturen zuläßt.

Wie kann man annehmen, daß 159 Staaten, von denen jeder einzelne seine egoistischen außenpolitischen Ziele ohne Rücksicht auf irgendwelche „Menschenrechte“ verfolgt, daß durch den Zusammenschluß dieser 159 Staaten in einer Organisation Namens UNO plötzlich ein Instrument zur Wahrung des Friedens und der Menschenrechte entsteht?

### Im Interesse der Imperialisten

Die eigentliche Aufgabe der UNO ist die Aufrechterhaltung der Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung in der ganzen Welt. Sie will für Stabilität sorgen – im Interesse der Herrschenden.

Das Massaker der chinesischen Stalinisten an den Studenten im Sommer 1989 empörte die ganze Welt. Doch es schadete nicht den westlichen Ländern. Sie machten weiter munter ihre Geschäfte mit China. Deshalb hat die UNO das Massaker auch schon wieder „vergessen“. Das weltweit vorherrschende System ist der Kapitalismus. Und er ist von grundauf nicht friedlich. In ihm gibt es den Gegensatz zwischen Klassen, den Unternehmern und den arbeitenden Menschen. Mit der zunehmenden Krisenhaftigkeit der Marktwirtschaft verschärft sich auch dieser Gegensatz. Weltweit gibt es den Widerspruch zwischen imperialistischen Ländern und der „3. Welt“. Und es gibt die zunehmende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Ländern selbst.

Letzten Endes haben die stalinistischen Länder in der UNO kaum etwas zu melden, sondern drückt die UNO-Politik die Interessen der westlichen kapitalistischen Länder aus. Weil die Stalinisten sich heute den Imperialisten unterwerfen und die gemeinsamen Interessen der westlichen Industrieländer im Vordergrund stehen, erhält in der Propaganda die „Weltgemeinschaft“ wieder größere Bedeutung. Wenn jedoch der Konkurrenzkampf zwischen den USA, Japan und Europa in den nächsten Jahren schärfer wird, wird die Ohnmacht der UNO immer deutlicher werden. So erging es dem Völkerbund in den 20er und 30er Jahren.

Die Arbeiter und armen Bauern in allen Ländern haben aber die gleichen Interessen. Sie sind es, die mit ihrer Arbeit

und ihrem Leben den Preis für Rüstung und Krieg bezahlen. Anfang September gab es in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka einen Generalstreik gegen die Entsendung einheimischer Truppen an den Golf. Das sollte ein Vorbild für die Arbeiterorganisationen aller Länder sein, deren Regierungen Waffen oder Soldaten dorthin schicken.

Statt einem Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von UNO-Truppen am

Golf zu diskutieren, sollte die SPD-Führung die Enteignung der Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf zivile Produktion unter Kontrolle der Gewerkschaften vorschlagen. Das wäre eine Maßnahme zum Schutz des Lebens sowohl der deutschen Jugendlichen als auch der Millionen Menschen im Irak und im Nahen Osten, die in einem Krieg vernichtet würden.

## SPD-Parteitagbeschuß von 1988 zum Einsatz der Bundeswehr

### Gegen jede Operation außerhalb des NATO-Gebietes

SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine und andere zeigen zunehmend Bereitschaft, eine Grundgesetz-Änderung mitzutragen, die den Bundeswehreinsetz im Rahmen der UNO ermöglichen soll. Dies verstößt eindeutig gegen den erklärten Willen der Partei.

Im Vorfeld des Münsteraner Parteitages 1988 hatte die Kohl-Regierung schon einmal versucht, das Operationsfeld der Bundeswehr auszuweiten. Auch damals ging es im Zusammenhang mit dem Golfkrieg und der Verlagerung von US-Schiffen aus dem Mittelmeer in den Golf darum, deutsche Schiffe ins Mittelmeer zu entsenden. Dies sollte die Schwelle für einen weitergehenden Einsatz senken.

Die SPD-Bundestagsfraktion vertrat die Ansicht, daß für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes eine Grundgesetz-Änderung nötig sei, was die Bundesregierung damals bestritt. Die SPD-Fraktion war jedoch gewillt, über eine GG-Änderung für Einsätze unter UNO-Flagge mit sich reden zu lassen. In diese damals aktuellen Debatte griff der Parteitag mit der Verabschiedung eines

Initiativantrages ein, durch den die Fraktion zurückgepfiffen wurde. Die entscheidende Passage des Parteitagbeschlusses lautet:

„Jedlicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereiches des Bündnisses ist verfassungsrechtlich unzulässig. Die SPD wird sich jedem Versuch widersetzen, den bisher in dieser Frage bestehenden Konsens aller Parteien und Regierungen in Frage zu stellen. Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab.“

Über den letzten Satz, mit dem auch ein UNO-Einsatz abgelehnt wird, gab es eine längere Debatte auf dem Parteitag. In der u.a. Volgt, Gansel, Bahr die Möglichkeit der Verfassungsänderung offenhalten wollten und für die Streichung dieses Satzes eintraten. Der Satz wurde aber in einer gesonderten Abstimmung von der Mehrheit der Delegierten ausdrücklich beschlossen.

Angela Bankert, Köln  
Junge sozialistin

## Ölmultis enteignen!

Binnen fünf Wochen nach Ausbruch der Golfkrise sind die Benzinpreise hierzulande um 24% gestiegen.

Aus Irak und Kuwait kommen bislang nur 7,3% des weltweit geförderten Öls. Die BRD bezieht nur 2% ihrer Ölimporte aus diesen beiden Ländern. Ölgeschäfte werden auf Dollar-Basis abgewickelt. Der Dollar fiel auf einen historischen Tiefstand, das hat der Ölverteuerung entgegen gewirkt.

Die Industrieländer haben Ölreserven, die auf den Markt geworfen werden könnten: 1989 wurden weltweit 50 Mio. Tonnen mehr gefördert als verbraucht. Die USA z.B. haben 600 Mio. Barrel (je 159 Liter) Ölvorräte, mit denen sie einen Importausfall für 800 Tage ausgleichen können; die BRD hat Vorräte für 80 Tage.

Aus der jetzigen Lage des internationalen Ölmarktes lassen sich also keinerlei Begründungen für die Preissteigerungen ableiten. Die Ölmultis nutzen wieder einmal – wie schon Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre – ihre Monopolstellung dazu aus, den Verbrauchern zusätzlich Geld aus der Tasche zu ziehen.

Angeblieh sind es die OPEC-Länder und besonders die arabischen Staaten, die unsere Ölversorgung kontrollieren. Zwar liegen 70% der weltweiten Ölreserven in den OPEC-Staaten, doch diese kontrollieren heute nur noch ein Drittel der Weltproduktion.

Förderanlagen, Transport und Handel sind längst in die Hände westlicher Konzerne übergegangen. Viele OPEC-Staaten sind sowohl wirtschaftlich als auch politisch von den Herrschenden der westlichen Industrieländer abhängig; Die hohe Verschuldung der meisten dieser Länder zwang sie in der Vergangenheit, die Ölexporte zu erhöhen, um mit dem Erlös die westlichen Kredite bzw. die Zinsen abstoßern zu können. Manche Staaten wie z.B. Mexiko haben dafür sogar ihre zukünftige Ölproduktion auf Jahre hinaus verpfändet.

Die international operierenden Konzerne und Banken kontrollieren die Ölmärkte. Sie haben in den 80ern für niedrige Ölpreise gesorgt. Heute können die ölexportierenden Länder für den Erlös von Öl nur noch halb so viele Industriegüter importieren wie '80. Ferner unterstützen westliche Regierungen im Interesse der Ölmultis korrupte Regimes und Herrscherfamilien in den Ölstaaten, gerade auch im arabischen Raum.

Verantwortlich für die Benzinpreiserhöhungen sind die Multis, die doppelt verdienen. Sie kaufen billiger – durch den Fall der Ölpreise – und verkaufen teuer. Die Leidtragenden sind die Bevölkerungen in den Öl-Ländern und den entwickelten Ländern. Ölkonzerne müssen enteignet und unter die demokratische Kontrolle der Arbeiter – die auch Verbraucher sind – gestellt werden. Stoppt die Öl-Multis, die Wegelagerer der heutigen Zeit!

aus VORAN Nr. 124, Oktober 1990

## Golfkrise

# Ist der „Irre von Bagdad“ an allem schuld?

Seit dem Einmarsch des Irak in Kuwait versuchen die Massenmedien alles, um die wahren Hintergründe der Krise im Nahen Osten zu vertuschen. An der Spitze steht die BILD-Zeitung, die Saddam Hussein als den „Irren von Bagdad“ bezeichnet. Er selbst sieht sich als „Befreier des arabischen Volkes“.

Wer nicht auf die Propaganda der BILD-Zeitung oder Saddam Husseins hereinfallen will, muß die Geschichte des Irak kennen. Saddam Husseins Diktatur steht am Ende einer langen Zeit der Ausbeutung und Unterdrückung Arabiens durch westliche kapitalistische Staaten.

Anfang des Jahrhunderts teilten Frankreich und Großbritannien die arabischen Nation nach dem Motto „Teile und Herrsche“ unter sich in kleine Marionettenstaaten auf.

Irak und Palästina waren zunächst Schlüsselgebiete als Zugang nach Indien, um dann nach Ölfunden im Norden Iraks auch zu einem wirtschaftlichen Zentrum zu werden. Um die Kon-

trolle darüber nicht zu verlieren, war Militärgewalt nötig. Also löschte die britische Luftwaffe 1924 mal eben eine ganze Stadt aus (Sulaimania).

### Kampf um Unabhängigkeit

Allerdings ließ sich auch die irakische Bevölkerung nicht ohne weiteres beherrschen: 1920/21 wurden Unabhängigkeitsbewegungen von der briti-

schen Armee blutig unterdrückt. Daraufhin setzte Großbritannien den König Faisal ein. Weitere Streiks und Massenkämpfe führten zur formalen Unabhängigkeit 1932. Doch das Öl, Schienenwege, Häfen und ein Großteil der Industrie blieben in britischem Besitz. Militärstützpunkte und Truppen Großbritanniens behielten die Macht.

1934 entstand die Kommunistische Partei Iraks (IKP). Sie führte eine ganze Reihe von Massenstreiks, z.B. der Eisenbahner und Ölarbeiter in den 40er Jahren. 1947/48 stand sie an der Spitze von Aufständen gegen die Verhandlungen mit der Labour-Regierung in Großbritannien. Nach Hunderten von Opfern wurde die Regierung gestürzt und das Abkommen aufgekündigt. Doch die moskauhörige IKP bildete keine eigene Regierung, sondern forderte eine Koalition auch mit bürgerlichen Parteien. Die folgende Ebbe in der Bewegung nutzten die bürgerlichen Parteien zur

brutalen Unterdrückung der IKP.

Auch wenn die imperialistischen Länder wie Frankreich, Italien und Großbritannien den Nahen Osten bis nach dem 2. Weltkrieg direkt beherrschten, so mußten sie diese Länder doch wirtschaftlich entwickeln, um sie ausbeuten zu können – natürlich niemals soweit, daß sie zu wirklichen Konkurrenten geworden wären. So entwickelte sich in allen Marionettenstaaten auch eine schwache Kapitalistenklasse mit gewissen Eigeninteressen. Die wachsende Unabhängigkeitsbewegung der Landbevölkerung und der Arbeiterklasse bedrohte gleichzeitig den Kapitalismus und die wirtschaftlichen Interessen der Westmächte am Öl.

Um diese Interessen zu wahren, erhielten die kleinen Diktaturen und Monarchien mehr Eigenständigkeit. Die inzwischen zur Weltmacht Nr. 1 aufgestiegenen USA mußten deshalb die einzelnen Staaten – nicht zuletzt über Israel – gegeneinander ausspielen bzw. zu mächtig gewordene Diktaturen stürzen.

Das klappte natürlich nicht immer. Um 1958 das halbherzige ägyptisch-sy-

rische Bündnis („Vereinigte Arabische Republik“) zu brechen, setzten die USA und Großbritannien das irakische Regime unter Druck, nach Jordanien einzumarschieren. Doch die Armee revoltierte und es gab Aufstände. König, Kronprinz und Ministerpräsident wurden umgebracht. Das neue Militärregime im Irak unter Kassim stand unter dem Druck einer Massenbewegung, die auch der IKP Massenzulauf brachte.

Um nach einer Landreform auch noch drohende Verstaatlichungen zu verhindern, unterstützten die USA 1963 einen Putsch, an dem die heute noch regierende Baath-Partei beteiligt war. Die 1942 gegründete Baath-Partei nennt sich zwar „sozialistisch“, ist aber bürgerlich und arabisch-nationalistisch. Mit Hilfe des CIA führte das neue Regime eine Vernichtungskampagne gegen Kommunisten durch – 5000 Mitglieder der IKP wurden gefoltert und ermordet.

Die Linkswende der Baathpartei in

Syrien führte Ende 1963 zu einer Säuberung im Militärregime des Irak. Das Regime des General Aref war jedoch nicht viel stabiler als das von Kassim.

1968 organisierten Offiziere vom rechten Flügel der Baathpartei wieder einen Putsch, Saddam Hussein war unter ihnen. Mit dem Anstieg der Ölpreise in den 70er Jahren konnte sich das Regime eine zeitlang stabilisieren.

Diese Abfolge von Putschen und Militärregimes war jeweils durch die Interessen der westlichen Mächte und der schwachen irakischen Kapitalistenklasse bestimmt. Im Unterschied zu Syrien, wo das Regime nach einem Putsch den alten Staatsapparat gestützt von einer Massenbewegung zerschlug und die Industrie verstaatlichte, hatten die Verstaatlichungen im Irak rein bürgerlichen Charakter.

### Saddam Husseins Politik

Saddam Hussein selbst wurde 1979 Präsident. Die Revolution im Iran be-

gann in diesem Jahr als soziale Revolution gegen den Schah und geriet dann unter Khomeini in die Sackgasse des Islam. Sie drohte sich trotzdem auszuweiten und sowohl Husseins Herrschaft als auch die Interessen der westlichen kapitalistischen Mächte zu bedrohen. Der 1980 begonnene Krieg gegen den Iran bedeutete auch eine willkommene Ablenkung von inneren Problemen.

Für die westlichen Staaten wurde die Situation kompliziert: Eine sich ausbreitende arabisch/islamische Revolution sowie ein stärker Irak gefährdeten ihre Kontrolle über das Öl. Damals war übrigens für BILD noch Khomeini der „Hitler vom Golf“. Die westlichen Staaten setzten auf einen Sieg des Irak und lieferten ihm deshalb modernste Waffen. Gleichzeitig hofften sie, daß der Krieg ihn ausblutet.

Vom Westen hochgerüstet und hochverschuldet lag die irakische Wirtschaft nach dem Ende des Golf-Krieges 1988

am Boden. Deshalb wollte der Irak die Schulden nicht zurückzahlen sowie den Ölpreis kontrollieren. Die im Interesse der westlichen kapitalistischen Staaten liegende Preisdrückerei der OPEC-Staaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Emirate) konnte Saddam durch politischen Druck nicht stoppen und marschierte deshalb in Kuwait ein.

Saddams Geschwätz von der „Befreiung der Araber“ ist genauso geheuchelt wie die Bekenntnisse Bushs und Thatchers zu „Freiheit und Demokratie“. Sein Überfall auf Kuwait diente allein den Interessen der irakischen Kapitalisten und der Stabilisierung seiner Herrschaft. Die Befreiung des arabischen Volkes von Diktatur, Ausbeutung und imperialistischer Vorherrschaft kann nur das Werk der arabischen Arbeiterklasse sein.

aus VORAN Nr. 125, November '90

# Islamischer Fundamentalismus Ausdruck sozialer Konflikte

Viele Menschen in den westlichen Ländern sehen mit Befremden die pro-Saddam-Demonstrationen in arabischen Ländern und das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus. Auch die westlichen Medien stellen alle Araber als wildgewordene Fundamentalisten dar.

Dabei gibt es keinen Grund für die Überheblichkeit des „christlichen Abendlandes“ gegenüber dem Islam. Man sehe sich nur Nordirland an oder denke an die Verbrechen, die im Namen von Christentum und Kirche im Mittelalter in Europa begangen wurden. Hinter Auseinandersetzungen unter religiösen Parolen stecken immer gesellschaftliche und soziale Ursachen. Man muß diese materiellen Ursachen und die äußere Ausdrucksform unterscheiden.

## Ursachen

In den arabischen Ländern haben die Massen einen berechtigten Haß auf den westlichen Imperialismus, der seit über 100 Jahren ihre Region beherrscht, ausplündert und künstliche Staatengrenzen

gezogen hat. Die Wut richtet sich auch gegen die reichen Ölscheichs und feudalen Monarchien, die mit dem Westen zusammenarbeiten und bei der Ausplünderung helfen, wobei sie einen großen Teil für sich selbst abzwelgen, so daß der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer schreiender wird. Dies sind die eigentlichen Ursachen der Konflikte.

Diese Wut braucht einen Ausdruck. Wenn es keine politische Kraft, Partei, Gewerkschaft o.ä. gibt, die die Interessen der Arbeiter und Bauern angemessen aufgreift und kämpferisch vertritt, dann sucht sie sich andere Kanäle.

Der Islamische Fundamentalismus hatte nicht immer solchen Zulauf wie heutzutage. Er ist eigentlich erst in den 80er Jahren zu einer starken Kraft geworden, nach der siegreichen politi-

schen Revolution unter Führung Chomeinis im Iran.

In den 40er bis 60er Jahren gab es andere Kräfte, die den Kampf der arabischen Massen gegen Imperialismus und für Einheit anführten, z.B. Nasser in Ägypten oder auch die kommunistischen (eigentlich stalinistischen) Parteien, die früher in einer Reihe arabischer Länder einflußreich waren. Erst als diese Organisationen und Bewegungen versagten, schwoll der Zulauf zum Islamischen Fundamentalismus mangels anderer Ausdrucks- und Organisationsmöglichkeiten an.

## Versagen des Stalinismus

Im Iran z.B. war es nicht die kommunistische Tudeh-Partei, die in den 70er Jahren den Kampf gegen die verhasste pro-westliche Schah-Diktatur anführte, sondern Chomeini und die Mullahs. Obwohl die Tudeh-Partei eine Million Mitglieder hatte und eine starke Kraft war, bot sie weder Programm für die Massen noch Führung, sondern stellte

sich kritiklos hinter Chomeini – so lange, bis er sich nach gewonnener Herrschaft ihrer entledigte, sie verbot, verfolgte und nahezu ausmerzte.

Ähnliche Beispiele ließen sich für den Irak, den Libanon und andere Staaten der Region nennen. In den arabischen Ländern hat vor allem der Stalinismus eine fatale Rolle gespielt; er versagte dabei, dem anti-imperialistischen Kampf eine sozialistische Stoßrichtung zu geben und ihn erfolgreich zuende zu führen. Dadurch wurde dem Islamischen Fundamentalismus der Weg geebnet.

Er wird von den Mullahs und anderen Herrschern dazu benutzt, ihre Macht und Privilegien zu sichern, indem sie die Massen von den eigentlichen Ursachen ihrer Misere ablenken und in eine religiöse Sackgasse führen. Dies nutzt auch Saddam Hussein, der plötzlich zum „Heiligen Krieg“ aufrief, obwohl das Regime seiner Baath-Partei ausdrücklich weltlich ausgerichtet ist.

Der Islamische Fundamentalismus ist natürlich kein Ausweg für die Massen des Nahen und Mittleren Ostens. Aber Kriegsgegner und Sozialisten im Westen müssen sich auch der überheblichen Propaganda entgegenstellen, die die vom Imperialismus geschaffenen Probleme damit unter den Tisch kehren will, daß sie uns „die“ Araber als einen Haufen religiöser Fanatiker präsentiert.

aus VORAN Nr. 127, Februar 1991

## Israel/Palästina

# Imperialistische Politik des „Teile und Herrsche“

Israel ist in den letzten Wochen zu einem Propaganda-Faktor in der Innenpolitik der BRD geworden. Die Antikriegsbewegung wird als anti-semitisch diffamiert. Entgegen der bisherigen offiziellen Linie, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, schickte die Bundesregierung in Windeseile Waffen für mehr als 1 Mrd. DM nach Israel. Die Waffenlieferungen, insbesondere die Patriot-Raketen, werden als eine Art humanitäre Hilfe dargestellt. Wer sollte gegen so viel Menschenfreundlichkeit etwas sagen? Wie schon in der Vergangenheit, so spielt Israel auch in diesem imperialistischen Krieg zur Beherrschung des Nahen Ostens eine besondere Rolle. Der heutige Israel/Palästina-Konflikt ist Folge früherer imperialistischer Einmischung.

Bis zum ersten Weltkrieg lebten Araber und einige tausend Juden in Palästina ohne größere Konflikte zusammen. Der Ruf der zionistischen Bewegung an die Juden in aller Welt, ins „geobte Land“ nach Palästina zurückzukehren, blieb jahrzehntelang ohne Widerhall. Die Lage änderte sich mit dem Sieg Hitlers und der Judenverfolgung. In den 30er Jahren setzte erstmalig eine größere Wanderungsbewegung der Juden nach Palästina ein. Der zweite Weltkrieg und die Vernichtung von sechs Millionen Juden verstärkte die Fluchtbewegung Richtung Palästina.

Seit Ende des ersten Weltkriegs hatte der britische Imperialismus die Mandatshoheit über Palästina. Sie standen der Einwanderungswelle anfangs ablehnend gegenüber. Doch dies änderte sich mit dem Aufbegehren der Araber gegen fremde Beherrschung, mit dem Wiedererwachen des arabischen Nationalbewusstseins und ihrem Kampf für Unabhängigkeit. Im Zuge der imperialistischen „Teile und Herrsche“-Politik sollten die jüdischen Einwanderer gegen die arabische Mehrheit eingesetzt werden.

### Imperialistischer Brückenkopf

Geschah die Vertreibung der palästinensischen Bauern zuerst schleichend durch Landkauf – meist mit Billigung arabischer Großgrundbesitzer – so änderte sich die Lage mit der Gründung des israelischen Staates 1948. Das Ergebnis des mit imperialistischer Hilfe erzielten israelischen Sieges im ersten arabisch-israelischen Krieg 1948/49 war die Vertreibung von mehr als 900.000 Palästinensern auf einen Schlag. Die massive Unterstützung Israels durch die imperialistischen Staaten bis zum heutigen Tag geschieht natürlich nicht aus Liebe für das jüdische Volk. Vielmehr wurde ein Bollwerk gegen die aufwachsende arabische Nation gebraucht, u.d. ein zuverlässigeres als die israelische Bourgeoisie hätten sie nicht finden können. Isoliert im arabischen Raum, ohne amerikanische Hilfe nicht lebensfähig (zumindest nicht, solange 30–40% des Nationaleinkommens für militärische Aufrüstung ausgegeben werden), besteht keine Gefahr der militärischen Rebellion gegen den US-Imperialismus, wie Saddam es zur Zeit probt.

Für den Statthalter im Nahen Osten mobilisierte der Imperialismus Milliardenbeträge. So erhält Israel jährlich die weltweit höchsten Unterstützungszahlungen der USA, allein für Militär-

zwecke rund 1,6 Milliarden Dollar. Aus der BRD flossen Wiedergutmachungszahlungen, unter Hinweis auf die angebliche „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes, zum Beispiel 1952 rund 3 Mrd. DM und ab 1967 jährlich 140–180 Mio. DM. Natürlich zahlte der Steuerzahler, und nicht die wirklich Schuldigen: die Krupps und Flicks, die Hitler hochgepäpelt haben oder all diejenigen, die an Hitlers Kriegen und Verbrechen verdient haben.

Dank dieser massiven Unterstützung ist Israel wirtschaftlich, technologisch und militärisch relativ hoch entwickelt und seinen Nachbarstaaten überlegen.

### Heuchelei

Im Golfkrieg soll es angeblich darum gehen, für Demokratie und gegen Gewalt, gegen Besetzung und Annexion fremder Länder vorzugehen, und vor allem die Resolutionen der UNO durchzusetzen. Doch Israel hält trotz etlicher UNO-Resolutionen seit 1967 die Westbank und den Gazastreifen besetzt (siehe Kasten). Demokratische Rechte haben die Palästinenser in den besetzten Gebieten nicht. Wer gegen die Besetzung protestiert, kann deportiert und sein Haus in die Luft gesprengt werden.

In den letzten drei Jahren der Intifada sind mehr als 1000 meist jugendliche Palästinenser von israelischen Sicherheitskräften erschossen worden, 40.000 wurden verhaftet, etwa 800 Häuser von der Armee zerstört. Fortlaufend wird Land für die jüdischen Siedler beschlagnahmt. Zehntausenden Palästinensern bleibt nichts anderes übrig, als täglich nach Israel zu reisen, um die dreckigste und am schlechtesten bezahlte Arbeit zu verrichten, ohne soziale Rechte und gewerkschaftlichen Schutz.

Vor kurzem hat Ministerpräsident Shamir sogar den rechtsradikalen Abgeordneten Se'evi in sein Kabinett aufgenommen, der offen für die totale Vertreibung des Palästinensers aus den besetzten Gebieten eintritt. Selbst der Likud-Abgeordnete und Sohn des früheren Ministerpräsidenten Begin bezeichnete dies als Akt der „politischen Umweltverschmutzung“, und ein Abgeordneter der israelischen Bürgerrechtspartei meinte: „Mit Se'evi auf der Regierungsbank beginnt in Israel, was sich in Südafrika seinem Ende nähert. Jetzt brauchen wir die Gasmaske nicht nur zum Schutz gegen Saddam Husseins Giftgasdrohungen, sondern auch gegen den vom Kabinetttisch wehen-

den rassistischen Gestank.“

Die Politik der israelischen herrschenden Klasse gegenüber den Palästinensern kann nur als eine Art zionistischer Fundamentalismus bezeichnet werden. Ihre relative Stabilität und Vormachtstellung im Nahen Osten verdankt sie aber nicht nur der imperialistischen Unterstützung, sondern zum großen Teil auch der falschen Politik verschiedener arabischer Regimes sowie der PLO-Führung.

### Falsche PLO-Politik

Die wiederholte Drohung, Israel zu vernichten oder die „Juden ins Meer zu werfen“ hat es der israelischen Bourgeoisie ermöglicht, in der Bevölkerung die Mentalität einer belagerten Festung zu schaffen und die israelische Arbeiterklasse an sich zu binden. Die Guerilla-Taktik der PLO und die terroristischen Anschläge haben 20 Jahre lang nicht die Bourgeoisie, dafür aber umso mehr die israelischen Arbeiter verunsichert. Daß

sich die PLO-Führung auf so reaktionäre Regimes wie Saudi-Arabien und Kuwait stützte und sich von ihnen finanzieren ließ, erweckte auch nicht gerade das Vertrauen der israelischen Arbeiter.

Die Arbeiter hatten und haben auch heute noch mehr Angst vor der PLO als vor der eigenen Ausbeuterklasse. Allerdings leistete dabei die Führung der Arbeiterorganisationen in Israel, der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftsdachverbandes Histradut, aktive Hilfe. Die israelische Arbeiterpartei ist eine der rechten der Welt und befand sich z.B. bis vor kurzem in einer Großen Koalition mit dem reaktionär-konservativen Likud-Block. Histradut ist selbst einer der größten Arbeitgeber im Land.

### Wachsende Unruhe

In den letzten 10–15 Jahren zeigten sich aber auch in der „Festung Israel“ Risse und gesellschaftliche Polarisierung zwischen den Klassen. Dazu trug zum einen die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und der sinkende Lebensstandard bei, zum anderen aber auch zunehmende Kritik an der Haltung Israels gegenüber den Palästinensern und den arabischen Nachbarn. Die Wirtschafts- und Außenpolitik sind ständige Konfliktpunkte der wechselnden Koalitionsregierungen gewesen, die in immer kürzeren Abständen zu Destabilisierung und Regierungskrisen

## Waffen nach Israel?

Dieselben Politiker der Regierungsparteien wie auch der SPD-Rechten, die heute Waffen nach Israel liefern wollen, hatten vor nicht allzu langer Zeit wenig Skrupel, gegnerische arabische Regimes militärisch auszustatten.

1988 wollte Jordanien acht Tornado-Kampfflugzeuge bestellen. Der Bundessicherheitsrat, dem Kanzler und Außenminister angehören, gab diesem Geschäft im Juni '88 nicht nur seinen Segen, sondern wollte auch öffentliche Kredite und Bürgschaften zur finanziellen Absicherung vermitteln. Erst durch Presseveröffentlichungen wurde der diskrete Deal verhindert.

Zu Zeiten der Schmidt-Regierung sollte der Verkauf von „Leopard 2“ Kampfpanzern an Saudi-Arabien abgewickelt werden. Durch Aufmucken der SPD-Linken in der Bundestagsfraktion platzte dieses Geschäft. Der heutige Bundeswirtschaftsminister Möllemann damals: „Leo muß man auf arabisch von rechts nach links lesen – Oell!“

Heute beklagen diese Politiker wortreich die Bedrohung Israels und versuchen auf schamlose Weise, die Schuldgefühle vieler auszunutzen, um Deutschland in den Krieg zu verwickeln und Waffenexporte in

Krisengebiete salonfähig zu machen. Gleichzeitig gehen jetzt im Golfkrieg die militärischen und finanziellen Unterstützungsgleistungen an die israel-feindlichen arabischen Regimes (z.B. Syrien) weiter.

Wodurch wird die israelische Bevölkerung bedroht? Vor allem durch die Waffenexporte aus westlicher Rüstungsproduktion an die arabischen Diktatoren, durch die Kriegskaskalation der USA und der „Alliierten“ und durch die Politik der israelischen Regierung selbst.

Da werden einfach die berechtigten Interessen der Juden an einer friedlichen Existenz mit der Politik der israelischen herrschenden Klasse und ihres Staates gleichgesetzt. Doch gerade die Politik des US-Klientenstaats Israel gegenüber den Palästinensern hat die Konflikte enorm verschärft. Und dagegen helfen keine Patriot-Abwehraketen, sondern nur ein gemeinsamer Kampf der israelischen und arabischen Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Interessen und ein friedliches Zusammenleben. Statt den Waffenlieferungen an Israel zuzustimmen, sollte die SPD-Führung lieber die Intifada und die demokratisch-sozialistische Opposition Israels unterstützen.

führen.

In den arabisch-israelischen Kriegen von 1967 und 1973 stand noch nahezu die gesamte Bevölkerung hinter der Armee und der aggressiven Eroberungspolitik. Während des Libanon-Feldzugs von 1982 zur Vernichtung der PLO änderte sich die Stimmung. Das Massaker an über 2.000 Menschen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila, verübt von der rechtsgerichteten christlichen Miliz im Libanon unter dem Schutz der israelischen Armee, löste einen Schock in Israel aus. Auch die eigenen Verluste führten zu steigendem Unmut. Zum ersten Mal gab es Kriegsdienstverweigerungen israelischer Soldaten bis hin zu Offiziersrängen. Eine massive Friedensbewegung entstand in Israel, die mit Demonstrationen von 300.000 bis 400.000 Menschen die bisher größten Protestkundgebungen des Landes organisierte und die israelische Bourgeoisie zum Rückzug aus Libanon zwang.

### Arbeitereinheit nötig

Auch der Intifada-Aufstand erregte in Teilen der israelischen Bevölkerung Respekt und Sympathie. Die Besatzungspolitik der Regierung geriet zunehmend ins innenpolitische Kreuz-

feuer der Kritik, die sich auch zu einer Kritik am gesamten politischen System auswuchs. 500.000 Israelis unterzeichneten eine Petition zur Änderung des Wahlrechts, und 120.000 demonstrierten im April 1990 in Tel Aviv.

Durch den Ausbruch der Golfkrise ist diese Entwicklung vorläufig wieder abgeschnitten worden. Die unkritische Unterstützung der PLO-Führung für Saddams Propaganda, Israel zu vernichten, hat die Gräben zwischen Juden und Palästinensern wieder weiter aufgerissen – zur Freude der israelischen Herrschenden. Die Bedrohung der israelischen Arbeiter durch irakische Scud-Raketen wird von den imperialistischen Staaten dazu genutzt, die Spaltung zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern zu vertiefen und die Stellung der israelischen Bourgeoisie zu verstärken.

Die Palästinenser werden die bittere Erfahrung machen müssen, daß der Diktator Saddam Hussein ebensowenig wie andere arabische Führer in der Vergangenheit ein Interesse daran hat, für sie demokratische Rechte zu erkämpfen – zumal er solche Rechte in seinem eigenen Land brutal unterdrückt. Sozialisten und Aktivisten der israelischen Arbeiterbewegung müssen

geduldig erklären, daß nicht die Palästinenser, sondern die Politik der eigenen Regierung und die mögliche Ausweitung des Krieges in der Gesamtheit ihre Existenz bedroht.

Nur durch Einheit der arabischen und israelischen Arbeiter ist es möglich, die Ausbeuter und Kriegstreiber der Region zu stürzen und die imperialistische Einmischung zu beenden. Dann bestünde zum ersten Mal die Chance, in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens in Frieden zusammenzuleben, unter Wahrung der

demokratischen Selbstbestimmungsrechte aller Völker. Die Arbeiterbewegung hier kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie z.B. jegliche deutsche Unterstützung der arabischen und israelischen Bourgeoisie bekämpft, und Sozialisten wie Mahmoud Masarwa (siehe nebenstehenden Artikel), die sich für die Arbeitereinheit einsetzen, volle Unterstützung gegenüber dem israelischen Staatsapparat gewährt.

aus VORAN Nr. 128, März 1991

## Die UNO und Israel

\* 457 UNO-Resolutionen seit 1948 zu Palästina/Israel wurden von der israelischen Regierung in den Wind geschlagen.

\* 29 UNO-Resolutionen seit 1967, in denen Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten aufgefordert und den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung zugetan wird, scheiterten im Sicherheitsrat am Veto der USA.

\* 1982 überfiel die israelische Ar-

mee den Nachbarstaat Libanon; die Verurteilung dieser Invasion durch die UNO blieb folgenlos.

\* 1988 annektierte die israelische Regierung die besetzten Golanhöhen; eine UNO-Resolution zur Verurteilung dieses völkerrechtswidrigen Akts scheiterte am Veto der USA.

\* Im Juni 1990 verhinderten die USA durch ihr Veto im Sicherheitsrat die Entsendung einer UN-Beobachtergruppe in die besetzten Gebiete.

## Internationale Notizen

### Arabische Regimes unter Druck

Offiziell stehen im Golfkrieg nur der Jemen, Sudan, Mauretanien und die PLO auf Seiten Iraks. Doch die Regimes, die Bündnispartner der westlichen „Allianz“ sind, geraten immer mehr unter Druck.

In Algerien gab es Demonstrationen von 500.000. Zwar hatte die fundamentalistische islamische Heilsfront FIS dazu aufgerufen. Doch die Demonstrationen waren vor allem Ausdruck des panarabischen Bewußtseins und der Wut gegenüber dem US- und wegen der algerischen Geschichte auch dem französischen Imperialismus. In der FIS selbst wachsen die Spannungen zwischen dem arabisch-nationalistischen und dem religiösen Flügel, der bislang Saudi-Arabien unterstützte und gegen Bagdad stand, weil das Saddam-Regime sich als laizistisch (weltlich orientiert) verstand.

In Marokko versucht sich König Hassan II. in einer Doppelstrategie. Einerseits verkindete er, sein „Herz ist mit dem Irak“, andererseits wurden alle Kundgebungen verboten. Hassan ist im Bündnis mit der westlichen Allianz zur „Befreiung Kuwaits“, obwohl er selbst Mitte der 70er Jahre die Westsahara annektierte und bis heute die dortige Befreiungsfront Polisario bekämpft. Bereits im Dezember 1990 gab es einen umfassenden 24stündigen Generalstreik der Gewerkschaften gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Der Einsatz der Polizei gegen die Streikenden forderte hundert Todesopfer; Streikführer wurden kürzlich zu hohen Haftstrafen

verurteilt.

Dennoch fand Ende Januar ein zweiter Generalstreik zur Unterstützung des Irak statt, an dem sich Millionen Arbeitnehmer beteiligten und der das gesamte öffentliche Leben lahmlegte. Die gewerkschaftliche Opposition, die sich durch den Krieg zunehmend politisiert hat, könnte sich schnell zu einem umfassenden Kampf gegen das Regime der marokkanischen Monarchie entwickeln.

In Libyen marschierten eine Million Menschen durch die Hauptstadt Tripolis. Ghaddafi, der diesen Konflikt wohl als eine Möglichkeit zu seiner Rehabilitierung im Westen ansieht und bislang Saddam verurteilte, setzte sich an die Spitze dieser Demonstration, die unter den Slogans „Für ein Ende des Krieges“ und „Für das Selbstbestimmungsrecht der Kuwaits“ stand.

In Jordanien, wo 60% der Bevölkerung palästinensischer Herkunft sind, stehen nach Ansicht von Reportern rund 80% der Bevölkerung auf Seiten Iraks. Das Regime König Husseins von Jordanien, das zwischen den Fronten zu lavieren versucht, könnte über kurz oder lang gestürzt werden. Besonders wenn die israelische Regierung sich aktiv in den Krieg einschaltet, werden die jordanischen Massen wohl kaum noch zu halten sein.

Aus Tunesien werden anti-amerikanische und anti-französische Demonstrationen gemeldet. In Syrien wächst laut Presseberichten die Unzufriedenheit der Bevölkerung über den pro-amerikanischen Kurs des Assad-Regimes.

## Britannien und Kuwait Beziehungen besonderer Art

Die britische herrschende Klasse, die ebenfalls Truppen zur „Befreiung Kuwaits“ an den Golf geschickt hat, erwoh vor 30 Jahren ihrerseits die militärische Besetzung Kuwaits.

Aufgeschreckt durch die arabische Revolution, die sie hinter der Bewegung Nassers in Ägypten sahen, diskutierte man im britischen Außenministerium Ende der 50er Jahre verschiedene Varianten zur bestmöglichen Beherrschung der Region. Kuwait stand damals unter britischem „Protectorat“ und die Frage war, ob ein direktes militärisches Eingreifen und die Umwandlung Kuwaits in eine Kron-Kolonie oder die Entlassung in die formelle Unabhängigkeit und die Übergabe an ein Marionetten-Regime günstiger sei.

Dazu führte der damalige Tory-Außenminister Selwyn Lloyd in einer Note an den Premierminister Macmillan aus: „Ich glaube nicht, daß die herrschende Familie sich halten kann, wenn wir weiter in den Ölgebieten bleiben... Die Wirkung auf die internationale öffentliche Meinung und den Rest der arabischen Welt wäre nicht gut. Der Vorteil dieser Aktion (d.h. einer Besetzung – die Red.) wäre, das wir unsere Hand fest auf das kuwaitische Öl legen könnten.“ Für den Außenminister war die andere Variante vorzuziehen, nämlich „eine Art kuwaitische Schweiz, wo die Briten nicht direkte physische Kontrolle ausüben“. Doch er fügte warnend hinzu: „Wenn diese Alternative akzeptiert wird, müssen wir aber auch die Notwendigkeit akzeptieren, rücksichtslos einzugreifen, falls die Dinge schief laufen.“

Diese Alternative wurde akzeptiert

und getreulich befolgt. 1961 wurde Kuwait in die Unabhängigkeit entlassen und die korrupte Sabah-Familie als verläßliche pro-imperialistische Feudalmonarchie eingesetzt. Mittlerweile sind „die Dinge schiefgelaufen“, und die konservative britische Regierung war zu „rücksichtslosem Eingreifen“ bereit.

Die guten Beziehungen zwischen der kuwaitischen Herrscherfamilie und der britischen herrschenden Klasse sind auch jetzt ungetrübt. Bei seinen Gesprächen mit dem exillierten kuwaitischen Premierminister Scheich Saad al-Sabah in Saudi-Arabien Mitte Februar hatte der britische Außenminister Douglas Hurd zehn Firmenvertreter im Schlepptau und zwei Hochglanzbrochüren im Gepäck. Darin war die Rede von dem „begehrtesten Engagement der britischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau Kuwaits zu leisten, ähnlich der Rolle der britischen Armee bei der Befreiung Kuwaits“.

Offenbar gehen die Firmenvertreter davon aus, daß die „Befreiung“ nur durch die vollständige Vernichtung Kuwaits erreicht wird. Denn viele der in den Broschüren angebotenen Aufbauleistungen beziehen sich auf Infrastruktur und Gebäude, die noch gar nicht zerstört sind. Aber wenn es um ein geschätztes Auftragsvolumen von 60 Mrd. DM geht, muß man schneller sein als die US-Konkurrenz. Laut „Financial Times“ (11.2.) sei die Reaktion der Emire unter Hinweis auf die „langjährigen Geschäftsbeziehungen“ zwischen Britannien und Kuwait „extrem positiv“ gewesen.

# Weitere VORAN-Broschüren

- **Krieg und Frieden, der Standpunkt von Marxisten**, 24 Seiten, Format A4, 3,- DM.
- **Jugend für Sozialismus, kapitalistischer Alltag und sozialistisches Programm**, 52 Seiten, Format A4, 2,50 DM.
- **Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung**, 40 Seiten, Format A4, 3,- DM.
- **Reformismus oder Marxismus? Eine Antwort auf die „53 Thesen“ des „Hannoveraner Kreises“**, 48 Seiten, Format A5, 2,50 DM.
- **Die Französische Revolution von 1789**, 28 Seiten, Format A5, 1,50 DM.
- **Als Augenzeuge in China, China 1989 – Revolution und Massaker**, 52 Seiten, Format A5, 2,- DM.
- **VORAN-Infodienst „Kindergarten-Notstand stoppen“**, zur Situation der Kindertagesstätten und Erzieherinnen in den jüngsten Kämpfen um Verbesserungen; unser Programm und Tips für Aktionen; 28 Seiten, Format A4, 3,- DM.

- **Button: „Kein Blut für Öl!“**, Durchmesser: 3,7 cm, Preis: 1,50 DM



## Bestellabschnitt

Ich bestelle hiermit

- folgende Broschüren (Anzahl, Titel, Preis bitte angeben):

---

---

---

---

---

- Buttons „Kein Blut für Öl!"; Anzahl: \_\_\_\_\_ Stück
- die vollständige Material- und Buttonliste von VORAN

Name, Anschrift und Telefon:

---

---

---

Bitte einsenden an: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504  
Überweisungen auf Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Kto-Nr. 2500 59-430

# Mehr als nur eine linke Zeitung.....

VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern getragen, finanziert und verbreitet, die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Sie ist politisch und finanziell unabhängig von reichen Einzelpersonen oder Unternehmern, der SPD- und Gewerkschaftsführung oder etwa den Herrschenden im Ostblock. Abhängig ist sie dagegen von ihren Lesern, Unterstützern und Abonnenten.

Zeitgemäß und realistisch sind heute angeblich Lobgesänge auf die "freie Marktwirtschaft", da sind sich Thatcher, Kohl, Lafontaine und Gorbatschow einig. VORAN dagegen ist die Plattform für alle Sozialisten, die nach wie vor für die Enteignung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und den Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft eintreten.

Seit dem ersten Erscheinen im Jahre 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein - gegen das kapitalistische Mißwirtschaftssystem, gegen die imperialistische Ausbeutung der "3. Welt", gegen die bürokratische Unterdrückung in den Ostblockstaaten.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie führt über die sozialistische Erneuerung der Arbeiterorganisationen und den Aufbau eines starken marxistischen Flügels bei den Jusos und in der SPD. Dabei kannst auch Du mithelfen, indem Du VORAN abonnierst, durch Spenden unterstützt und die Zeitung weiterverbreitest.



## Das gibt es jeden Monat auf 12 Seiten

- Aktuelle Berichte zu Angriffen von Kohl und Kapital und Gegenwehr.
- Kritische Auseinandersetzung mit der Politik von SPD, Jusos und Gewerkschaften.
- Internationale Berichte.
- Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
- Berichte aus Betrieben.
- Aktionsbeispiele von aktiven Jusos und VORAN-Unterstützern.

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504  
Überweisungen auf: Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Kto.-Nr. 250059-430



### Ja, ich möchte

VORAN abonnieren

- 6 Ausgaben zu 9,60 DM  
 Förderabo zu 20 DM (6 Ausgaben)

### VORAN unterstützen

- und bitte um weitere Informationen.  
 und will VORAN weiterverkaufen und bestelle .... Exemplare (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf).

\_\_\_\_\_  
Name, Anschrift, Telefon